

Preussische Allgemeine



Nr. 18 · 30. April 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Der Absturz

Mit viel Geld versuchen Bund und Länder derzeit, die Wirtschaft am Laufen zu halten. Doch die Zeichen mehren sich, dass die Zeit der grenzenlosen Finanzspritzen vorbei ist. Doch was kommt dann? **Seite 3**



WHO Warum Donald Trumps Kritik durchaus gerechtfertigt ist **Seite 2**



Geschichte Vor 350 Jahren wurde August der Starke geboren **Seite 10**

AUFGEFALLEN

Schutz und Freiheit

Der Unsinn im Großen offenbart sich oftmals in kleinen Begebenheiten.

In einer havelländischen Kleinstadt erhielten die Eltern eines Schülers der fünften Klasse Besuch von Mitarbeitern des Ordnungsamtes. Bereits zum vierten Male war ihr Junge „erwischt“ worden, wie er mit einem Freund gemeinsam Fahrrad fuhr. Damit, so die Ermahnung der Beamten an die Eltern, habe ihr Sohn gegen die Verordnungen zum Schutz vor dem Coronavirus verstoßen. Im abermaligen Wiederholungsfalle drohe ihnen ein deftiges Bußgeld, weil sie ihren Jungen unbeaufsichtigt auf die Straße ließen.

Wohlgermerkt: Der Junge wurde nicht zu seinen Eltern gebracht, weil er etwas gestohlen oder irgendwo Scheiben eingeschlagen oder sich an einer Rauferei beteiligt hätte – sondern weil er mit einem Freund an ein paar sonnigen Tagen unter freiem Himmel Fahrrad gefahren war.

Es mag sein, dass der Kleine damit eine Ordnungswidrigkeit begangen hat. Andererseits sollte man sich stets vor Augen führen, dass der Sinn der Corona-Maßnahmen der Schutz vor der Ausbreitung eines Virus ist. Und mit Sicherheit hat der Schüler beim Fahrradfahren das Virus nicht verbreitet.

Die kleine Episode steht für andere Beispiele, bei denen derzeit im Namen des Gesundheitsschutzes drakonische Strafen angedroht oder verhängt wurden, nur weil Menschen versuchen, sich inmitten der Restriktionen ein Stückchen Freiheit herauszunehmen. Schon deshalb sollten wir alle täglich hinterfragen, was da gerade zu unserem Schutz beschlossen wird. *neh*

CORONA-POLITIK

Sie sind Gefangene ihrer eigenen Worte

Die Zweifel an der Notwendigkeit der drastischen Corona-Maßnahmen wachsen. Warum dann halten die politischen Entscheider daran fest?

VON HANS HECKEL

Noch unterstützt die große Mehrheit der Deutschen die Maßnahmen und Auflagen der Bundes- und Landesregierungen hinsichtlich des Coronavirus. So zumindest zeigen es Umfragen. Allerdings könnte diese Zustimmung bald kippen. Mögliche Auslöser für einen solchen Umschwung kündigen sich aus zwei Richtungen an.

Innerhalb der Fachwelt werden Stimmen lauter, welche die (mit den Ladeneröffnungen teilweise gelockerten, per Maskenpflicht aber auch jüngst verschärften) staatlichen Maßnahmen mittlerweile für übertrieben, wenn nicht gar für völlig falsch und schädlich halten. Zum anderen hagelt es täglich neue Katastrophenmeldungen aus der Wirtschaft. Die Beschäftigungsabsichten der deutschen Unternehmen sind laut Ifo-Institut nicht nur auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebung gesunken (tiefer noch als nach der Finanzkrise von 2008). Sie sind dabei so schnell abgestürzt wie noch nie – ein Vorbote für eine rasant steigende Arbeitslosigkeit.

Die Folgen des „Lockdowns“ werden viele Millionen Deutsche also schwer treffen. Manche Experten sprechen gar vom schlimmsten Wirtschaftseinbruch in Friedenszeiten seit den frühen 1930er

Jahren. Ob die rigiden Maßnahmen der Politik vor diesem Hintergrund noch angemessen oder zu rechtfertigen sind – diese Frage stellt sich im Lichte solcher Prognosen besonders dringend.

Da kommen Zweifel ausgewiesener Gesundheitsexperten an den Maßnahmen für die Regierenden besonders ungelogen, weshalb die Kritiker mit hartem Gegenwind zu rechnen haben. Der Leiter eines Testlabors, dessen Institut täglich mehr als 1000 Corona-Tests untersucht, wollte sich gegenüber der PAZ daher nur ohne Namensnennung äußern. Der Professor für Laboratoriumsmedizin fürchtet Nachteile für seine Mitarbeiter wegen Kritik an der Regierungslinie.

Zweifel am „Lockdown“

Er teilt die Corona-Krise in zwei Phasen: Bis Ende März sei nicht absehbar gewesen, ob die Epidemie einen sehr starken, exponentiellen Verlauf nehme oder ob sich Corona eher wie eine normale Grippe-Welle verhalte. Seit Anfang April sei sichtbar, dass Letzteres der Fall ist. Die „Lockdown“-Maßnahmen seien daher überflüssig und schädlich – sie müssten umgehend eingestellt werden, so der Laborleiter. Er weiß sich weitestgehend einig mit dem Chef der Hamburger Rechtsmedizin, Klaus Püschel. Im Stadtstaat wurden von Beginn an sämtliche mit Covid-19 Verstorbenen obduziert. Laut Pü-

schel hatten alle Toten schwere Vorerkrankungen und hätten auch ohne Corona nicht mehr lange gelebt. Tatsächlich entspricht das Durchschnittsalter der mit Covid-19 Verstorbenen dem der übrigen Bevölkerung. Die in vielen Medien übliche Bezeichnung „Corona-bedingte Todesfälle“ erscheint daher äußerst fragwürdig.

Warum aber hängen die Regierenden mit solcher Inbrunst am Fortbestand der Zwangsmaßnahmen? Es erscheint grotesk: Als die Gefahr noch unübersehbar schien, dauerte es sehr lange, bis die deutsche Politik überhaupt reagieren wollte. Es war von „Panikmache“ die Rede, wenn Einzelne ein mögliches Desaster durch Corona thematisierten. Jetzt, da die Gefahr laut einer wachsenden Zahl von Experten als längst nicht so groß wie zunächst befürchtet erkannt wird, dreht die Politik dagegen auf und reißt die Wirtschaft des Landes damit in den Abgrund.

Warum? Eine mögliche Erklärung wäre, dass die Politik – wie auch manche regierungsnahen Experten – zu Gefangenen ihrer eigenen Worte geworden ist. Sie fürchtet den Gesichtsverlust, falls bekannt würde, dass Maßnahmen wie der „Lockdown“ umsonst waren. Das aber hieße, dass Deutschland zur Geisel von Politikern geworden ist, die lieber eine ökonomische Katastrophe in Kauf nehmen, als ihren Fehler einzugestehen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Warum die geplante Grundrente eine Mogelpackung ist **Seite 4**

Kultur

Gewinner und Verlierer der Corona-Pandemie im Kulturbetrieb **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Die sogenannten Kaisersteine in Brandenburg und in Ostpreußen **Seite 18**

Leben

US-Unternehmer Elon Musk überzieht die Erde mit einem Netz aus Satelliten **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Weltgesundheitsorganisation Die WHO und ihre Entscheidungsträger sind starken Einflüssen ausgesetzt. Da sind zum einen Staaten wie China. Da sind zum anderen Privatunternehmen der pharmazeutischen Industrie

Trumps Kritik ist berechtigt

Unter dem Einfluss Chinas hat die WHO im Umgang mit Corona schwere Fehler begangen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 15. April verfügte der US-Präsident Donald Trump den Stopp der Zahlungen seines Landes an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) für 60 bis 90 Tage. In dieser Zeit solle die Rolle der WHO bei der „schlechten Handhabung und Vertuschung der Ausbreitung des Coronavirus“ geklärt werden.

Auch andere kritisieren die WHO

Bei der WHO ist vieles falsch gelaufen. Obwohl die ersten Covid-19-Fälle bereits im November publik wurden, vertraute die WHO ganz auf die Machthaber in Peking, die erst am 7. Januar eingestanden, dass ein neues Coronavirus umgehe. Anschließend leugnete die WHO bis zum 14. Januar die Möglichkeit der Übertragung von Mensch zu Mensch und machte hernach wesentlich falsche, das heißt deutlich zu niedrige Angaben über die Ansteckungsraten im chinesischen Seuchenzentrum Wuhan. Ebenso verkündete die UN-Sonderorganisation noch am 27. Februar, allgemeine Reiseverbotungen seien unnötig. Darüber hinaus sträubte sich der WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus bis zum 11. März, den inzwischen längst eingetretenen Pandemiefall offiziell auszurufen. Schlimmer konnten es die WHO und ihr Chef wirklich nicht „vermasseln“, um einen Ausdruck Trumps zu gebrauchen.

Die Ursache dieses Totalversagens liegt in der unübersichtlichen Hörigkeit der WHO gegenüber den Machthabern in Peking. Die wiederum resultiert ganz maßgeblich aus der Personalie Ghebreyesus. Der frühere äthiopische Außen- und Gesundheitsminister verdankt seine Wahl der Fürsprache der Volksrepublik China. Die ist der drittgrößte Gläubigerstaat des ostafrikanischen Landes und rechnete deshalb mit Ghebreyesus' Willfährigkeit ihr gegenüber – wie sich herausstellte, durchaus zu Recht.

Pekings erfolgreicher Versuch der Vereinnahmung der WHO ist Teil seiner seit 2006 verfolgten Strategie, wichtige UN-Organisationen zu unterwandern – auch und gerade unter Ausnutzung des Rückzugs der USA. So traten diese 2018 aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (UNHRC) aus. Grund hierfür war dessen einseitige politische Ausrichtung. Dadurch konnte China einen von



In Genf, dem Sitz der WHO: Sitzungsraum des Exekutivrats, der sich aus 34 Gesundheitsexperten der Mitgliedstaaten zusammensetzt, die für eine Amtszeit von drei Jahren von der Weltgesundheitsversammlung gewählt werden *Foto: Thorkild Tylleskar*

fünf Plätzen im einflussreichen beratenden Ausschuss des UNHRC ergatterten. Ansonsten werden derzeit bereits vier von 15 UN-Organisationen von Chinesen geführt, und in sieben anderen stellen diese die Vizechefs. Dieser ohnehin schon große

Einfluss Chinas auf die WHO und die Vereinten Nationen dürfte durch die Entscheidung Trumps noch wachsen.

In der Sache ist letztere vollkommen berechtigt. Neben den USA üben mittlerweile auch noch mehrere andere Staaten

harsche Kritik an der WHO, so zum Beispiel Japan, Australien, Indien oder Frankreich, wobei sich der japanische Vizepremier und Finanzminister Taro Aso sogar noch drastischer als Trump geäußert hat.

Trump agierte nicht fehlerfrei

Aber auch der US-Präsident selbst hat in der Frühphase der Corona-Pandemie einen folgenschweren Fehler begangen. Er verließ sich zu sehr auf die Verlautbarungen der WHO, obwohl ihm am 3. Januar ein expliziter schriftlicher Hinweis zugegangen war, welche immense Gefahr von dem neuartigen Virus für sein Land und die übrige Welt ausgehe. Der Alarmruf kam vom National Center for Medical Intelligence (NCMI), dem Nachrichtendienst der Vereinigten Staaten für Gesundheitsfragen, der dem militärischen Geheimdienst Defense Intelligence Agency (DIA) und dem Verteidigungsministerium untersteht. Diese überdeutliche Warnung seiner eigenen Experten hätte Trump besser ernst nehmen sollen.

Kurzporträts



Tedros Adhanom Ghebreyesus aus Äthiopien ist der erste Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der nicht Medizin studiert hat



Der Microsoft-Mitbegründer und aktuell größte Einzelfinanzier der WHO **William „Bill“ Gates** gehört der Gruppe der radikalen Impfbefürworter an



Nach Ansicht des japanischen Vizepremiers **Taro Aso** sollte die Weltgesundheitsorganisation WHO besser „Chinas Gesundheitsorganisation (CHO)“ heißen

GESCHICHTE

Licht und Schatten

Wechselvolle Vergangenheit: Erfolge und Misserfolge der Organisation seit ihrer Gründung

In den über 70 Jahren ihres Bestehens erzielte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) viele bemerkenswerte Erfolge. Einer davon war die Ausrottung der Pocken durch ein konsequentes Impfprogramm bis zum Jahre 1980. Andernfalls hätte das gefährliche Pockenvirus seitdem wohl weitere 40 Millionen Menschen getötet. Stark zurückgegangen sind die Fallzahlen bei den tropischen Wurmerkrankungen Bilharziose und Elephantiasis, der Spinalen Kinderlähmung (Polio-myelitis) und der Tollwut. Von letzterer gibt es auf dem amerikanischen Doppelkontinent inzwischen nur noch ein Dutzend Fälle pro Jahr. Ebenso sank die Zahl der vom Medinawurm Befallenen von

3,5 Millionen 1986 auf aktuell fast null. Gleichmaßen zurückgedrängt wurde das Erblinden durch das Trachom, eine bakterielle Entzündung der Augen, in Marokko, Mexiko und dem Oman. Zugute schreiben kann sich die Weltgesundheitsorganisation zudem auch noch das Zustandekommen eines formellen völkerrechtlichen Vertrages zur weltweiten Eindämmung des Tabakgebrauchs im Mai 2003. All diesen Erfolgen stehen jedoch diverse Misserfolge entgegen.

Nachforschungen verliefen im Sande

Zum einen erwiesen sich viele kostenintensive Programme zur Bekämpfung weiterer Infektionskrankheiten wie Malaria

oder HIV im globalen Maßstab als lange nicht so wirkungsvoll wie erhofft. Die Zahl der Neuinfektionen pro Jahr liegt hier immer noch bei rund 200 Millionen beziehungsweise 1,7 Millionen. Zum anderen versagte die WHO auf skandalöse Weise, als 2004 die Vogelgrippe (H5N1) und 2009 die Schweinegrippe (H1N1) zu grassieren begannen. In beiden Fällen sorgte die WHO durch völlig übertriebene Warnungen vor Millionen von Toten allerorten für Panik. Infolgedessen kauften zahlreiche Regierungen Unmengen von Impfstoffen, was deren Herstellern erhebliche Gewinne bescherte.

Dabei kamen die eindringlichsten Kassandrarufer während der Vogelgrip-

Das Verhalten manches WHO-Funktionärs hatte ein Geschmäckle

pen-Pandemie vom damaligen Impfdirektor der Weltgesundheitsorganisation Klaus Stöhr, der 2007 zum Pharmakonzern Novartis wechselte. Und 2009 trat dann die Chefin der Impfstoffabteilung der Weltgesundheitsorganisation, Marie-Paule Kieny, als Galionsfigur der Alarmisten auf. Die war früher bei einer französischen Firma beschäftigt gewesen, die auf dem Gebiet der Impfstoffherstellung mit dem Schweizer Pharmakonzern Roche kooperierte. Das bewog den Europarat Anfang 2010 zu Nachforschungen über eventuelle geheime Absprachen zwischen den Impfstoffproduzenten und der WHO. Die verliefen allerdings sämtlich im Sande. *W.K.*

SPENDEN

Abhängigkeiten von privaten Geldgebern

Die seit dem 7. April 1948 existierende Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) und deren Koordinationsstelle für Belange des öffentlichen Gesundheitswesens aller 194 Mitgliedsstaaten. Ihre Hauptaufgabe liegt in der weltweiten Bekämpfung von Krankheiten und der Förderung des allgemeinen gesundheitlichen Wohlbefindens der Menschheit. Sie verfügt über sechs Regional- und 149 Lokalbüros sowie rund 200 Kooperationszentren und Forschungseinrichtungen, in denen insgesamt 7000 Mitarbeiter tätig sind.

Die Weltgesundheitsorganisation finanziert sich aus Pflichtbeiträgen der Mitgliedsstaaten sowie aus staatlichen und privaten Spenden. Das Budget lag im zurückliegenden Doppelhaushaltsjahr 2018/19 bei 5,624 Milliarden US-Dollar. Davon überwies die US-Regierung 237 Millionen Dollar Pflichtbeiträge und 656 Millionen an freiwilligen Zuschüssen. Spenden machen mittlerweile acht Zehntel der Gesamteinnahmen der WHO aus. Das schafft enorme Abhängigkeiten und lässt Interessenkonflikte programmiert erscheinen.

Beispielsweise finanziert der Microsoft-Gründer Bill Gates, dessen Vermögen auf über 100 Milliarden Dollar geschätzt wird, gemeinsam mit seiner Ehefrau den Strategischen Beirat der WHO für Immunisierungsfragen (SAGE). Der erhält auch beträchtliche Zuwendungen von Impfstoffherstellern wie Novovax, GlaxoSmithKline (GSK) und Novartis. Und in Unternehmen wie diese hat Gates wiederum investiert.

Die Alimentierung der WHO durch große Pharmafirmen wird schon seit über zehn Jahren kritisiert, darunter von der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international und dem People's Health Movement (PHM), einem Netzwerk gesundheitspolitischer Nichtregierungsorganisationen aus über 70 Ländern. Geändert hat sich indes gar nichts – stattdessen ist die Situation kontinuierlich schlimmer geworden. *W.K.*

Die Katharsis ist da

Seit Jahren wurde durch die Geldpolitik der EZB und der Regierungen die Logik guten Wirtschaftens zugunsten der Planbarkeit der Wirtschaft vernachlässigt. Ist nun der Zeitpunkt der Korrektur gekommen?

VON MARKUS KRALL

„Man ist frei, die Realität zu ignorieren. Man ist frei, seinen Verstand von jedem Fokus zu befreien und jeden Weg blind hinab zu stolpern, den man möchte. Aber man ist nicht frei, den Abgrund zu vermeiden, den zu sehen man sich weigert.“

Ayn Rand

Die Corona-Krise ist nicht die Ursache, sondern nur der Auslöser einer epochalen Krise von Wirtschaft und Gesellschaft, welche die in Jahrzehnten angestauten Ungleichgewichte falscher, sozialistischer Geld- und Wirtschaftspolitik mit elementarer Wucht an die Oberfläche und zur Entfaltung bringen wird. Die Wurzeln dieser Krise liegen in einer von der kulturmarxistischen Frankfurter Schule gezeugten Weltanschauung, bei der die Logik guten Wirtschaftens zugunsten eines Aberglaubens der Planbarkeit der Wirtschaft und der Machbarkeit schmerzlosen Lebens geopfert wurde.

Der scheinwissenschaftliche Ausdruck dieses Aberglaubens ist die in der Volkswirtschaft vorherrschende Lehre des Keynesianismus und seiner diversen Ableger, insbesondere seiner neuesten Wahnvorstellung, der sogenannten „Modern Monetary Theory“.

Finanzpolitischer Irrglaube

In ihrem Kern glauben die Proponenten dieses Wahngelbes, dass man die Knappheit der Güter auf der Welt dadurch besiegen könnte, indem man die Knappheit des Geldes abschafft. Diesem Glauben hingen sie in den letzten Jahren erst versteckt an, weil es noch genug Nationalökonomien gab, die diesen Hoax beim Namen nennen konnten. Mit dem Einsetzen der Krise und dem Mut der Verzweiflung ist man nun dazu übergegangen, das haltlose Gelddrucken tatsächlich mit wissenschaftlichem Anspruch auszustatten und dies offen zu propagieren. Erleichtert wird dies durch den Umstand, dass die Bildungskatastrophe jetzt auch die ökonomischen Lehrstühle erreicht hat und sich kaum noch nennenswerter Widerstand im akademischen Diskurs regt.

Aus dieser Wurzel entspringt eine Entwicklung, die man wie folgt zusammenfassend erwarten darf:

1. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank EZB ist planwirtschaftlich, nicht marktwirtschaftlich.

2. Die Geldpolitik folgt falschen Keynesianischen Modellen, die logisch in sich widersprüchlich sind und daher die Realität nicht abbilden können.

3. Die daraus abgeleitete Nullzinspolitik zerstört die Ertragskraft der Banken. Der Verfall ihrer Erträge schreitet weit schneller voran als der Abbau der Kosten, den die Banken als Antwort zu geben versuchen. Ursächlich dafür ist das Geschäftsmodell des kommerziellen Bankgeschäfts, das darin besteht, Einlagen hereinzunehmen und Kredite herauszugeben. Auf dem Weg des Geldes durch die Bank verdient diese an drei Zinsmargen, die 80 Prozent ihrer Einnahmen ausmachen:

· die *Sparmarge*, also die Differenz zwischen dem kurzfristigen Geldmarktzinssatz für Tagesgeld und dem Zins, den die Bank einem Spareinleger bezahlt. In normalen Zeiten ist das ein halbes bis ein Prozent.

· die *Transformationsmarge*, die sich daraus ergibt, dass die Bank das kurzfristig vom Einleger geliehene Geld in langfristigen Investitions- oder Immobilienkrediten weiterverleiht. Der Name kommt aus dem Vorgang, kurzfristigen in langfristigen Kredit zu transformieren. Langlaufende Zinsen sind höher als Kurzläufer. Das reflektiert die höheren Risiken in Form von Kreditrisiko, Bonitätsänderungsrisiko, Wertschwankungsrisiko der Sicherheit und Liquiditätsrisiko sowie



Am 9. März kippte die Stimmung. Seitdem kennen die Börsenkurse nur noch eine Richtung – nach unten

Foto: pa

Zinsänderungsrisiko. Die Differenz beträgt bei einer normalen aufwärts gerichteten Zinsstrukturkurve 1 bis 3 Prozent.

· Last not least die *Kreditmarge*, welche die Bank für das Kreditrisiko gegenüber dem Schuldner kompensiert. Sie ist einerseits Risikoprämie auf der Angebotsseite des Marktes, andererseits aber auch beeinflusst von der Kreditnachfrage und dem Wettbewerbsdruck zwischen den Banken.

Das Ende der Zinsmargen

In einer Welt der Negativzinsen lösen sich diese Zinsmargen, die für 80 Prozent aller Einnahmen der Banken (neben Gebühren für Kontoführung, Überweisungen etc.) stehen, praktisch zur Gänze in Luft auf. Die Sparmarge ist negativ, weil der kurzfristige Zins es auch ist. Die Transformationsmarge ist null, weil die Zinsdifferenz entlang der Zinsstrukturkurve null ist und die Kreditmarge schrumpft, weil alle Banken dort ihr Heil suchen, um die ausgefallenen Erträge der ersten beiden auszugleichen und so das Angebot steigt, die Nachfrage aber nicht.

Die empirischen Daten zeigen, dass die Erträge der Banken so um mindestens 10 Prozent pro Jahr zurückgehen. Die Kostenreduktionsprogramme der Banken halten damit nicht annähernd Schritt, obwohl die Digitalisierung das technisch ermöglichen würde. Das Haupthindernis sind die Kosten der Mitarbeiterreduktion in Form von Abfindungen, die sich die Banken in der erforderlichen Höhe gar nicht mehr leisten können.

4. Der Nullzins wirkt als eine Subvention und hält auf diese Weise schlechte, unproduktive, ineffiziente und nicht lebensfähige Unternehmen künstlich am Leben, die vom Wettbewerb und der Marktwirtschaft aussortiert und in die Pleite geschickt werden würden. Sie bilden nunmehr über 15 Prozent aller

Unternehmen und stehen in den Banken auch für mindestens 15 Prozent aller Kredite.

Man erkennt das am zeitlichen Verlauf der Unternehmenspleiten. Vor der Krise 2007/08 lagen diese in fast allen Märkten und Segmenten bei 1,5 – 2 Prozent. Jedes 50. Unternehmen ging also pro Jahr pleite. Dieser notwendige Bereinigungsprozess wurde durch die Nullzinspolitik sabotiert. Bis zum Beginn der Corona-Krise war diese Quote auf 0,4 Prozent gefallen. Jedes Jahr wuchs die Zahl der Zombieunternehmen daher um 1 – 1,5 Prozentpunkte. Das geht seit 13 Jahren so, so dass es jetzt über 15 Prozent aller Unternehmen betrifft. Ihre Pleite ist nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Der Zeitpunkt der Nachholung dieser Pleiten ist jetzt.

5. Die Durchseuchung der Volkswirtschaft mit diesen „Zombie-Unternehmen“ behindert das Produktivitätswachstum und damit auch das Potentialwachstum der Wirtschaft und ist daher die eigentliche Ursache der anämischen Wachstumsraten der letzten Jahre

System am Abgrund

6. Ein Zinsschock, eine Rezession oder ein externer Schock wie jetzt das Coronavirus bringen diese Unternehmen zum Kippen mit fatalen Folgen für Konjunktur und Banken. Ihre Pleite wird nun zu Kreditverlusten in den Banken führen, die so groß sind, dass sie das gesamte System in den Abgrund reißen.

7. Die Geldpolitik hat so in ihrem verzweifelten und ebenso vergeblichen wie törichten Kampf gegen die vermeintlich drohende Deflation ein gewaltiges Deflationspotential in Form einer Bankenkrise aufgespart. Sie schafft Deflation, wo sie Inflation schaffen wollte.

8. Die Reaktion der Politik und der Geldpolitik auf die durch falsche Maßnahmen jetzt ausgelöste Weltwirtschaftskrise bestehen im immer schnelleren Auftürmen von Schulden

und dem Drucken von frischem Geld, um diese Schulden der Staaten zu finanzieren. Die Zentralbanken sind in den Betriebsmodus des Helikoptergeldes übergegangen.

9. Der Ablauf dieser Krise wird mit einer relativ kurzen deflationären Phase beginnen, in der wir uns bereits befinden. Ihr Kennzeichen ist der Kollaps der Asset-Blasen an den Immobilien- und Aktienmärkten. Bereits jetzt zahlen 10 Prozent aller Kreditnehmer ihre Raten nicht mehr. Dieser Umstand wird dadurch verborgen, dass man es den Banken gestattet hat, ihre Kreditverluste nicht mehr zu bilanzieren, und den Unternehmen erlaubt hat, den Insolvenzantrag gesetzeswidrig zu verzögern. Insolvenzverschleppung ist über Nacht von einer Straftat zu einem Normalzustand mutiert.

Zahlungsunfähige oder auch nur zahlungsunwillige Konsumenten und Unternehmen müssen ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Dies ist der sicherste Weg, die Vertragsfreiheit als Leim, der die Marktwirtschaft zusammenhält in kürzester Zeit zu zerstören und so der zentralen Planwirtschaft nach sowjetischem Muster den Weg zu bereiten.

10. In Phase 2 wird das Vorziehen der Rettungsorgie auf die Unternehmen und Konsumenten bereits vor der notwendigen Bankenrettung zu einer massiven Aufblähung der Geldmenge führen und damit einen hyperinflationären Schub auslösen, der die Nominalvermögen – also Renten, Pensionen, Anleihen, Bargeld, Sparkonten, Girokontoguthaben, Festgeld, Lebensversicherungen und Betriebsrenten – in ihrer Gänze vernichten wird. Damit ist dem Euro das politische Kapital endgültig entzogen, und er wird im Zuge der sich abzeichnenden Inflation kollabieren und durch nationale Währungen ersetzt werden.

In dieser Phase ist damit zu rechnen, dass über Vermögensabgaben, Lastenausgleich und Zwangshypotheken die dritte und letzte Enteignungskatastrophe auf Sparer und Unternehmer hereinbricht.

Markt- oder Planwirtschaft

Jedes Land in Europa steht dann vor der Wahl: Freiheit, also Marktwirtschaft, oder Sozialismus, also Planwirtschaft: Entscheiden wir uns für die Freiheit, so benötigen wir ein 100-Tage-Programm der wirtschaftlichen Reform, welches um eine Reduktion der Staatsquote, eine Entschuldung des Staates, die Einrichtung eines marktwirtschaftlichen Geldsystems mit Hilfe eines Goldstandards und weitere tiefgreifende Reformen nicht herumkommen wird.

Langfristig können wir als Gesellschaft nur gesunden, wenn wir uns eine neue, freiheitliche Verfassung geben. Ihre Merkmale sind: eine klare Gewaltenteilung (das Volk wählt Parlament, Kanzler und oberste Richter direkt), direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild, eine Reform des Wahlrechts (jeder entscheidet sich frei zwischen Wahlrecht und Transfers), die Wiederherstellung der Medienvielfalt durch Abschaffung der Staatsmedien und Kartellkontrolle der Mainstream-Medien, Machtbegrenzung der Politik durch Amtszeitenbegrenzung, Mindestqualifikationen für Ämter, Reform der Bezahlung (niemand stellt sich in der Politik besser als vorher) und Abschaffung der Parteienherrschaft, Begrenzung der Staatsquote auf 25 Prozent und Verbot jeder Staatsverschuldung, Stärkung der Privatsphäre und Schutz vor privater und staatlicher Überwachung, Recht des unbescholtenen und geistig gesunden Bürgers auf das Tragen von Waffen.

● **Dr. Markus Krall** ist seit September 2019 Vorstandsmitglied und Sprecher der Geschäftsführung der Degussa Goldhandel GmbH. Zuletzt erschien „Die bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten“ (Langen Müller) 2020.

Die Pleite der
Zombie-
Unternehmen
wird nun zu
Kreditverlusten
in den Banken
führen, die so
groß sind, dass
sie das gesamte
System in den
Abgrund reißen

● MELDUNGEN

Linke Gewalt kein Thema?

Wuppertal – Auf das Wahlkreisbüro des SPD-Bundestagsabgeordneten Helge Lindh ist ein Anschlag mit Pflastersteinen und Farbflaschen verübt worden. Das linksradikale Internetportal „Indymedia“ veröffentlichte ein Bekennerschreiben. Obwohl Lindh sich für „Flüchtlinge“ engagiert, sollte der Anschlag „ein bisschen den Druck erhöhen“. Auch die SPD sei verantwortlich für „Verbrechen“ an der EU-Außengrenze, Lindh „eine Schande für jede antirassistische und antifaschistische Bewegung“. Dieser verurteilte die Aktion als „erbärmlich“. Wesentlich größeres Interesse hatte die Tat auf sich gezogen, solange eine rechte Motivation vermutet worden war. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken wandte sich gegen Einschüchterung durch „rechte Gewalt“. Mit einer Parteifreundin, der Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales in der Berliner Senatskanzlei Sawsan Chebli, wolle Lindh live via Podcast darüber sprechen. Dies wurde nach Bekanntwerden der tatsächlichen Hintergründe abgesagt, was Kritiker zu dem Vorwurf veranlasste, dass linke Gewalt für SPD-Politiker offenbar kein Thema sei. *E.L.*

Bischof sorgt sich um Islam

Stuttgart – Der Bischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Frank Otfried July, sorgt sich über die schwierigen Verhältnisse für den hiesigen Islam, nicht nur im Zuge von Corona. Anlässlich des Beginns des Fastenmonats Ramadan schrieb er einen Brief an muslimische Verbände und Vereine: „In diesem Jahr begehen Muslime den Ramadan unter extremen Bedingungen.“ Der evangelische Theologe fragt: „Wo ist derzeit die Normalität des Alltags, die vom Ramadan unterbrochen werden könnte?“ Er verweist auf den Anschlag von Hanau im Februar. Es habe in Deutschland noch nie „so viele muslimische Tote nach einem Attentat an einem Tag“ gegeben. July hofft, „dass wir uns gerade in schwerer Zeit nahe bleiben und sogar einander näherkommen.“ Kontakte solle man halten, über die Religionsgrenzen hinweg. Da persönliche Treffen zum festlichen Fastenbrechen nicht realisierbar seien, ruft der Bischof dazu auf, die Technik, etwa den Videochat, zu nutzen. *E.L.*

Masken-Hilfe aus Taiwan

Taipeh – Taiwan, weltweit der zweitgrößte Hersteller von Atemschutzmasken, spendet zehn Millionen Masken an Länder, die besonders schwer von der Pandemie betroffen sind. Auf dem Frankfurter Flughafen trafen eine Million Masken ein, die für Deutschland bestimmt sind. Unter Verweis auf Hygienevorschriften soll es eine kurzfristige Absage für eine offizielle Übergabezeremonie gegeben haben. Vermutet wird, dass Druck seitens Chinas oder eine Rücksichtnahme der Bundesregierung auf die Befindlichkeiten der Führung in Peking eine Rolle gespielt haben könnten. China sieht das demokratische Taiwan als abtrünnige Provinz an und beansprucht für sich Alleinvertretungsanspruch. *N.H.*



Die Grundrente gilt vor allem als sein Projekt: Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD

GRUNDRENTE

Linke Tasche, rechte Tasche

Was die Rentner nun mehr erhalten sollen, ist ihnen durch frühere Reformen genommen worden

VON FRANK BÜCKER

Ein Blick auf die Finanzen zeigt, dass die hohen Erwartungen, die Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) in Sachen „Grundrente“ weckt, sich nicht erfüllen werden. Die Kosten für die „Grundrente“ liegen bei geschätzten 10,2 Milliarden Euro und sollten eigentlich durch eine Finanztransaktionssteuer gedeckt werden, die nun aber nicht realisiert wird.

Der Haushalt der Deutschen Rentenversicherung Bund (DRV Bund) für 2020 beläuft sich auf rund 157 Milliarden Euro. Die 15 weiteren Regional- und Bundesträger der Rentenversicherung verwalten zusammen weitere 60 Prozent der Versicherten und haben entsprechende Ausgaben. So sind die geschätzten Ausgaben für die Grundrenten im Verhältnis zu den Gesamtausgaben sehr gering.

Wahlgewinn der SPD

Gleichwohl wirbt das Bundessozialministerium mit einer fiktiven Bauingenieurin Kathrin M. aus Leipzig, die zurzeit nur eine Rente von 746 Euro erhält, aber nach Einführung der Grundrente auf 941 Euro käme. Eine derartige Berechnung könnte

theoretisch zutreffend sein. Es handelt sich offenbar um einen konstruierten Einzelfall. Da Kathrin M. offenbar studiert hat und einen längeren Schulbesuch absolvierte, fällt sie unter die Kürzungsreformen der Jahre 1992, 1996, 2002 und 2009. Bis dahin wurden maximal 13 Jahre Schul-, Fachschul- und Hochschulbildung als Anrechnungszeiten rentensteigernd angerechnet. Der Wegfall von Schul- und Hochschulbildung als Anrechnungszeiten kann maximal zehn Jahre betragen. Verantwortlich dafür war – mit Ausnahme der 2002 erfolgten Kürzung – stets die CDU-geführte Bundesregierung. Doch das Bundessozialministerium wurde von 1998 bis 2009 und wird seit 2013 von Sozialdemokraten geführt.

Das Beispiel Kathrin M. fällt aber vielleicht auch unter die Abschlüsse für „vorzeitige“ Renten, wenn sie eine Rente wegen Erwerbsminderung erhält. Im schlechtesten Fall sind dann noch mal rund zehn Prozent der „erarbeiteten“ Rente weg. Kurz und gut – Kathrin M. fehlen möglicherweise zehn Versicherungsjahre (bei 40 möglichen Versicherungsjahren macht das 25 Prozent ihres gesamten Versicherungslebens), und dann würde ihre errechnete Rente noch einmal um

zehn Prozent gekürzt. Mit der „Grundrente“ bekäme Kathrin M. in etwa das zurück, was man ihr in den 90er Jahren und danach weggenommen hat.

Das Ganze wird nun hübsch in Geschenkpapier eingewickelt und erhält die Gestalt einer sozialen Wohltat. In Kraft treten soll die Grundrente zum 1. Januar 2021 – also rechtzeitig, um bei der im Herbst ins Auge gefassten Bundestagswahl der SPD wieder zu einem guten Wahlergebnis zu verhelfen.

Zeitplan ist unrealistisch

Da der Rentenversicherungsträger anhand der laufenden Steuerbescheide eine Bedürftigkeitsprüfung vornehmen soll, ist

es völlig ausgeschlossen, dass die Rentenbezieher vor 2021 ihre „Grundrente“ für 2021 erhalten werden, weil die Steuerpflichtigen stets im Folgejahr ihre Steuererklärung abgeben können. Selbst wenn man die Bezüge des Vorjahres zugrunde legen sollte, dürfte es schwer werden

Zudem ist der Verwaltungsaufwand für die Prüfung der Grundrente so immens hoch, dass die Rentenversicherung nach Einschätzung ihrer Führungsebene rund 1000 neue Mitarbeiter benötigen wird. Auch die Personalräte der Versicherungsträger wurden schon beim Staatssekretär Rolf Schmachtenberg vorgestellt, um die entsprechenden Schwierigkeiten zu schildern.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Finanzvolumen der ins Auge gefassten Grundrente noch nicht einmal ein Prozent der Gesamtausgaben der Rentenversicherungsträger ausmacht. Die niedrigen Renten gehen auf radikale Kürzungen an der Rentenberechnung in den 90er Jahren und danach zurück. Die Verwaltung hat dem Minister mehr oder weniger deutlich erklärt, dass nicht damit zu rechnen sei, dass die betroffenen Rentner pünktlich von den vorgesehenen „Wohltaten“ profitieren können.

Die niedrigen Renten gehen auf radikale Kürzungen an der Rentenberechnung in den 90er Jahren und danach zurück

KRITIK AN CORONA-MASSNAHMEN

„Totalitarismus der Bio-Politik“

Der italienische Philosoph Giorgio Agamben wirft Politik und Kirche Aushebelung der Demokratie vor

Giorgio Agamben war der erste zeitgenössische Philosoph, der in seinen Schriften den Begriff des „Totalitarismus der Bio-Politik“ eingeführt hatte. Agamben äußert grundsätzliche Bedenken gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie. Regierungen hätten vorschnell mit Notverordnungen das Prinzip der Gewaltenteilung ausgehebelt, das die Demokratie definiere.

Aus seiner Sicht sei im Kampf gegen die Pandemie die „Schwelle, welche die Menschlichkeit von der Barbarei trennt, überschritten“. Noch nie in der Geschichte sei es so weit gekommen, dass im Namen eines bloßen Risikos Menschen ein-

sam sterben und ihre Leichen ohne Bestattung verbrannt werden mussten. Nicht einmal während der Weltkriege sei die allgemeine Bewegungsfreiheit derart eingeschränkt gewesen wie jetzt, brachte der 78-Jährige vor. Die moderne Medizin habe einen großen Anteil an dem „Totalitarismus der Bio-Politik“, welche die Einheit der Lebenserfahrung des Menschen in eine biologische und kulturelle Dimension aufgespalten habe.

Schwere Vorwürfe erhebt Agamben auch gegen die katholische Kirche. Sie habe „vergessen, dass auf den eigenen Nächsten zu verzichten bedeutet, auf den Glauben zu verzichten“. Der Philosoph

wirft der katholischen Kirche vor, in der Corona-Krise „ihre wesentlichen Prinzipien radikal verleugnet“ und sich „zur Magd der Wissenschaft gemacht“ zu haben. Früher wurden Seuchen und Epidemien zu Zeiten intensiver religiöser Erfahrungen und Glanzzeiten religiösen Lebens. Viele der größten Wallfahrten, etwa zur „Trösterin der Betrübten“ in Luxemburg, und auch die Passionsspiele von Oberammergau sind in Zeiten der Pest entstanden. Noch während der letzten Cholera-Pandemie in Europa, vor 150 Jahren, veranstaltete man Sonderwallfahrten und „ewige Gebets“-Novenen gegen die Epidemie in ganz Europa.

Heute höre die Kirche auf die Wissenschaft und lasse Hochfeste und Wallfahrten, die früher Trost spendet hätten, ausfallen. Die Wissenschaftsgläubigkeit habe den Glauben an Gott ersetzt, sie sei zur neuen Religion unserer Zeit geworden, so Agamben. Der Papst, der sich den Namen Franziskus gegeben habe, vergesse, dass der Heilige Franziskus die Leproskranken umarmt habe. Die Kirche habe ihre eigenen Werke der Barmherzigkeit verleugnet, in denen es heißt, Kranke zu besuchen und Tote zu beerdigen. Die Märtyrer der Kirchen, die es auch heute noch gibt, hätten eher das Leben als den Glauben geopfert. *Bodo Bost*

INNERE SICHERHEIT

Klinik unter Belagerung

Arabischer Großclan löst Einsatz der Berliner Bereitschaftspolizei aus – Warnung vor „falscher Toleranz“

VON HERMANN MÜLLER

Nachdem ein weibliches Mitglied einer stadtbekannt arabischen Großfamilie ins Krankenhaus eingeliefert worden war, musste die Berliner Polizei mit einem Großaufgebot anrücken. Bereits in der Nacht zum Dienstag, dem 21. April, war die Frau in das Urban-Krankenhaus in Berlin-Kreuzberg gebracht worden. Trotz der Abstandsregeln wegen der Corona-Pandemie-Maßnahmen versammelten sich innerhalb kürzester Zeit fast 50 Angehörige des Clans vor dem Hospital.

Um die Blockierung der Rettungsstelle zu verhindern, informierte die Klinik schließlich die Polizei. Die Alarmierung stellte sich für die Uniformierten als Auftakt eines mehrtägigen Dauereinsatzes heraus. Als Gerüchte vom Tod der Clan-Angehörigen die Runde machten, mussten Polizisten eine Kette vor dem Haupteingang des Krankenhauses bilden, um ein Eindringen der Menschenmenge zu verhindern. Zeitweise war Berlins Polizei mit zehn Einsatzfahrzeugen vor dem Klinikum präsent.

Nach dem Tod der Clan-Angehörigen musste sogar Bereitschaftspolizei anrücken, um eine Trauerfeier aufzulösen, die entgegen den Abstandsvorschriften abgehalten wurde. Auf einem vom Clan genutzten Grundstück in Berlin-Buckow hatten sich dabei mehr als 100 Menschen versammelt. Die Auflösung der Trauerfeier scheiterte zunächst mehrfach daran, dass die Anwesenden die Aufforderungen der Polizei ignorierten. Erst als 60 Bereitschaftspolizisten anrückten, gelang es, die Versammlung aufzulösen.

Beamte beinahe überfahren

Bereits die Nacht der Einlieferung der Clan-Angehörigen brachte zwei schwere Zwischenfälle: In nicht allzu großer Entfernung zum Urban-Krankenhaus hatte die Polizei in einer Tempo-30-Zone der Neuköllner Hermannstraße eine reguläre Geschwindigkeitskontrolle eingerichtet. Dabei fiel den Polizisten ein roter Porsche auf, der mit deutlich höherem Tempo unterwegs war. Der Versuch, den Wagen zu stoppen, scheiterte jedoch. Als die Ein-



Eingreifen zunächst gescheitert: Polizisten mussten das Urban-Krankenhaus massiv schützen

Foto: pa

satzkräfte die Verfolgungsjagd aufnehmen, überfuhr der Porschefahrer zwei rote Ampeln und entkam mit hoher Geschwindigkeit. Nur gut eine halbe Stunde später fuhr ein VW Golf ebenfalls deutlich zu schnell durch die Kontrolle. Zwar verlangsamte der Fahrer zunächst, allerdings beschleunigte er dann plötzlich mit aufheulendem Motor wieder. Wie bereits beim Porsche mussten die Polizeibeamten im letzten Moment beiseite springen, um nicht von dem Fahrzeug erfasst zu werden. Den Ordnungshütern gelang es, den VW-Fahrer nach einer Verfolgungsjagd in der Nähe des Urban-Krankenhauses festzunehmen.

Auf den 18-Jährigen kommt ein Verfahren wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr, gefährlicher Körperverletzung und eines verbotenen Autorennens zu. Gleiches gilt für den Fahrer des Porsche, falls es gelingt, ihn ausfindig zu machen. Der Polizei ist es inzwischen gelungen, wenigstens den Wagen sicher-

zustellen. Das Fahrzeug soll Ermittlern zufolge bereits in der Vergangenheit im Zusammenhang mit dem Araber-Clan aufgefallen sein.

Der Pressesprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Benjamin Jendro, sprach im Zusammenhang mit dem Durchbrechen der Polizeikontrollen und nächtlichen Verfolgungsjagden von versuchten Tötungsdelikten: „Bei allem Verständnis für Trauer nach einem Todesfall müssen Gesetze eingehalten werden. Wer das kleinredet, pflegt genau die falsch verstandene Toleranz, die uns zu den heutigen Problemen bei arabischen Clans in der organisierten Kriminalität gebracht hat“, so Jendro.

Schon wenige Tage vor diesen Ereignissen hatte derselbe Großclan im Zusammenhang mit seinen Immobiliengeschäften für Schlagzeilen gesorgt. Bereits im Sommer 2018 hatte die Berliner Staatsanwaltschaft per Gerichtsbeschluss die Beschlagnahme von 77 Immobilien durch-

gesetzt, die sich im Besitz der orientalischen Sippe befunden hatten. Grundlage der Aktion war eine Reform des Strafgesetzbuches aus dem Jahr 2017. Die Neuregelung erlaubt im Kampf gegen die organisierte Kriminalität die Einziehung von Vermögen, wenn dessen Herkunft unklar ist. Das Landgericht Berlin entschied nun bei zwei der insgesamt 77 beschlagnahmten Clan-Immobilien, dass diese eingezogen werden.

Von der Entscheidung des Landgerichts betroffen ist eine denkmalgeschützte Villa im Stadtteil Buckow, die bislang vom Oberhaupt des Clans bewohnt wird. Wie das Landgericht mitteilte, wurden das Objekt und eine weitere Immobilie im Jahr 2012 von einem Sohn des Clan-Oberhauptes gekauft. Aus Sicht der Richter hatte der damals erst 19-Jährige allerdings keine rechtmäßigen Einkünfte in nennenswertem Umfang. Das Gericht ging deshalb davon aus, dass die Immobilienkäufe seinerzeit mit Erlösen aus Straftaten finanziert wurden.

SPERRMASSNAHMEN

200 Euro Geldbuße für den Besuch von Freunden

Auch Berlin gängelt seine Bürger immer weiter – Bekannter Autor beklagt Umtriebe von Denunzianten

Der Berliner Senat hat als neue mit dem Coronavirus begründete Maßnahmen einen umfangreichen Straf- und Bußgeldkatalog erlassen. Einerseits werden einige der bisher verhängten Maßnahmen aufgehoben, andererseits will das Land bei Verstößen gegen weiter bestehende Auflagen kräftig abkassieren. So werden beispielsweise die Schulen wieder geöffnet. Aber bei einem Verstoß des vorgegebenen Abstandes zwischen den Schülern soll die Schulleitung ein Bußgeld von 1000 bis 10.000 Euro bezahlen. Die Auflage gilt sogar für Schulausflüge.

Schulen drohen hohe Strafen

Ab dem 27. April ist es in Berlin wie in den meisten anderen Bundesländern verpflichtend, Atemschutzmasken in den öffentlichen Verkehrsmitteln zu tragen. Bei einem Verstoß sollen zunächst keine Bußgelder erhoben werden. In den seit Kur-

zem wieder geöffneten Geschäften gilt die Maskenpflicht in Berlin nicht, womit die Bundeshauptstadt sich von den anderen Bundesländern abhebt.

„Umstritten“ ist so ziemlich alles, was mit den Maßnahmen zusammenhängt, welche die Politik mit der Begründung Corona-Bekämpfung erlassen hat. So soll der „Lockdown“ laut den Zahlen des Robert-Koch-Instituts keinen Einfluss auf die Ansteckungsrate gehabt haben. Ob die zuständige Senatorin Dilek Kalayci (SPD) als Diplom-Wirtschaftsmathematikerin – außerdem im Senat für Gleichstellung zuständig – geeignet ist, in der Bevölkerung besonderes Vertrauen zu erwecken, sei dahingestellt.

Vornehmlich gilt in Sachen Corona die öffentliche Aufmerksamkeit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD). Der bekannte Berliner Autor Henryk M. Broder beklagt, es sei die Stunde

der Denunzianten, in Berlin-Zehlendorf hätten Nachbarn ein Ehepaar angezeigt, das ein anderes Ehepaar in seiner Wohnung bewirtet habe. Dafür sei den Gastgebern ein Bußgeld von 200 Euro aufgebürdet worden. Die Berliner Polizei kontrolliert die Einhaltung der Maßnahmen täglich mit mehreren hundert Einsatzkräften.

Prostituierte in Not

Die Schulen bleiben weiter beeinträchtigt: Die schriftlichen Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss (MSA) für die zehnten Klassen wurden aufgrund der Corona-Krise abgesagt. Lediglich die MSA-Präsentationsprüfung findet statt.

Die mit Corona begründeten Maßnahmen stürzen auch das „horizontale Gewerbe“ in eine Krise, in Berlin nicht anders als im Rest des Landes. Bordelle sind geschlossen, Straßenprostitution ist

gleichfalls verboten und in einigen Städten ist es auch untersagt, Kunden in Privatwohnungen zu empfangen. Beim Berliner Finanzamt angemeldete Prostituierte können die Soforthilfe für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer beantragen. Diese soll bis zu 7000 Euro betragen. Johanna Weber, Mitgründerin und Sprecherin des Berliner „Berufsverbands für erotische und sexuelle Dienstleistungen“ und selbst Prostituierte, hebt hervor: „Viele Frauen machen ganz normal ihre Steuererklärung, wie andere Leute auch. Und sie können jetzt genau wie alle anderen Solo-Selbstständigen auch Geld vom Berliner Senat beantragen. Mal schauen, ob das klappt.“ Ein Sozialarbeiter in Berlin hat indes beobachtet, dass die ungarischen Sexarbeiterinnen rechtzeitig vor der staatlich verordneten Einschränkung ihrer Tätigkeit aus der Stadt verschwunden waren. Frank Bücker

KOLUMNE

Fest im Griff

VON VERA LENGSELD

Wie fest Clans die Hauptstadt bereits im Griff haben, wurde den Berlinern unlängst deutlich vor Augen geführt. Die Frau eines Clanoberhauptes erkrankte kürzlich und musste in die Klinik eingeliefert werden. Schon das brachte Probleme mit sich (siehe Beitrag auf dieser Seite). Als die Frau starb, wurde ihre Beerdigung zu einer Art Staatsaffäre. Hunderte Polizisten waren im Einsatz, weil Hunderte Familienangehörige aus allen Teilen des Landes angereist waren. Zuvor hatte die Polizei den Clanchef aufgesucht, ihn auf die Corona-Regeln hingewiesen und angekündigt, dass man die Regeln durchzusetzen gedenke. Das hat man dann auch getan, aber mit einem Aufwand, der die Frage aufkommen lässt, was noch verhältnismäßig ist.

Die Polizei war von Anfang an im Großeinsatz: Seit dem Morgen kreiste ein Hubschrauber über der südlichen Berliner Innenstadt, um Übersichtsaufnahmen anzufertigen. Im Fokus stand dabei die Sehitlik-Moschee am Columbiadamm, wo eine Zeremonie geplant war. Die Moschee ist ein Treffpunkt für Islamisten und war während der Kontaktsperre schon aufgefallen, weil sie sich nicht an die Vorschriften hielt und es größere Zusammenkünfte auf dem Moscheegelände gab.

Auf dem Zwölf-Apostel-Friedhof, wo die Beerdigung stattfand, standen starke Polizeikräfte mit Mannschaftswagen bereit. Außerdem waren Straßensperren errichtet worden. Zusätzlich hatte die Polizei den Sachsendamm ab der Autobahnabfahrt und die vierspurige Dominicusstraße teilweise gesperrt. Alle Nebenstraßen rund um den S-Bahnhof Schöneberg waren nur für Fußgänger und Radler frei. Mindestens 20 Mannschaftswagen und 20 Streifenwagen waren im Einsatz.

Polizisten kontrollierten den Zugang zum Friedhof. Nur wer auf einer Liste mit 60 „engsten Familienmitgliedern“ stand, wurde durchgelassen. In drei Gruppen zu je 20 Personen.

Wie lange kann sich Berlin einen solchen grotesken Aufwand leisten, um einen kriminellen Clan in Schach zu halten?

MELDUNG

Schwarzmiere umgeht Deckel

Berlin – Zwei Monate nach dem Inkrafttreten des Mietendeckels zieht der Berliner Mieterverein eine zwiespältige Bilanz. Laut Geschäftsführer Reiner Wild wird das Einfrieren der Miete und das Zurücksetzen letzter Erhöhungen auf die Stichtagsmiete „durchaus von zahlreichen Vermietern eingehalten“. Der Verein moniert aber, eine erhebliche Anzahl von Vermietern versuche, den Deckel zu umgehen oder sich mit Vereinbarungen die Mietzahlungsansprüche zu sichern, falls sich der Deckel später als verfassungswidrig herausstellen sollte. Der Verein spricht in diesem Zusammenhang von „Schattenmieten“, die bei Abschluss von neuen Mietverträgen verlangt würden. Nach Erkenntnissen des Vereins verlangen einige Vermieter auch die Einzahlung von Mietbeträgen, die über dem Niveau des Mietendeckels liegen, auf Treuhandkonten. N.H.

● MELDUNGEN

Airbnb teils verboten

Amsterdam – Ab dem 1. Juli ist in der niederländischen Metropole Amsterdam in drei besonders stark von Touristen frequentierten Gebieten am Grachtengürtel die Vermietung von Wohnungen an Touristen über Internetportale wie Airbnb verboten. In den übrigen Stadtvierteln dürfen Vermieter ihre Wohnung nur noch an 30 Tagen im Jahr an maximal vier Personen vermieten. In den letzten Jahren wurde Amsterdam mit seinen 800.000 Einwohnern jährlich von 20 Millionen Touristen besucht. Die Vermietung von Wohnungen an Touristen über Airbnb wird von den meisten Einwohnern als Belästigung betrachtet. Auch wird Airbnb angelastet, für die Zweckentfremdung von Wohnungen und damit für Wohnungsnot und steigende Mietpreise mit verantwortlich zu sein. Im Oktober vergangenen Jahres hatten sich die Bürgermeister mehrerer europäischer Metropolen in München getroffen, um über Maßnahmen zur Eindämmung der Vermietung von Wohnungen über Internetplattformen zu beraten. *D.J.*

Iran meldet Erfolg im All

Teheran – Wie der Iran vergangene Woche berichtete, ist es ihm erstmals gelungen, einen eigenen Militärsatelliten mit der Bezeichnung „Nur-1“ mit Hilfe der Trägerrakete „Kased“ (Gesandter) erfolgreich in eine Umlaufbahn in 425 Kilometern Höhe geschossen zu haben. Weitere Einzelheiten gaben die iranischen Revolutionsgarden nicht bekannt. Bislang konnte das iranische Raumfahrtprogramm auf keine nennenswerten Erfolge zurückblicken. Zu Beginn dieses Jahres misslang mehrere Satellitenstarts. Im Februar erreichte zuletzt der 130 Kilogramm schwere Satellit „Safar“ (Triumph) nicht die nötige Geschwindigkeit, um die gewünschte Umlaufbahn zu erreichen. Sowohl die USA als auch Israel reagierten gereizt. Sie sehen im iranischen Satellitenprogramm einen Verstoß gegen Vorgaben des UN-Sicherheitsrats und fordern schärfere Sanktionen gegen den Iran. Teheran zufolge sind die iranischen Satelliten nicht zu militärischen Zwecken bestimmt. Sie sollen lediglich Wetterdaten liefern. *MRK*

Russen kaufen mehr Kochsalz

Moskau – Da das russische Gesundheitsministerium eine Empfehlung von Kochsalzlösung als Vorbeugung gegen das Coronavirus Covid-19 herausgegeben hatte, verbuchten die Lebensmittelläden seit Anfang April landesweit einen Ansturm auf haushaltsübliches Kochsalz, im Durchschnitt wuchs die Nachfrage um 20 Prozent. Im März hatten sich die russischen Bürger nach ähnlichen Empfehlungen mit lange haltbaren Lebensmitteln wie Graupen, Zucker und tiefgefrorenen Produkten eingedeckt. Die gestiegene Nachfrage nach Salz stellt die heimischen Produzenten vor Probleme. Sie können nicht mehr Salz produzieren, da ihnen die nötige Infrastruktur fehlt. Bislang wurde Salz zu günstigeren Preisen aus dem westlichen Ausland importiert. *MRK*



Viele Spanierinnen folgten der Aufforderung ihrer Regierung, sich zum diesjährigen Weltfrauentag zu versammeln: Demonstration in der Innenstadt von Palma de Mallorca

CORONA

Missmanagement in Spanien

Warum das Königreich so viele Infizierte und Tote zu beklagen hat wie kein anderer Staat in Europa

VON WOLFGANG KAUFMANN

Hinsichtlich der Zahl der Infizierten und Toten aufgrund von Infektionen mit dem Coronavirus liegt Spanien direkt nach den USA an zweiter Stelle. Bis zum vorletzten Donnerstag meldete Madrid 213.024 Covid-19-Erkrankungen und 22.157 Todesfälle. Dahingegen ist die Situation im benachbarten Portugal, dessen Einwohnerzahl bei einem knappen Viertel der spanischen liegt, deutlich besser. Dort zählten die Behörden 22.353 Infizierte und 820 Gestorbene – dabei ist immerhin jeder fünfte Portugiese älter als 65 Jahre. Dieser Unterschied resultiert ganz wesentlich aus dem fehlerhaften Krisenmanagement der spanischen Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Pedro Sánchez von der sozialdemokratischen Partido Socialista Obrero Español (PSOE) und dessen Stellvertreter Pablo Iglesias Turrión vom linken Wahlbündnis Unidos Podemos.

Obwohl die Pandemie das Land bereits am 31. Januar erreichte und zwei Wo-

chen später der erste mit Corona infizierte Spanier in Valencia starb, warb die Regierung in Madrid noch am 7. März in einer landesweit übertragenen Pressekonferenz für die Teilnahme an insgesamt 75 feministischen Aufmärschen, die anlässlich des Internationalen Frauentages in verschiedenen Städten Spaniens stattfinden sollten. Daraufhin gingen 24 Stunden später tatsächlich Hunderttausende Menschen gegen die angebliche Dominanz der Männer in der westlichen Gesellschaft auf die Straße.

Kurz darauf schoss die Zahl der Corona-Infektionen dramatisch in die Höhe. Positiv getestet wurden dabei auch die Ehefrauen von Sánchez und Iglesias Turrión, die bei den Demonstrationen zugegen gewesen waren.

Für viele Kritiker der Regierung steht fest, dass sich das Virus nur deshalb so stark in Spanien habe ausbreiten können, weil die Staatsführung gewillt gewesen sei, ihre politisch-ideologische Agenda über das Gemeinwohl zu stellen. Daher klagen jetzt 5000 Spanier gegen den Ministerpräsidenten und weitere Verant-

wortliche wegen vorsätzlicher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Sterbedaten sind frisiert

Unmittelbar nach den Aufmärschen verfügte die Präsidentin der Regionalregierung von Madrid, Isabel Díaz Ayuso, die Schließung aller Schulen in der Hauptstadt. Dem folgte am 13. März der bis heute geltende landesweite „Alarmzustand“ – mit den strengsten Beschränkungen des öffentlichen Lebens in ganz Europa. Diese werden Spanien beispiellose wirtschaftliche Verluste bescheren.

Währenddessen wächst die Wut der Menschen über das Versagen des Duos Sánchez-Iglesias Turrión von Tag zu Tag. So verklagten jetzt auch die Madrider Krankenhausärzte-Gewerkschaft und der gesamtspanische Gewerkschaftsbund der Ärzte die Staatsregierung, weil sie es versäumt habe, genügend Masken und Schutzbrillen zu beschaffen. Sogar innerhalb der PSOE selbst wird die späte Reaktion des Kabinetts inzwischen moniert. Vor diesem Hintergrund sackten die Zustimmungswerte innerhalb der Bevölke-

rung für die Regierung Sánchez mittlerweile auf dürftige 33 Prozent ab.

Darüber hinaus glauben zwei Drittel aller Spanier, dass das wahre Ausmaß der Corona-Welle im Lande von der Obrigkeit verschleiert werde. Und tatsächlich scheinen die offiziellen Zahlen frisiert zu sein. Als Katalonien kürzlich mehr als 7000 Todesfälle meldete, schlugen diese in der zentralen nationalen Statistik lediglich mit 3855 zu Buche. In gleicher Weise „korrigierten“ die Behörden die Sterbezahlen von Madrid von über 10.000 auf 6877.

Naheliegenderweise griffen einige Oppositionspolitiker diese Diskrepanzen auf und fragten nach deren Ursachen. Kurz darauf wies das Innenministerium die Sicherheitsbehörden an, öffentliche Kritik am Vorgehen der Regierung in der Corona-Krise zu unterbinden. Das bestätigte der Chef des Generalstabes der Guardia Civil, General José Manuel Santiago, gegenüber der Presse. Daraufhin wiegelte Innenminister Fernando Grande-Marlaska ab und sprach von einem „Missverständnis“. Inwiefern er damit die Wahrheit sagte, wird sich bald erweisen.

SIMBABWE

Augenwischerei statt Gerechtigkeit

Rückgabeversprechen für enteignete weiße Farmer erscheint als Farce – Bauern lehnen Entschädigung ab

Seit dem Jahr 2000 enteignete die Regierung des damaligen Präsidenten Robert Mugabe mindestens 4000 der etwa 4500 weißen Farmer in Simbabwe und überließ deren Ländereien schwarzen Kleinbauern, sofern diese Mitglieder der ZANU-Einheitspartei waren. Den meisten fehlte das Wissen, wie sie die großen Ländereien betreiben sollten, und auch das Geld.

Nach dem Sturz von Mugabe Ende November 2017 bot Interims-Präsident Emmerson Mnangagwa den weißen Farmern, an auf ihre Farmen zurückzukommen. Die Armee sei bereit, die illegalen Besatzer zu verjagen. Allerdings wurden die Rückkehrer nicht mehr Eigentümer ihrer Farmen, das Land gehört jetzt dem Staat. Die weißen Farmer könnten nur einen Pachtvertrag für 99 Jahre erhalten.

Im März dieses Jahres erweiterte die Regierung ihr Angebot. Sie bot etwa 800 Farmen als Entschädigung für Bauern an, die ihr Land während der gewaltsamen Landnahme verloren hatten. Ben Freeth, der Sprecher der enteigneten Bauern, erklärte jetzt jedoch, die Bauern würden das Angebot der Regierung ablehnen, weil es den enteigneten Bauern keinen rechtlichen Schutz biete. „Bedauerlicherweise ist dieses Stück irreführender Gesetzgebung ein weiterer Versuch einer Augenwischerei, um den Anschein zu erwecken, dass die Regierung Simbabwes Farmen an ihre Besitzer zurückgeben und die Eigentumsrechte wiederherstellen wird – aber das ist nicht der Fall“, sagte Freeth.

Bereits im November 2008 hatte der regionale Gerichtshof für Menschenrech-

te entschieden, dass die Landreformen Simbabwes die weiße Minderheitsbevölkerung des südafrikanischen Landes diskriminierte. Eine bedeutende Anzahl der enteigneten Farmer wurde in Simbabwe geboren, und viele waren in zweiter, dritter oder sogar vierter Generation im Lande, sie kannten keine andere Heimat.

Acht Millionen leiden Hunger

Landwirtschaftsminister Perrance Shiri räumte zwar ein, dass 440 Farmen der schwarzen Bevölkerung vom Militär beschlagnahmt wurden, aber 350 der schwarzen Bauern befänden sich noch auf dem beschlagnahmten Land.

Die EU, Großbritannien und die USA machten die Frage der Entschädigung der weißen Farmer zur Voraussetzung für die

Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit Simbabwe.

Eine von Mnangagwa veranlasste Landprüfung ergab, dass eine Reihe von Spitzenpolitikern mehrere Farmen besaß, die nach wie vor nicht bewirtschaftet werden. Zu den Farmbesitzern gehören auch Familienmitglieder von Mugabe.

Die Enteignung der weißen Farmer führte nach 2000 zum Zusammenbruch der auf der Landwirtschaft basierenden Wirtschaft des Landes und zu einer massenhaften Nahrungsmittelknappheit, die bis heute anhält. Hilfsorganisationen sagen, dass in diesem Jahr mindestens acht Millionen Simbawer oder die Hälfte der Bevölkerung nach aufeinander folgenden Jahren mit schlechten Ernten Nahrungsmittelhilfe benötigen werden. *Bodo Bost*

VON NORMAN HANERT

Angesichts von Zentralbanken, welche die Zinssätze auf Null gesenkt haben und Billionen von Vermögenswerten zusammenkaufen, kam die Deutsche Bank Research Mitte April zu dem ernüchternden Befund, dass es „so etwas wie einen freien Markt nicht mehr gibt“. Nicht nur an den Finanzmärkten deuten die Zeichen auf mehr Staatswirtschaft hin. In der Corona-Krise kommt nun auf breiter Front in wichtigen europäischen Ländern das Thema Verstaatlichung von Unternehmen wieder auf die Tagesordnung.

Eine erste Verstaatlichungswelle könnte die derzeit besonders gebeutelte Luftfahrtbranche betreffen. Fast allen Fluggesellschaften ist das Geschäftsmodell weggebrochen. Bei vielen Regierungen existiert zudem noch immer ein Prestigedenken, dass das Land über einen sogenannten Flag Carrier oder National Carrier, eine mehr oder weniger staatsnahe nationale Fluggesellschaft, verfügen müsse.

Italiens Regierung hat inzwischen angekündigt, der seit Jahren in der Krise steckenden Alitalia mit einer weiteren halben Milliarde Euro unter die Arme greifen zu wollen. Zudem will die Regierung zur Rettung von Alitalia eine Gesellschaft gründen, die „vollständig vom Wirtschafts- und Finanzministerium oder von einer Gesellschaft, die sich mehrheitlich in öffentlichem Besitz befindet“, kontrolliert wird.

Der Lockdown setzt Airlines zu

Verkehrsministerin Paola De Micheli von der Partito Democratico (PD) sagte zu den Plänen, die faktisch auf eine Rückverstaatlichung hinauslaufen, die Corona-Krise habe die Regierung in der „Idee bestärkt, dass Alitalia ein nationales Unternehmen von strategischer Bedeutung“ für Italien sei.

Das Vorgehen Roms wird andere Unternehmen dazu veranlassen, ihrerseits nach dem Staat zu rufen. Mit dem Staat im Rücken hat Alitalia gegenüber Wettbewerbern nämlich den entscheidenden Vorteil, unkaputtbar zu sein, sich wegen der Finanzen keine Sorgen machen zu brauchen und vor allem nicht wirtschaftlich arbeiten zu müssen.

In Frankreich hat Wirtschaftsminister Bruno Le Maire bereits angekündigt, die Regierung werde „alle Mittel ergreifen, um große französische Unternehmen zu schützen“. Als Möglichkeiten nannte Le Maire staatliche Beteiligungen und „wenn nötig auch eine Verstaatlichung“.

Der Staatssekretär für Verkehr, Jean-Baptiste Djebbari, schloss einen noch stärkeren Einstieg des französischen Staates bei der Fluggesellschaft Air France-KLM explizit nicht aus. „In Kri-

senzeiten müssen wir über alle Mittel und Instrumente der öffentlichen Intervention verfügen, einschließlich diesem“, erklärte der Spitzenbeamte.

Und in Deutschland stehen im sogenannten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF), den die Bundesregierung mit einem Umfang von 600 Milliarden Euro auf den Weg gebracht hat, allein für direkte staatliche Beteiligungen 100 Milliarden Euro bereit. Weitere 100 Milliarden Euro sind für die Refinanzierung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die restlichen 400 Milliarden Euro für Staatsgarantien für Verbindlichkeiten.

Die EU-Kommission steht den europaweit aufkommenden Plänen für eine größere Rolle des Staates in der Wirtschaft derzeit kaum im Wege. Zwar waren bislang in der EU wegen strikter Wettbewerbsregeln Verstaatlichungen nur eingeschränkt erlaubt, aber unter Hinweis auf

die Corona-Krise sollen diese Regeln nun gelockert werden. Nicht einmal seitens der Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager von der dänischen linksliberalen Partei Radikale Venstre (RV, Radikale Linke) ist derzeit Widerstand zu erwarten.

EU macht den Weg frei

Zwar eilte der 52-jährigen geschäftsführenden Vizepräsidentin der EU-Kommission zumindest bislang der Ruf eines „Konzernschrecks“ voraus, aber aktuell steht sie für eine großzügige Auslegung von Regeln, damit die EU-Mitgliedsstaaten ihre Unternehmen auch ganz direkt finanziell unterstützen können.

Unter normalen Umständen würde der Verstaatlichungstrend durch die begrenzten finanziellen Ressourcen der Staaten gebremst. Die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) sorgen in der Eurozone jedoch für eine gesicher-

te Refinanzierung von Staatsschulden und senken zugleich die Finanzierungskosten.

Kritiker wie etwa der Berliner Finanzwissenschaftler Markus C. Kerber sehen schon in den bisherigen Anleihekäufen der EZB eine verdeckte Form der eigentlich verbotenen Staatsfinanzierung. Ungedachtet dessen hat die EZB vor einigen Wochen ein Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP, Pandemie-Notfallkaufprogramm) beschlossen, das weitere Anleihekaufprogramm im Volumen von 750 Milliarden Euro vorsieht.

Inzwischen hat die EZB obendrein beschlossen, selbst sogenannte Schrottanleihen anzukaufen. Das ermöglicht gerade angeschlagene Staaten der Eurozone wie der Italienischen Republik oder dem Königreich Spanien völlig neue Möglichkeiten des Schuldenmachens und des unternehmerischen Engagements.



Ein stärkeres Engagement des italienischen Staates bei Alitalia könnte den Anfang machen: Maschinen der Fluggesellschaft stehen auf dem Flughafen Rom-Fiumicino still Foto: pa

CORONA

Grausame Marktberreinigung befürchtet

Start-ups und kleineren Unternehmen droht die finanzielle Austrocknung

Das große Problem der Start-ups ist, dass sie viel Geld – häufig Erspartes oder Geld von den Eltern – in Technik, Ausstattung, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit investiert haben, aber in den ersten Jahren in aller Regel nicht gewinnbringend arbeiten. In den vergangenen Jahren durften junge Firmengründer jedoch auf finanzielle Unterstützung von außen hoffen.

Wer eine pfiffige Geschäftsidee hatte, fand in aller Regel leicht potente Investoren. So sammelten deutsche Jungunternehmer im vergangenen Jahr mehr als sechs Milliarden Euro an Startkapital ein. Doch in Zeiten der Lockdown-Krise ist alles anders geworden.

„2019 dürfte vorerst das letzte Rekordjahr für das europäische Start-up-

Ökosystem gewesen sein“, glaubt Hubert Barth, Vorsitzender der Geschäftsführung der Unternehmensberatung Ernst & Young: „Die Coronavirus-Pandemie wird nicht nur zu deutlich sinkenden Investitionen führen. Es sind zudem bei vielen Unternehmen massive Umsatzausfälle zu erwarten. Damit ist diese Krise eine existenzielle Herausforderung für das europäische Start-up-Ökosystem.“

Die Mehrzahl der Start-ups sei nur für einige Monate durchfinanziert. Eine Krise solchen Ausmaßes sei nicht absehbar gewesen. Die aktuellen Finanzierungshilfen der Bundesregierung würden allenfalls einige Wochen Luft verschaffen

Carsten Maschmeyer, ehemaliger Gründer des Finanzdienstleisters AWD

und Investor in mehrere Start-ups, glaubt, „dass die Hälfte aller Startups verschwinden, dass ein Viertel der Kleinunternehmen am Markt verschwinden und die Großkonzerne gewinnen werden“.

„Es werden viele Gründer von grausamen Existenzkämpfen berichten, was andere abschreckt“, sagte Maschmeyer dem Nachrichtensender NTV: „Das wird sich nachteilig auf die Bereitschaft auswirken, ein Unternehmen zu gründen.“ Besonders unattraktiv seien Geschäftsideen, die mit der Hotel- und Reisebranche zusammenhängen.

Die Europäische Kommission hatte recht frühzeitig versucht gegenzusteuern und schon im März ein Projekt ins Leben gerufen, mit dem Start-ups sowie kleine

und mittelständische Unternehmen ihre Ideen zur Bekämpfung der Krise der EU vorstellen. Insgesamt hat die Kommission dafür 164 Millionen Euro ausgesetzt. „Die Technologien sollen bei der Behandlung, Prüfung oder Überwachung des Coronavirus-Ausbruchs helfen, teilte die Kommission mit.“

Ernst & Young-Chef Barth begrüßt die Hilfen und fordert weitere Anstrengungen, um zu verhindern, dass Jungunternehmer ins Nichts stürzen. „Der Finanzierungsmarkt darf nicht vollständig austrocknen – das würde den Technologiestandort Deutschland um Jahre zurückwerfen.“ Die Corona-Krise zeige, wie wichtig eine noch stärkere Digitalisierung der Wirtschaft sei. Peter Entinger

● MELDUNGEN

Zoll sucht dingend Leute

Berlin – Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion hervorgeht, fehlt dem Zoll Personal für die Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Mindestlohnverstößen. Nach Angaben der Regierung waren zum Jahresbeginn bei der zuständigen Zollverwaltungseinheit „Finanzkontrolle Schwarzarbeit etwa 1400 von insgesamt fast 8500 Planstellen unbesetzt. Trotz der unbesetzten Stellen deckten die Ermittler der Finanzkontrolle Schwarzarbeit im vergangenen Jahr deutlich mehr Verstöße gegen den gesetzlichen Mindestlohn auf, als im Jahr 2018: Laut der Jahresbilanz 2019 der Generalzolldirektion prüfte die Sondereinheit 54.733 Arbeitgeber und leitete 114.997 Strafverfahren und 31.366 Ordnungswidrigkeitsverfahren ein. Dabei stellte der Zoll zehn Prozent mehr Verstöße gegen die gesetzliche Mindestlohnregelung fest als noch im Jahr 2018. Andere Prüfbereiche wie bei der Personbeförderung wurden hingegen vernachlässigt. N.H.

Spekulation auf höhere Ölpreise

London – Die Corona-Pandemie hat für einen starken Einbruch der weltweiten Ölnachfrage gesorgt. Weil die Lagerkapazitäten für Rohöl inzwischen knapp geworden sind, werden verstärkt Tanker, die vor Ölhäfen auf Reede liegen, als schwimmende Öllager angemietet. Nach Angaben des Schiffsbrokers Clarksons Platou werden derzeit etwa zehn Prozent der weltweit 750 aktiven Supertanker als schwimmende Öllager genutzt. Im Zuge dieser Entwicklung sind die Tagesraten für Supertanker der Kategorie „Very Large Crude Carrier“ auf den höchsten Stand seit 15 Jahren gestiegen. Während die Tagesraten noch zu Anfang des Jahres bei 30.000 US-Dollar lagen, sind die Preise zwischenzeitlich auf bis zu 400.000 Dollar gestiegen. Auf der Grundlage des derzeitigen Nachfrageausfalls spekulieren Ölhändler, Investmentbanken und Hedgefonds darauf, mit Hilfe der Öllagerung auf See in einigen Monaten von einer wiederanziehenden Nachfrage und steigenden Ölpreisen profitieren zu können. N.H.

Konventioneller Strom benötigt

Berlin – Laut Angaben der Bundesregierung benötigt die Deutsche Bahn AG auch künftig noch Strom aus konventionellen Kraftwerken, um die Netzstabilität zu erhalten. Dies teilte sie auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion nach dem Anteil erneuerbarer Energien im Strommix der Bahn mit. Angaben der Regierung zufolge stieg der Anteil erneuerbarer Energien im Bahnstrommix seit 2010 von 19,8 auf 60 Prozent im vergangenen Jahr. Dennoch müsse konventioneller Strom auch weiterhin genutzt werden, um eine hinreichende Einspeisung in Zeiten ohne Wind oder Sonne, der sogenannten Dunkelflaute) sichergestellt werden. Insgesamt setzt sich die Bundesregierung jedoch für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe beim Bahnbetrieb ein. MRK

ANALYSE

Ramadan in den eigenen vier Wänden

BODO BOST

Fasten gehört zu den geistigen Übungen und Verpflichtungen in allen großen Religionen. Im Islam, wo der diesjährige Fastenmonat Ramadan am 24. April begonnen hat und bis zum 23. Mai dauert, gehört das Fasten im Fastenmonat Ramadan zu einer der fünf Säulen dieser Religion. Das Fastengebot gilt von Sonnen- bis Untergang. Allerdings gibt es auch von dieser Richtschnur Ausnahmen, zum Beispiel in Skandinavien, sonst könnten dort, wenn der Ramadan auf den Sommer fällt und die Sonne drei Wochen nicht untergeht, keine Muslime leben. Das Fasten hat im Islam, entgegen eines weitläufigen Missverständnisses, keinen asketischen Charakter wie im Christentum, sondern eher einen rituellen Charakter. Im Grunde wird auch nicht gefastet, sondern Essen nur auf die Nachtzeiten verschoben. Der Fastenmonat Ramadan wird nicht als Buße eingehalten, auch nicht zur Versöhnung mit Gott, sondern einfach, weil es Gottes Befehl, also eine Pflicht ist.

Ein Fasten zu Hause kennen viele Muslime nicht

Das Fasten wird für viele Muslime jedoch in diesem Jahr deshalb schwerer sein als gewöhnlich, weil sie durch Corona auf einen wichtigen Bestandteil des Ramadan verzichten müssen, das religiöse und soziale Gemeinschafts-Erlebnis nach dem täglichen Fastenende. Auch das Pilgerwesen in den Heiligen Stätten des Islams ist bis auf Weiteres eingestellt. Nur in einigen Staaten wie Pakistan, sind die Moscheen geöffnet.

Aber Fasten und Beten ist nicht alles im Ramadan. Das Fastenbrechen (Iftar) wird traditionell gemeinschaftlich in der Großfamilie oder mit Freunden gefeiert. Außerdem spielen im Ramadan karitative Gemeinschafts-Elemente, wie Armenspeisungen und das Almosengeben für die Armen (Zakat) eine besondere Rolle. Manche islamischen Länder verschieben jetzt wegen des Ramadan die Corona-bedingten Ausgangssperren etwas nach hinten, damit man nach dem Sonnenuntergang, an dem das Fasten endet, wenigstens noch einkaufen gehen kann. Aber die Ramadan-Nächte, in denen oft drei Mahlzeiten in der Nacht hintereinander

zu sich genommen werden, müssen jetzt zum Großteil zu Hause verbracht werden.

Universität schlägt Verschiebung des Fastens vor

Die höchste religiöse Autorität der sunnitischen Muslime, die vor mehr als 1000 Jahren gegründete Al-Azhar-Universität in Kairo, hatte im Vorfeld des Ramadan eine terminliche Verschiebung des Fastens angeregt, weil durch das Fasten, wenn es rigide praktiziert wird, „eine Schwächung des Immunsystems während der Pandemie und entsprechende Konsequenzen für Millionen von Muslimen“ befürchtet werden. Dies könnte, da das Fasten den Körper schwächt, der Krankheit Vorschub leisten. Doch in der islamischen Welt gilt die Autorität der Al-Azhar nur noch wenig. Die salafistische Szene hat diese Empfehlung bereits strikt abgelehnt, da kranke, alte und schwache Menschen ohnehin vom Fasten verschont seien.

Da man eine Coronainfektion oft erst Wochen später erkennt, ist auch eine Definition, wer überhaupt „krank“ ist, in der heutigen Zeit wie so Vieles fast unmöglich. Entsprechend wird erwartet, dass auch die Religionspolizeien, die es in fast allen islamischen Ländern gibt und in einigen sogar gerade ausgebaut werden, in diesem Jahr nachsichtiger bei Kontrollen des Fastengebots sind. Da die Religionspolizisten an den Schwellen der Privathäuser Halt machen müssen, das Kopftuchgebot gilt ja auch nur in der Öffentlichkeit außerhalb der Privathäuser, haben die dann in diesem Jahr beim Fasten zu Hause ohnehin weniger Arbeit als sonst.

Der Ramadan ist auch eine Zeit des Friedens

In den letzten Jahrzehnten wird auch der Ramadan zur intensivierten islamischen Selbstdarstellung benutzt. Dadurch haben sich in der Zeit des Ramadan in den letzten Jahren auch die Konflikte in der ohnehin nicht konfliktarmen islamischen Welt potenziert, so als ob gerade der Ramadan solche Konflikte anheizt, dabei war der Ramadan ursprünglich auch ein Monat des Waffenstillstands und der Versöhnung zwischen Kriegsparteien. Nur ein friedlicher Ramadan ist ein guter Ramadan, soll der Prophet gesagt haben. In Zeiten von Corona sind die Chancen dazu vielleicht sogar besser als sonst.



Für die gesunde Entwicklung von Kindern unerlässlich: das Spiel im Freien

Foto: imago images/Panthermedia

LEITARTIKEL

Kinder an die Luft

RENÉ NEHRING

In Notlagen wie der aktuellen Corona-Pandemie wird deutlich, was beziehungsweise wer „gesellschaftlich relevant“ ist – und wer nicht. So haben wir in den letzten Wochen gelernt, dass zur Rettung des deutschen Spargels trotz der allgemeinen Kontaktsperre schnell mal 80.000 Erntehelfer aus Rumänien herüberfliegen dürfen, um das begehrte Stangengemüse von den Feldern zu holen. Und Nordrhein-Westfalen hat erklärt, dass es zum Schutz der für dieses Bundesland relevanten Industrie auch die heimischen Möbelhäuser öffnen lässt.

Gegen beides ist im Grunde nichts zu sagen. Ohnehin ist es nicht verkehrt, bei den Maßnahmen zum Schutz vor der Pandemie nicht allzu starr, sondern flexibel und durchaus lokal verschieden zu entscheiden, was geboten ist und was nicht. Warum soll ein Ministerpräsident nicht individuell entscheiden dürfen, was für sein Land am besten ist? Zumal der Katastrophenschutz in Deutschland ohnehin zumeist Aufgabe der Länder ist.

Bedenklich ist jedoch, welche gesellschaftliche Gruppe von den aktuellen Überlegungen zur Lockerung der gegen die Ausbreitung des Coronavirus verhängten Maßnahmen weitestgehend ausgenommen ist: die Grundschüler und Kindergartenkinder. Zwar gibt es hier und da Warnungen von Fachverbänden und zum Teil auch Anstöße von Kultusministern, doch ist ein Datum für die Öffnung

der Schulen und Kindergärten noch nicht ansatzweise erkennbar.

Der Grund für die Restriktionen gegenüber den Bildungseinrichtungen war die ursprüngliche Annahme, dass Kinder durch ihr wildes Spielen besonders häufig das unbekannte Virus übertragen könnten. Für diese Vermutung gab es jedoch zu keinem Zeitpunkt eine gesicherte Datenbasis. Dafür wissen wir inzwischen ziemlich sicher, dass das Virus für Kinder weit aus weniger bis gar nicht gefährlich ist.

Warum soll den Kindern Spiel und Sport vorenthalten werden?

Unstrittig ist, dass den Kindern durch den verordneten Daueraufenthalt in den eigenen vier Wänden wichtige Elemente für eine gedeihliche Entwicklung fehlen: das ausgelassene Toben auf dem Spielplatz ebenso wie die Begegnung mit gleichaltrigen Freunden sowie nicht zuletzt auch die fachgerechte Bildung durch ausgebildete Erzieher und Pädagogen. Als es vor geraumer Zeit darum ging, einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz zu beschließen, wurde in den Begründungen der Befürworter stets der

Eindruck vermittelt, dass das Kindswohl nirgendwo so gefährdet sei wie in den eigenen vier Wänden. Und heißt es nicht sonst immer – zu Recht –, dass die Kinder zu Hause viel zu lange an den Computern und Spielkonsolen hängen würden? Um so erstaunlicher, dass derlei Überlegungen nunmehr keine Rolle spielen.

Gleiches gilt übrigens auch für den Breitensport der Kinder, der – Stand jetzt – bis in den Sommer hinein untersagt bleiben soll. Seit den Zeiten von Turnvater Jahn ist die Bedeutung von körperlicher Bewegung eines jungen Menschen unbestritten – nicht zuletzt auch für die geistige Entwicklung. Warum also soll den Kindern dies auf absehbare Zeit vorenthalten werden? Welche Ansteckungsgefahren lauern überhaupt bei Sportarten wie Leichtathletik, Fußball, Radsport, Kanu, Tischtennis oder Tennis?

Es ist also höchste Zeit, die durch keinerlei Fakten begründeten Beschränkungen für Grundschüler und Kindergartenkinder aufzuheben, und die Kleinen – buchstäblich – wieder an die frische Luft zu setzen.

Der einzig plausible Grund für eine Einschränkung der Kinder ist übrigens die Ansteckungsgefahr für die eigenen Großeltern. Doch warum muss hier der Staat eingreifen? Trauen wir den Familien nicht zu, selbst auf einen angemessenen Abstand achten zu können, der ihnen einerseits eine Begegnung zwischen den Generationen ermöglicht und andererseits dem Gesundheitsschutz Rechnung trägt?

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Kein Minister hat unter Helmut Kohl so lange durchgehalten wie Norbert Blüm. Der Bundeskanzler übertrug ihm nach seiner Wahl im Oktober 1982 das Ressort für Arbeit und Sozialordnung. Erst mit Kohls Wahlniederlage, 16 Jahre später, musste auch Blüm aus seinem Amt ausscheiden.

1935 in Rüsselsheim geboren, hatte er zunächst eine Ausbildung als Werkzeugmacher absolviert und mehrere Jahre in diesem Beruf gearbeitet. Dem Abitur am Abendgymnasium folgte ein geisteswissenschaftliches Studium. Der CDU war Blüm 1950 beigetreten. Nicht zu Unrecht wurde der Katholik oft als „Herz-Jesu-Marxist“ apostrophiert, die christliche Soziallehre war ihm stets Orientierung.

Im Gedächtnis geblieben ist er vor allem mit dem in Varianten mehrfach geäu-

ßerten Satz: „Die Rente ist sicher“, der später immer wieder von Spöttern zitiert wurde, weil aufgrund des demografischen Wandels die Sicherheit der Altersvorsorge eben nicht mehr gegeben war. Wegmar-



Verteidigte das klassische Rentenmodell und führte die Pflegeversicherung ein: Norbert Blüm

ken der Amtszeit Blüms waren auch die Ausweitung des Rentensystems auf das Gebiet der ehemaligen DDR nach 1990 und die Einführung der Pflegeversicherung 1995, die er gegen erhebliche Widerstände erkämpfte. Er setzte dabei das Umlageverfahren gegen eine kapitalgedeckte Finanzierung durch, welche Wirtschaftsexperten empfohlen hatten.

Als der im Grunde loyale Blüm 1989 kurzzeitig auf der Seite der CDU-internen Kohl-Gegner stand, war das Verhältnis zum Kanzler beschädigt. Dennoch hielt dieser an seinem Minister fest. Blüms Volkstümlichkeit war ein Wahlkampffaktor. Im Alter entfremdete er sich von seiner Partei, der er vorwarf, das Soziale zu vernachlässigen. Am 23. April ist Norbert Blüm in Bonn gestorben. Erik Lommatzsch

NACHRUF

Kohls Rekordminister

Hunger nach Unterhaltung

Die Lockdown-Krise macht der Kultur schwer zu schaffen – Aber es gibt auch Krisengewinner wie Autokinos

VON HARALD TEWS

Die Kulturbranche zählt mit zu den ganz großen Verlierern der gegenwärtigen Lockdown-Krise. Und trotzdem gibt es auch hier Krisengewinner: Autokinos sowie Streamingdienste, die das Kino übers Internet nach Hause bringen.

Kaum zu glauben, dass Autokinos ein Comeback feiern. Sie galten fast als ausgestorben. Doch jetzt kehrt allerorten das 50er-Jahre-Gefühl zurück, als die Fahrt zum Film ein Vorwand zum heimeligen Kuscheln mit dem/der Liebsten war.

Da die Sehnsucht nach Kino und Gemeinsamkeiten in Zeiten staatlich erzwungener Distanzwahrung weiterhin groß ist, suchen viele nach Alternativen. Multiplex- und Programmkinos dürften noch eine Weile geschlossen bleiben. Nicht aber Autokinos, wo die gesundheitliche Ansteckungsgefahr gleich Null ist.

Da der Ton der Spielfilme direkt in die Autos ins Radio übertragen wird, steht die Bundesnetzagentur derzeit vor einem Berg von Anträgen auf Erteilung von Funkfrequenzen. Seit Anfang März hat sie bereits mehr als 43 Rundfunkfrequenzen für die Tonübertragung zugeteilt. Bundesweit sollen so auf freien Flächen an die 100 neue Autokinos entstehen, mit denen die Betreiber derzeit konkurrenzlos sind.

Um ein Autokino zu eröffnen, braucht es nicht viel. Eine Leinwand für den Film, ein großer Parkplatz für die Autos und ein paar Dixi-Klos – fertig. Denn nur für den Gang zur Toilette darf man das Auto verlassen. Speisen dürfen nur per Lieferservice zum Fahrzeug gebracht werden.

Mecklenburg-Vorpommern war selbst das zu viel. Nachdem in Güstrow, Wismar, Neubrandenburg und Möllin bei Gadebusch Kinovorstellungen geplant waren, untersagte das Gesundheitsministerium diese kurzerhand. Argument: Es handele sich um unerlaubte Freizeitaktivitäten. Als sich viele beschwerten, dass nun auch das Sitzen in Autos verboten sei, lenkte die Behörde ein und gab grünes Licht.



Gut besucht: Autokinos wie hier am Flughafen Essen/Mülheim neben dem Luftschiffhangar erleben gerade eine Renaissance

Das Gegenteil zu diesem Retro-Kino ist das Kino der Zukunft aus dem Internet. Die heutigen Riesenscreens in den Wohnzimmern ersetzen den Gang ins Kino, wenn man sich dort den Wunschfilm direkt per kostenpflichtiger Datenübertragung, dem sogenannten Stream, ansehen kann. Entsprechende Anbieter wie Disney+, Netflix und Amazon Prime profitieren hier von der Krise. Klar vorn liegt dabei das US-Medienunternehmen Netflix, das allein in diesem ersten Quartal weltweit fast 15,7 Millionen Neu-Abonnenten gewonnen und damit einen Umsatz von 5,8 Milliarden Dollar erzielt hat.

Den Zulauf zum Internet bestätigt auch eine Umfrage von S&L Research unter 865 deutschen Kinogängern, gemäß der nahezu die Hälfte der Umfrageteilnehmer in der Zeit der Ausgangsbeschrän-

kung neue Abonnements für SVoD-Anbieter (Subscriptional Video on Demand) abgeschlossen haben. Für die traditionellen Kinos wird es schwer sein, diese Kunden nach Aufhebung der Restriktionen wieder für sich zu gewinnen. Wozu Geld für eine Kinokarte ausgeben, wenn man ein teures Abonnement der neuesten Spielfilme und Serien fürs Heimkino hat?

Immerhin gaben in derselben Studie 93 Prozent der Befragten an, „sehr wahrscheinlich“ nach der Sperre wieder ins Kino zurückzukehren. Voraussetzung dürften verbesserte Hygienebedingungen sein. Wer jetzt Abstand zu seinen Nächsten hält, wird kaum in einem vollen Kinosaal sitzen wollen. Distanz und Desinfektion gelten als wichtige Voraussetzungen.

Das macht den Neustart für die Kinobetreiber nicht einfacher. Denn das Virus

wird nicht über Nacht verschwinden. Die Kino-, aber auch Theaterbetreiber, werden sich darauf einstellen müssen, nur jeden zweiten Platz zu besetzen, damit auch zukünftig der Sicherheitsabstand gewahrt bleibt. Damit entgeht ihnen auch mindestens die Hälfte der Einnahmen. Mittelfristig geht man sogar nur von einem Drittel der Besucher aus.

Der Verlust von wöchentlich 17 Millionen Euro, den die bundesweit 1734 Kinos in der gegenwärtigen Krise bereits hinnehmen müssen, wird sich so nicht wieder einspielen lassen. Man wird neue Wege finden müssen, um zu überleben. Es sollte gelingen. Denn der Hunger nach Kultur, das zeigt der Ansturm auf Autokinos und Heimkino-Angebote, ist jetzt schon riesig, und er wird nach dem Ende der Krise noch weit größer sein.

GLASKULTUR

Richtig viel Pech gehabt und gesiedet

Sachsens einziges Glasmuseum widmet sich den Pechkochern – Ausstellung wird nach Lockdown-bedingter Unterbrechung verlängert

Mit der launigen Überschrift „Steinschläger – Pechkocher – Herzensbrecher“ macht das Glasmuseum Weißwasser in der Oberlausitz auf seine derzeitige noch geschlossene Sonderausstellung aufmerksam. Die Schau im einzigen Glasmuseum Sachsens, das darauf hofft, nach der Zwangsschließung wegen Corona am 4. Mai wieder öffnen zu dürfen, bietet einen Querschnitt der archäologischen Funde und Befunde aus den letzten 25 Jahren im Vorfeld der nahe gelegenen Tagebaue Nochten und Reichwalde.

Der Förderverein des Museums hatte sich dafür eingesetzt, dass die ausgegrabenen kulturellen Zeugnisse der lokalen Besiedlungsgeschichte auch vor Ort gezeigt werden. Konzipiert wurde die Schau in Dresden im Landesamt für Archäologie Sachsen, das die archäologischen Untersuchungen im Vorfeld des Braunkohlentagebaus durchführt.

Die erfassten Spuren menschlicher Besiedlung reichen von der Jungsteinzeit bis ins 19. Jahrhundert. Noch älter sind

Holzreste, die eine Veränderung der Landschaft während der Nacheiszeit aufgrund des Temperaturanstiegs anzeigen. Vor rund 14.000 Jahren versank ein Nadelwald im Moor, das sich während des stetigen Temperaturanstiegs herausbildete. Ein besonderer Raum ist der Bronze-

zeit gewidmet. 2017 wurde im Vorfeld des Tagebaus Nochten ein vollständiger bronzezeitlicher Siedlungsplatz mit zugehörigem Wirtschaftsareal und einem größeren Urnenfeld ausgegraben.

Das erfasste Areal von zwei Hektar wurde zwischen 1400 und 1000 v. Chr. ge-

nutzt. Speziell widmet sich die Ausstellung ferner der Eisenverhüttung in der spätrömischen Kaiserzeit und, wie in der Überschrift angezeigt, der Pechsiedererei, einem für die Oberlausitz wichtigen Wirtschaftszweig im Mittelalter. Einst wurde das begehrte Produkt der Pechkocher bis nach Holland für den Schiffbau geliefert.

2014 erreichte der Tagebau schließlich den Jagdпарк des einstigen Jagdschlusses, den der Landschaftsgestalter und „Herzensbrecher“ Fürst Pückler-Muskau anlegen ließ. Hier stießen die Archäologen auf Fundamente des Chinesischen Turms und andere Relikte aus der Zeit des Fürsten Pückler. Zuvor waren die jahrhundertalten Bäume aus dem Park und dem „Urwald von Weißwasser“ gefällt worden, was nicht nur die Anwohner sehr bedauerten. Anschließend verschlangen die riesigen Tagebaubagger die Reste der Kulturlandschaft.

Das Glasmuseum Weißwasser befindet sich seit 1996 in der rekonstruierten Villa des Glasfabrikanten Wilhelm Gels-

dorf. Dieser zog 1877 zusammen mit 26 Glasmacherfamilien aus Schlegel [Slupiec] bei Neurode [Nowa Ruda] nach Weißwasser, übernahm die kurz zuvor in Betrieb genommene Glasfabrik und legte damit den Grundstein für die florierende lokale Glasindustrie.

Ende der 30er Jahre war Weißwasser der bedeutendste Ort für die Glasproduktion in Europa. In der eindrucksvoll inszenierten Dauerausstellung mit über 60.000 Exponaten nimmt die Darstellung dieser Entwicklung einen Schwerpunkt ein. 2016 bewarb sich das Museum um die Aufnahme in die Liste des immateriellen UNESCO-Kulturerbes.

D. Jestrzemski

● **Glasmuseum Weißwasser** Forster Straße 12, 02943 Weißwasser. Die Sonderausstellung sollte ursprünglich bis Ende März laufen, wurde aber wegen des Lockdowns bis 28. Juni verlängert und wird dann als Wanderausstellung in verschiedenen Orten in der Lausitz zu sehen sein. Internet: www.glasmuseum-weisswasser.de



Edle Gläser: Blick in die Dauerausstellung des Glasmuseums

Foto: Museum

POTSDAMER KONFERENZ

Atom-Befehl aus Potsdam

Der Krieg gegen ein Virus trifft auch jenen Ort, in dem vor 75 Jahren die Siegermächte ihren Schlusstrich unter den Zweiten Weltkrieg zogen. So kann das Potsdamer Schloss Cecilienhof die Ausstellung „Potsdamer Konferenz 1945 – Die Neuordnung der Welt“ nicht wie geplant am 1. Mai eröffnen.

Zwei für die Ausstellung jüngst eingetroffene Leihgaben aus Japan müssen daher noch der Dinge harren. Bei den aus dem Hiroshima Peace Memorial Museum eingetroffenen Objekten – eine deformierte Glasflasche und eine Brotdose aus Metall – handelt es sich um berührende Zeugnisse der am 6. August 1945 erfolgten Atombombendetonation über Hiroshima. Der Beschluss zum Einsatz der Bombe wurde vom US-Präsidenten Harry S. Truman während der Konferenz in Potsdam gefasst. Er erteilte den Befehl am 24. Juli 1945 per Telegramm.

Die durch die enorme Hitzeeinwirkung verformte Glasflasche stammt aus dem Besitz der Familie Kujima; die Mutter und eine Tochter starben unmittelbar nach der Detonation in ihrem Haus, ihr Sohn rund drei Wochen später aufgrund schwerster Verletzungen. Die Brotdose gehörte dem damals zwölfjährigen Schüler Koji Kano, dessen Leichnam nach der Explosion nie gefunden wurde. Die Box, auf deren Deckel Kojis Name steht, wurde über 60 Jahre lang im buddhistischen Altar seiner Familie aufbewahrt, bis sie der ältere Bruder Kojis dem Museum in Hiroshima übergab.

H. Tews



Strahlenfest: Brotdose aus Hiroshima

100 JAHRE THÜRINGEN

Wie aus sieben Staaten einer wurde

Die Novemberrevolution mit ihrer Beendigung der Fürstentherrschaft bot die Möglichkeit zu einer Flurbereinigung und einer Beendigung der Kleinstaaterei im Deutschen Reich. Insbesondere der Thüringer Raum zwischen den vormaligen Königreichen Preußen, Sachsen und Bayern bot sich hierfür an. Die Kleinteiligkeit der staatlichen Organisation in diesem Gebiet erinnerte geradezu an die Zeiten des Heiligen Römischen Reiches.

Infolge der Revolution wurden das Großherzogtum Sachsen(-Weimar-Eisenach), die Herzogtümer Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha und Sachsen-Meiningen sowie die Fürstentümer Reuß älterer Linie, Reuß jüngerer Linie, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen zwar Freistaaten, aber vorerst eigenständig. Schon vor der Revolution, nämlich ab 1902, waren die reußischen Fürstentümer bereits durch einen gemeinsamen Regenten in Personalunion verbunden. Ab dem 21. Dezember 1918 bildeten die beiden Freistaaten erst einmal eine Verwaltungsgemeinschaft. Am 4. April 1919 beschloss dann der vereinigte reußische Landtag, das „Gesetz über die Vereinigung der beiden reußischen Freistaaten zu einem Volksstaat Reuß, sowie über die vorläufige Verfassung und Verwaltung“. Dafür wurde das Doppelherzogtum Sachsen-Coburg und Gotha am 12. April 1919 wieder in seine beiden Bestandteile zerlegt.

Diese acht thüringischen Staaten nahmen nun Verhandlungen zu einem Zusammenschluss auf. Gerne hätte man preußische Enklaven integriert und das Gebiet arrondiert, aber das sogenannte rote Preußen stellte sich wie auch bei den Plänen Hamburgs zu expandieren quer. Dort wurde darauf verwiesen, dass man durch die Territorialverluste infolge des verlorenen Weltkrieges bereits unverhältnismäßig betroffen sei, gingen doch alle Abtretungen – mit Ausnahme des Reichslandes Elsaß-Lothringen – auf Kosten Preußens. So beschränkte man sich nolens volens auf eine „klein Thüringische Lösung“ ohne preußische Gebiete.

Doch auch Sachsen-Meiningen und Coburg bereiteten Schwierigkeiten. Sie tendierten zu Bayern. Coburg vereinigte sich tatsächlich nach einer Volksabstimmung am 30. November 1919 am 1. Juli 1920 mit dem Freistaat Bayern. Sachsen-Meiningen hingegen konnte mit Zugeständnissen gewonnen werden, und so vereinigten sich die sieben Staaten vor 100 Jahren, am 1. Mai 1920, zum Land Thüringen. Entsprechend den sieben Gründerstaaten und den heute noch gültigen Landesfarben zeigte das 1921 eingeführte erste Wappen Thüringens sieben silberne Sterne auf rotem Grund.

Manuel Ruoff



Thüringer Wappen von 1921–1933

350. GEBURTSTAG AUGUSTS DES STARKEN

Der Barockfürst schlechthin

Der sächsische Kurfürst konnte die polnische Krone erringen. Die kulturellen Hervorbringungen seiner Zeit suchen ihresgleichen



August II./Friedrich August I. mit seinem Sohn und Nachfolger August III./Friedrich August II. im Hintergrund: Auszug aus dem Fürstenzug in Dresden

Foto: JoJan

VON ERIK LOMMATZSCH

Über den sächsischen Kurfürsten Friedrich August I., zugleich als August II. polnischer König, äußerte dessen Minister Jacob Heinrich von Flemming: „Die Fehler seiner Erziehung tragen Schuld daran, dass er einen schlechten Gebrauch von der Geschichte machte; er war geneigt, die schönen Seiten der Geschichte für die wahre Geschichte zu halten, und dies hatte zur Folge, dass es in seinem Tun viel Romanhaftes gab.“

Als Kurfürst nicht vorgesehen

Zumindest das „Romanhafte“ im Leben und Nachleben des Herrschers, der vor allem unter dem Namen „August der Starke“ bekannt ist, dürfte außer Frage stehen. Der Beiname verdankt sich seinen, zumindest der Legende nach, außerordentlichen körperlichen Kräften. Noch heute wird in Dresden mit einem gewissen Stolz ein Huftisen gezeigt, das August mit bloßen Händen zerbrochen haben soll. Auch für anderweitige Stärken war er bekannt. Gern kolportiert wird die Angabe der Markgräfin Wilhelmine von Bayreuth, der Schwester Friedrichs des Großen, August hätte „eine Art von Serrail, das aus den schönsten Frauen seines Landes“ bestanden habe, unterhalten und man schätze die Zahl seiner Nachkommen mit den Mätressen auf 354. Die konkrete Angabe ist zweifelsfrei übertrieben, aber derartige Gerüchte hatten durchaus handfeste Ursachen.

An höfischer Prachtentfaltung, die auch mit nachhaltiger Kunstförderung einherging, konnte es im Reich zu seiner Zeit wohl niemand mit ihm aufnehmen. Am nachhaltigsten sichtbar war und ist dies in der Architektur. Das Bild des Barockfürsten schlechthin ist maßgeblich geprägt durch die Persönlichkeit Augusts des Starken. Auf politischer Ebene verfehlte er allerdings sein wichtigstes Ziel, den Aufstieg seines Herrschaftsbereichs zur europäischen Großmacht. Seine am-

bitierten kriegerischen Unternehmungen endeten meist in Niederlagen.

Geboren wurde der Wettiner am 12. Mai 1670 in Dresden. Die Regentschaft in Sachsen kam zunächst seinem älteren Bruder zu, der jedoch bereits 1694 starb und lediglich eine uneheliche Tochter hinterließ. August der Starke war für eine militärische Laufbahn vorgesehen. Biografen betonen, dass er das Amt des Kurfürsten vergleichsweise unvorbereitet antreten musste. Mit Hilfe von Flemming, der nach Polen zahlreiche Verbindungen hatte und der Landessprache mächtig war, vor allem aber mit immensen Bestechungssummen gelang es dem sächsischen Kurfürsten 1697, seine Wahl zum polnischen König zu erreichen.

Der Königstitel hatte im europäischen Rahmen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung und wurde auch von anderen Reichsfürsten angestrebt, etwa vom brandenburgischen Kurfürsten, der 1701 König in Preußen wurde. Das Vorhaben, Sachsen und das wesentlich größere Polen nicht nur durch eine Personal-, sondern auch durch eine Realunion zusammenzuführen, gelang August allerdings nicht. Auch geografisch blieben die bei-

den Territorien während der gesamten sächsisch-polnischen Zeit getrennt.

Seit 1700 stand Sachsen im Großen Nordischen Krieg gegen Schweden, gemeinsam mit Russland und Dänemark. Letzteres sollte bald wieder ausscheiden. Dem Schwedenkönig Karl XII. gelang es, Sachsen zu besetzen, im Frieden von Altranstädt musste August 1706 auf die polnische Krone verzichten. Nach der entscheidenden Niederlage Karls XII. gegen den Zaren in der Schlacht bei Poltawa 1709 gelangte der sächsische Kurfürst erneut auf den polnischen Thron – dieses Mal allerdings mit der russischen Unterstützung und unter Duldung der Habsburger. Gegenüber den traditionellen Institutionen des polnischen Adelsstaates, dem Sejm und den Provinziallandtagen, die bestrebt waren, den Einfluss des Königs zurückzudrängen, konnte sich August nicht in dem von ihm gewünschten Maße behaupten.

Auch in Sachsen gelang die angestrebte Zentralisierung und die Ausgestaltung einer absolutistischen Herrschaft gegen die opponierenden Landstände nicht, auch wenn entsprechende Initiativen in Gang gesetzt wurden, etwa die Errichtung

eines Geheimen Kabinetts im Jahr 1706. Groß war stets der Geldbedarf des auf Repräsentation bedachten Fürsten. Zu diesem Zweck wurde ab 1702 eine allgemeine Verbrauchssteuer eingeführt.

Ehefrau galt als „Betsäule Sachsens“

Auf wenig Begeisterung war in Sachsen, dem Kernland der Reformation, der Konfessionswechsel Augusts gestoßen. Vorausgesetzt für seine Wahl zum polnischen König war der Übertritt zum Katholizismus gewesen. Der Monarch war darum bemüht, die Angelegenheit als seine Privatsache darzustellen. Nicht einmal seine Frau, Christiane Eberhardine, vollzog diesen Schritt mit. Die überzeugte Protestantin galt als „Betsäule Sachsens“.

1719 heiratete Augusts Sohn, Kurprinz Friedrich August, die Kaisertochter Maria Josepha. Die aufwendigen, fünfwöchigen Hochzeitsfeierlichkeiten fanden auf dem ganzen Kontinent Aufmerksamkeit. Durch diese Verbindung wurde die europäische Stellung Sachsen-Polens gefestigt, was als Erfolg der Politik Augusts des Starken gilt. Dies betrifft auch die Tatsache, dass sein Sohn später gleichfalls zum polnischen König gewählt wurde und die Personalunion bis zum Siebenjährigen Krieg aufrechterhalten werden konnte.

Bauten wie der Dresdner Zwinger, die Anlagen in Pillnitz und Moritzburg und das von August erheblich erweiterte „Grüne Gewölbe“ sind nur einige der kulturellen Hervorbringungen seiner Herrschaftszeit. Zu verweisen wäre zudem auf die Erfindung des europäischen Hartporzellans durch Johann Friedrich Böttger und andere sowie die Gründung der Meißner Manufaktur, die auch einen Wirtschaftsfaktor darstellte.

Augusts letztes großes Fest war 1730 das kostspielige „Lustlager“ von Zeithain. Das Manöver war der Abschluss der sächsischen Heeresreform. Etwa 50 Fürsten waren geladen, selbst der preußische Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. zeigte sich beeindruckt. August der Starke ist am 1. Februar 1733 in Warschau gestorben.

Kurzporträts



FOTO: BELAN/SAN NATIONAL PHOTO ARCHIVE

Jacob Heinrich Reichsgraf von Flemming prägte fast 20 Jahre die sächsisch-polnische Politik. Der Generalfeldmarschall war der Armeeführer und der einflussreichste Minister Augusts des Starken



FOTO: DEUTSCHE FOTO THEK

Johann Georg IV. war der ältere Bruder Augusts des Starken. Er regierte Sachsen ab 1691. Für seinen frühen Tod 1694 werden mal die Blattern, mal eine Vergiftung verantwortlich gemacht



FOTO: MARTIN BERNGROTH

Christiane Eberhardine war die einzige Ehefrau Augusts des Starken. Die Prinzessin von Brandenburg-Bayreuth gebar ihrem Mann nur einen Sohn, der dessen Nachfolge in Sachsen und Polen antrat

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nur wenige Stunden, nachdem Großbritannien dem Dritten Reich den Krieg erklärt hatte, warf die britische Luftwaffe am 4. September 1939 erstmals Bomben auf eine deutsche Stadt, nämlich Wilhelmshaven. Diese Terror-Attacken seitens der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition dauerten bis zum 4. Mai 1945 an. An jenem Tage erlebten die Menschen in Kiel ihren 633. und letzten Fliegeralarm – danach fielen noch einmal 174 Tonnen Bomben auf den Stadtteil Holtenau.

Mehr als 6000 Luftangriffe

Insgesamt wurden im Verlaufe der über 6000 Luftangriffe auf Deutschland, die nicht militärischen, sondern zivilen Zielen galten, knapp zwei Millionen Tonnen Brand- und Sprengbomben abgeworfen. Betroffen von diesen Schlägen gegen die Infrastruktur und die Wohnbebauung waren mehr als 200 Stadtgemeinden, darunter alle Großstädte im Gebiet der heutigen Bundesrepublik sowie auch zahlreiche Klein- und Mittelstädte. Viele davon lagen erst in den letzten drei Kriegsmonaten im Bombenhagel, als die deutsche Niederlage bereits zweifelsfrei feststand.

In 30 der 54 Großstädte mit über 100.000 Einwohnern betrug der Zerstörungsgrad 70 Prozent und mehr. Besonders schwer traf es Köln, Dresden, Essen, Dortmund, Hannover, Nürnberg, Chemnitz, Münster, Solingen und Darmstadt. Unter den damaligen Mittelstädten rangierte Düren an der Spitze der Schadensstatistik, gefolgt von Pforzheim, Hanau, Heilbronn, Gießen, Paderborn, Offenbach, Nordhausen, Ulm, Koblenz und Halberstadt. In Düren standen nach dem letzten Bombardement vom 16. November 1944 nur noch ganze vier Häuser. Ebenso verzeichneten 93 Kleinstädte mit 5000 bis 25.000 Einwohnern massive Bombenschäden, darunter insbesondere Wriezen, Schwedt, Lübben, Müncheberg, Xanten, Jülich und Friedland.

Über 1000 Ortschaften bombardiert

Alles in allem waren mehr als 1000 Ortschaften im sogenannten Altreich in den Grenzen von 1937 von Angriffen aus der Luft betroffen. Besonders oft wurden dabei die Städte im Ruhrgebiet attackiert. So beispielsweise Bochum 225 Mal, Duisburg 299 Mal und Essen 272 Mal. In Köln heulten die Alarmsirenen bei 1122 Feind-Anflügen, woraufhin dann in 262 Fällen Bomben auf die Domstadt fielen. Am häufigsten traf es jedoch die Reichshauptstadt Berlin. 310 Terror-Bombardements gingen dabei auf das Konto der Westalliierten und 13 auf das der Luftstreitkräfte der Roten Armee.

323 Flächenbombardierungen Berlins

Betrachtet man den Anteil der im Luftkrieg gegen Deutschland zerstörten Wohnungen pro Großstadt, lag Würzburg mit 75 Prozent ganz vorn. Danach kamen unter anderem Kassel, Dortmund, Hamburg und Köln. Allerdings waren die Wohnungsverluste in den kleineren Kommunen oft noch dramatischer: In Düren betrug sie 99 Prozent, in Wesel 92 Prozent und in Bocholt 89 Prozent. Bei den absoluten Zahlen führte indes Berlin mit 556.500 ruinierten Wohnungen die Rangliste an. Aufgrund des Umstandes, dass insgesamt 644.000 Häuser mit rund vier Millionen Wohnungen in Schutt und Asche sanken, fielen enorme Trümmermengen an. Deren Gewicht betrug wohl eine Milliarde Tonnen.

25 Millionen Bücher verbrannt

Bei den Luftangriffen wurden neben Wohngebäuden auch zahlreiche Baudenkmäler und Kulturgüter vernichtet oder erheblich lädiert. Allein in den wissenschaftlichen Bibliotheken des Reiches gingen 25 Millionen Bücher in Flammen auf. Ebenso büßte Deutschland fast die Hälfte des Bestandes seiner Archive ein. Darüber hinaus zerstörten die Bomben 1200 Kir-



Vor 75 Jahren, nur vier Tage vor der Kapitulation der Wehrmacht, endete die Bombardierung deutscher Städte mit einem Angriff auf Kiel: Ein halbes Jahrzehnt später ist dessen Stadtbild noch von den Folgen der alliierten Bombenangriffe geprägt Foto: SZ photo

HINTERGRUND

Der alliierte Luftkrieg in Zahlen

Daten und Fakten zur Bombardierung ziviler Ziele im Deutschen Reich durch Briten und Amerikaner während des Zweiten Weltkriegs

Todesopfer der Luftangriffe auf das Altreich

537 000

deutsche Zivilisten einschließlich ostdeutscher Flüchtlinge, deren Tod offiziell registriert wurde

32 000

Fremdarbeiter aus dem Ausland sowie Kriegsgefangene in deutschen Lagern

24 000

Angehörige der Polizei und Wehrmachtssoldaten auf Heimaturlaub

chen und beschädigten weitere 2300 schwer. Gleichfalls in die Tausende ging die Zahl der betroffenen Museen, Schlösser und anderer historisch wertvoller Stätten. So brannte beispielsweise in Frankfurt am Main das Geburtshaus von Wolfgang von Goethe nieder und in Eisenach das Luther-Haus.

Bomben fielen sogar auf Staumauern – damit wollten die Alliierten die Wasserversorgung für die Bevölkerung und die Industrie im Ruhrgebiet unterbrechen. Hierdurch kam es im Falle der Eder- und Möhne-Talsperre tatsächlich zu verheerenden Dammbrochen mit mehreren tausend Toten. Unbehelligt vom Terror aus der Luft blieben letztlich nicht einmal die Menschen auf den Nordseeinseln. Noch im April 1945 gab es Bombenangriffe auf Helgoland und Wangerooge.

Getreidefelder in Brand gesetzt

Gleichfalls gegen die deutsche Zivilbevölkerung gerichtet war die Operation Razzie im Sommer der Jahre 1940 und 1941. In deren Rahmen warf die britische Royal Air Force Millionen von Brandplättchen auf Getreidefelder im Westen des Reiches, um die Ernte zu vernichten und so eine Hungersnot auszulösen, was jedoch misslang.

Wie viele Menschen infolge all dieser Angriffe auf deutschem Gebiet starben, ist stark umstritten. Es gibt jedoch drei Quellen, die relativ sichere Angaben liefern, wobei es sich hier aber nur um Mindestzahlen handelt. Das sind zum Ersten die Luftkriegsschäden-Statistik des Statisti-

schen Reichsamtes, die auf den täglichen Meldungen des Chefs der Ordnungspolizei im Zeitraum vom 1. Oktober 1940 bis zum 31. Januar 1945 beruhte, zum Zweiten die nachträgliche Erhebung der städtischen Statistikämter für die Zeit ab Kriegsbeginn bis zum 30. September 1940 sowie zum Dritten das Ergebnis einer Umfrage des Statistischen Bundesamtes mit Unterstützung des Deutschen Städtetages im Oktober 1954 zwecks Feststellung der Opferzahlen ab dem 1. Februar 1945. Diesen Quellen zufolge starben bei den Luftangriffen auf das Altreich 537.000 deutsche Zivilisten, worunter auch Flüchtlinge aus den Ostgebieten fielen, sofern deren Tod offiziell registriert wurde. Hinzu kamen 24.000 Angehörige der Polizei und Wehrmachtssoldaten auf Heimaturlaub. Außerdem erlitten 834.000 Zivilpersonen und 36.000 Polizisten oder Fronturlaubler Verletzungen ernsthafterer Art.

Kollateralschäden inbegriffen

Zu den Opfern des Bombenterrors gehörten aber auch die 32.000 ums Leben gekommenen und die 26.000 verwundeten Fremdarbeiter aus dem Ausland sowie Kriegsgefangene in deutschen Lagern. Deren Schicksal war den Planern der alliierten Luftangriffe offenbar ebenso gleichgültig wie das der Juden im Machtbereich der Nationalsozialisten. Denn obwohl es militärisch möglich gewesen wäre, den Holocaust durch die Bombardierung von im Bau befindlichen Vernichtungslagern oder der Bahnstrecken dorthin zu stoppen, erfolgte nichts Derartiges.

WOLFGANG LÜTH

Opfer eines tödlichen Irrtums

„Die deutsche U-Boot-Waffe hat eine Vielzahl guter und eine Handvoll hervorragender Kommandanten gehabt. Aber nur einen Wolfgang Lüth.“ Dieses Lob stammte von Großadmiral Karl Dönitz. In den Augen des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine war der am 15. Oktober 1913 in Riga geborene Sohn eines Trikotagenfabrikanten „der geborene Führer der U-Boote“. Und so versuchte er den 22 Jahre Jüngeren zu seinem Nachfolger als Befehlshaber der U-Boote aufzubauen, ein Amt, das er 1943 mit der Übernahme des Oberbefehls über die Kriegsmarine ja nicht aufgegeben hatte.

In jenem Jahr nahm Dönitz Lüth buchstäblich aus der Schusslinie. Denn 1943 endete mit der 16. auch die letzte Feindfahrt des Wolfgang Lüth. Der Träger der Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern hatte bis dahin 46 Handelsschiffe mit zusammen 245.000 Bruttoregistertonnen versenkt.

Nach einer Phase der Regeneration mit Heimaturlaub und Vortragsreise wurde er im darauffolgenden Jahr erst Chef einer U-Flottille, dann Abteilungsleiter auf der Marineschule Flensburg-Mürwik und schließlich Kommandeur dieser legendären Eliteschmiede der deutschen Seestreitkräfte. Bei Übernahme des Kommandos war Lüth noch nicht einmal 31 Jahre alt und als Kapitän zur See der erste ohne Admiralsstreifen, dem diese Ehre zuteilwurde.

Die Sicherheitslage in Mürwik verschärfte sich, als Dönitz mit der Reichsregierung am 3. Mai 1945 den Amtssitz von Plön hierher verlegte und von den Briten, die am 5. Mai 1945 Flensburg besetzten, die Information kam, dass Fremdarbeiter aus dem Flensburger Raum die Schule überfallen wollten. Lüth reagierte hierauf als der für die Sicherheit verantwortliche Kommandeur mit verschärften Sicherheitsvorkehrungen, denen er schließlich selbst zum Opfer fallen sollte.

Knapp sechs Tage nach der Kapitulation, in der stürmischen Nacht vom 13. auf den 14. Mai 1945, überhörte Lüth die Aufforderung eines Wachsoldaten, stehenzubleiben. Als er auch auf zweifache Wiederholung nicht reagierte, schoss der Soldat auf ihn: Kopfschuss. Sechs Kriegsjahre mit 16 Feindfahrten hatte der Hoffnungsträger der deutschen U-Boot-Waffe überlebt, um keine Woche nach dem Schweigen der Waffen an allen Fronten durch die Kugel eines Kameraden zu sterben, der nichts tat, als seinen Befehl auszuführen. *Manuel Ruoff*



Wolfgang Lüth

Foto: pa

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die durch das Corona-Virus SARS-CoV-2 ausgelöste Lungenkrankheit Covid-19 zählt zu den sogenannten Zoonosen. Wie der Begriff – eine Kombination der altgriechischen Wörter „Zoon“ (Lebewesen beziehungsweise Tier) und „Nosos“ (Krankheit oder Seuche) – bereits nahelegt, handelt es sich dabei um Infektionskrankheiten, die von Menschen auf Tiere oder von Tieren auf Menschen übertragen werden. Inzwischen sind mehr als 200 Zoonosen bekannt.

Auslöser können ursprünglich in Tieren zu findende Viren sein, die nicht nur Covid-19, sondern ebenso auch Ebola, das Lassafieber, Tollwut und verschiedene Formen der Grippe verursachen. Darüber hinaus resultieren Zoonosen aus Kontakten mit ungewöhnlichen tierischen Eiweißen (Prionen), voran die stets tödlich verlaufende Creutzfeldt-Jakob-Krankheit, besser bekannt als „Rinderwahn“. Andere Zoonosen entstehen durch die Übertragung von Fadenpilzen oder Parasiten wie Milben, Einzellern und Würmern. Typische Beispiele hierfür sind Krätze und Malaria sowie der Befall mit Bandwürmern. Eine besonders wichtige Rolle spielen außerdem Bakterien. Diese lösen beim Menschen unter anderem schwere Zoonosen wie Borreliose, Milzbrand, Rindertuberkulose und die Pest aus.

Die enorme Bedeutung der Zoonosen für die menschliche Gesundheit zeigt eine umfangreiche und aufwendige Studie von Forschern um die Biologin Katherine Smith von der Brown University im US-Bundesstaat Rhode Island von 2014: Zwischen 1980 und 2013 hat es nachweislich über 12.000 Ausbrüche von insgesamt 215 verschiedenen Infektionskrankheiten gegeben, von denen 44 Millionen Menschen in 219 Staaten betroffen waren. Dabei konnten die Wissenschaftler 56 Prozent dieser Ausbrüche und 65 Prozent der diagnostizierten Krankheitsfälle auf Zoonosen zurückführen. Damit nicht genug: Von 2005 bis 2010 traten offenbar dreimal so viele durch Zoonosen verursachte Epidemien auf wie zwischen 1980 und 1985. Die Häufigkeit von Erkrankungen, die vom Tier auf den Menschen überspringen, nimmt augenscheinlich zu. Warum?

Fälle häufen sich seit Jahren rasant

Besonders viele Zoonosen werden dort registriert, wo eine hohe Artenvielfalt herrscht, etwa in tropischen Regenwäldern. Wenn der Mensch dann beim Straßen- und Siedlungsbau oder beim Holzeinschlag verstärkt in diese Ökosysteme vordringt, steigt natürlich auch die Wahrscheinlichkeit von Kontakten zu Tieren aller Art und somit zu den Viren, Bakterien, Pilzen, Würmern und Ähnlichem, die auf und in diesen leben. Gleichzeitig



Kann als Überträger einer tödlichen Herpes-Variante auftreten: Rhesus-Affe, hier in einem deutschen Tierpark

Foto: action press

EPIDEMIEN

Wenn Tiere Menschen krank machen

Ebola, Lassfieber, Tollwut, Creutzfeldt-Jakob und viele andere: Zahlreiche schwere Gebrechen werden von anderen Lebewesen auf uns übertragen

können sich die Erreger und Parasiten dadurch besser an unsere Spezies anpassen, was die Gefährlichkeit der Zoonosen für den Menschen erhöht.

Eine weitere Ursache sind Klimaveränderungen. Weil es nun in manchen Regionen wärmer wird, verbreiten sich wärmeliebende Insekten verstärkt hier. So erobert die Malaria-Mücke jetzt offenbar gerade neue Lebensräume in Europa.

Riskant ist zudem jede Form von Tourismus, bei der es zu engeren Kontakten mit exotischen Tieren kommt. Das besonders gefährliche Corona-Virus vom Typ MERS-CoV, dessen Wirtsorganismen vor allem Fledermäuse sind, nutzt Dromedare als Zwischenwirte. Dadurch gerät jeder Reitausflug auf einem solchen Tier im Nahen Osten zum Russisch Roulette. Das Gleiche gilt für das Füttern der „niedli-

chen“ Rhesus-Affen in Indien und anderswo: Die tragen oft das Herpes-B-Virus in sich, welches innerhalb weniger Tage den Tod des Infizierten herbeiführen kann.

Süße Affen verbreiten den Tod

Ein besonderes Kapitel sind die Essgewohnheiten der Völker. Manche verzehren so ziemlich jedes Tier. Wenn das Fleisch roh auf den Tisch gelangt, ist die Katastrophe nah. Daher gelten die Wildtiermärkte in China, wo von Fledermäusen und Schuppentieren über Schlangen bis hin zu Wolfswelpen und Pfauen fast alle erdenklichen Kreaturen geschlachtet und gehandelt werden, als Viren- und Bakterienschleudern ersten Ranges. Besonders kritisch wird es, sobald Erreger, die bislang noch nicht fähig waren, vom Tier auf den Menschen überzugehen, mu-

tieren und sich hernach im menschlichen Organismus einnisten. Dann kann unsere Immunabwehr hoffnungslos überfordert sein, was die Möglichkeit eines tödlichen Krankheitsverlaufes birgt.

Aber auch die altbekannten Zoonosen dürfen nicht unterschätzt werden. Eine Untersuchung des International Livestock Research Institute (ILRI) in Kenia ergab, dass die 13 am meisten verbreiteten Zoonosen nun schon 2,2 Millionen Menschen pro Jahr töten – trotz Impfungen, Aufklärungskampagnen und Hygienemaßnahmen. Und Schätzungen von Epidemiologen zufolge haben noch Dutzende weitere zoonotische Viren das Potenzial, verheerende Pandemien auszulösen.

Deshalb gibt es Institutionen wie das Global Outbreak Alert and Response Network (GOARN) der Weltgesundheitsor-

ganisation WHO, welche die Aufgabe haben, frühzeitig zu erkennen, wenn irgendwo neue Infektionskrankheiten auftauchen und sich ausbreiten. Allerdings ist das Überwachungsnetz noch recht grobmaschig, vor allem in unterentwickelten Regionen, wobei Zoonosen nicht nur ein Problem der Dritten Welt darstellen, sondern auch in Industrieländern grassieren können. So gibt es in den USA Jahr für Jahr Pest-Fälle beim Menschen – verursacht durch Präriehunde, Eichhörnchen und Murmeltiere. In Deutschland drohen laut Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) vor allem Infektionen mit bakteriell bedingten Zoonosen wie Salmonellen und Campylobacter-Enteritis. Darüber hinaus gelten die oft von Wiederkäuern verbreiteten EHEC-Bakterien und Noroviren als gefährlich.

KRISEN

So höhlt die Politik das Grundgesetz aus

Mit „Klimakabinett“ und „Corona-Kabinett“ werden die verfassungsmäßigen Bahnen immer öfter umgangen

Kabinettsausschüsse sind in Deutschland verfassungsrechtlich sehr fragwürdige Angelegenheiten. Das Grundgesetz kennt sie nicht. Das Kabinett führt die Regierung. Es besteht nicht ohne Grund, neben dem Regierungschef, aus der Gesamtheit der Minister. Diese wiederum werden von hohen Beamten unterstützt. Ein Kabinettsausschuss hingegen wird, wie die Bezeichnung nahelegt, nur aus einem Teil der Regierung gebildet.

Die Geschichte derartiger informeller Gremien in der Bundesrepublik ist lang. So wurde bereits 1955 ein Bundesverteidigungsrat geschaffen, der heute Bundessicherheitsrat heißt und dem gegenwärtig acht Minister angehören, den Vorsitz führt Kanzlerin Angela Merkel, andere

Teilnehmer, etwa der Generalinspekteur der Bundeswehr, werden bei Bedarf hinzugezogen.

Bindende „Empfehlungen“

Entscheidungsbefugnisse haben Kabinettsausschüsse nicht, offiziell sind sie lediglich beratend tätig und sprechen der Regierung insgesamt Empfehlungen aus. In der Praxis ist ihr Einfluss jedoch erheblich größer. Wohl kaum ein Minister, der dem Kabinettsausschuss nicht angehört, dürfte sich dessen „Empfehlungen“ entgegenstellen, wurde er doch schon zuvor als für das jeweilige Thema entbehrlich aussortiert.

Neuerdings werden derartige Gremien, an deren Spitze stets die richtlinien-

bestimmende Kanzlerin steht, durch die Medien nicht mehr als „Ausschüsse“, sondern als „Kabinette“ bezeichnet, versehen mit einem entsprechenden Zusatz. Unterstrichen wird damit die Bedeutung dieser Gremien und die Bedeutung der „Krise“, die durch ihr Wirken gemeistert werden soll. Diese verbale Aufwertung dürfte auch dem Selbstverständnis der Mitglieder solcher vermeintlichen Kabinette entsprechen.

Es ist noch gar nicht so lange her, da war in der „Klima-Krise“ nahezu täglich vom „Klimakabinett“ die Rede. Neben Merkel sind hier der Regierungssprecher, der Kanzleramtschef sowie sechs weitere Minister zugange. In der „Corona-Krise“ braucht Deutschland natürlich ein „Coro-

na-Kabinett“, dem ebenfalls nur der kleinere Teil des Bundeskabinetts angehört. Als „Corona-Kabinett“ beziehungsweise „Klimakabinett“ finden sich die Bezeichnungen, in bemerkenswert uneinheitlicher Schreibweise, sogar auf offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung.

Vorbild sind die „Kriegskabinette“

Historisch waren solche Sonderkabinette in der Regel „Kriegskabinette“. Gebildet wurden diese etwa in Großbritannien während der beiden Weltkriege. Auch der damalige US-Präsident George W. Bush führte nach den Anschlägen des 11. September 2001 ein „War Cabinet“. In Deutschland wurden später „Klima“ und „Corona“ für wert befunden, die Ge-

schichte der Sonderkabinette fortzuschreiben. Die Tatsache, dass die Begrifflichkeiten „Kriegskabinett“, „Klimakabinett“ und „Corona-Kabinett“ schöne Alliterationen mittels des K-Lautes bilden, ist Zufall, entbehrt aber nicht einer gewissen Ironie.

Zumal man dann noch das „Küchenkabinett“ anreihen könnte, eine Bezeichnung für das völlig irreguläre Beraterumfeld eines Entscheidungsträgers. Davon sind Sonderkabinette zwar noch ein Stück entfernt, aber die Selbstverständlichkeit, mit der sie in der „Krise“ eingerichtet werden und letztendlich doch Entscheidungen treffen, trägt weiter zur Aushöhlung der grundgesetzlichen Ordnung bei.

Erik Lommatzsch

E-LEARNING

Fernunterricht in Allenstein

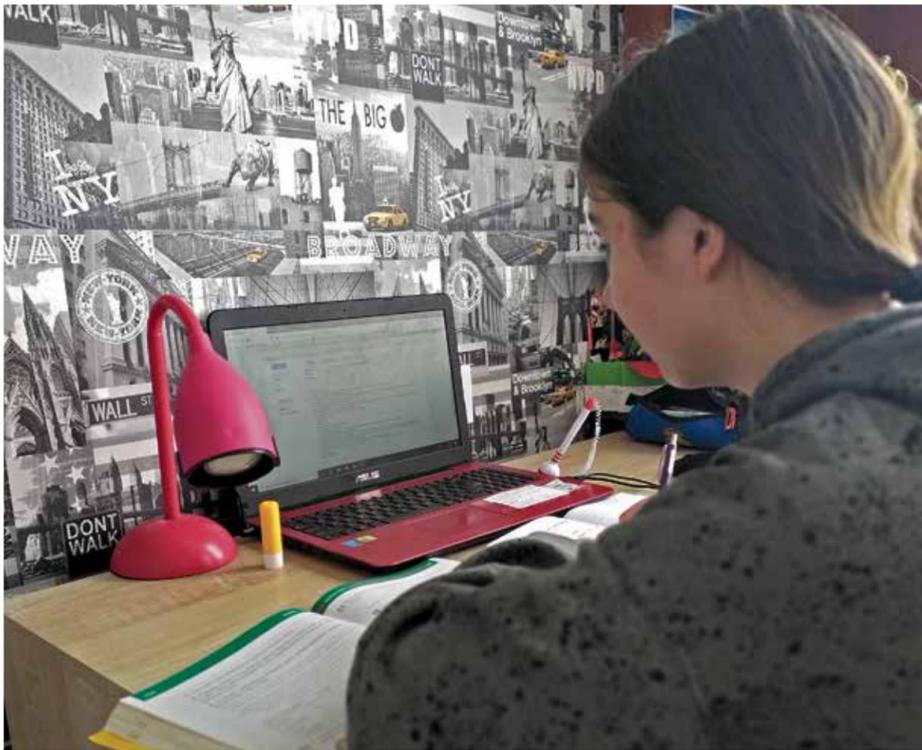
Neue Herausforderung für Lehrer und Schüler – Krise offenbart mangelhafte Digitalisierung

VON DAWID KAZANSKI

Infolge der Corona-Epidemie wurden Kitas, Kindergärten, Schulen und Universitäten in der Republik Polen bereits am 16. März geschlossen. Wie der Gesundheitsminister bei der Einführung dieser Maßnahme unterstrich, sollte diese Zeit nicht als Freizeit betrachtet werden, das seien keine Ferien, sondern eine Zeit der Quarantäne der Gesellschaft. Deswegen wurden die Lehrkräfte zur Gestaltung des Fernunterrichts sowie Schüler und Studenten zum aktiven Lernen via Internet verpflichtet. Wie sieht das aber in Praxis aus?

Man muss ehrlich sagen, dass das elektronisch unterstützte Lernen, das sogenannte E-Learning, nicht nur für die Lehrer sowie die Schüler und deren Eltern eine beispiellose Herausforderung darstellt, sondern auch für das polnische Bildungssystem. Letzteres zeigte sich dieser Herausforderung bisher nicht gewachsen und versucht derzeit vielerlei Versäumnisses vor allem im technologischen Bereich nachzuholen. Eines der größten Probleme der virtuellen Bildung ist die unzureichende Vorbereitung der Institution Schule auf eine Online-Abwicklung des Lernprozesses.

Da das Durchschnittsalter der Pädagogen in Polen bei immerhin 45 liegt und im Lehrerberuf viele Rentner tätig sind, wurden bisher in Klassenzimmern vorwiegend traditionelle Unterrichtsmethoden angewandt. Die neuartigen computergestützten Online-Werkzeuge wie Podcasts, Chats, Software zur Internetkommunikation, zahlreiche Lernplattformen oder Applikationen betrachtete man eher als ein wenig Abwechslung von der gängigen Lehrmethode. Das sogenannte E-Learning



Lernen allein zu Haus: Auch in Allenstein setzen Lehrinrichtungen in der Krise darauf, ihren Schülern Unterrichtsinhalte digital zu vermitteln
Foto: P.P.

wurde aus diesem Grund in öffentlichen Schulen nie ernstgenommen, Lehrkräfte wurden für das Fernunterricht nicht ausgebildet. Wer sich nicht aus eigenem Interesse mit digitalen Medien beschäftigt hat, kommt nun mit den internetgesteuerten Lernprozessen nicht zurecht.

Diejenigen Lehrkräfte, die selbst Kinder haben und von zu Hause aus unterrichten sollen, versuchen sich in einem schwierigen Spagat zwischen Privat- und Berufsleben. Das führt dazu, dass sie sich überfordert fühlen und die Gestaltung des Fernunterrichts viel zu wünschen übrig lässt. Abgesehen von der Situation der Lehrer in der neuen Schulwirklichkeit stoßen auch viele Schüler auf Schwierigkeiten. An der Einstellung oder der Verhaltensweise einzelner Kinder und Jugendlicher merkt

man, dass Kompetenzen wie Selbstverantwortung und -disziplin in der virtuellen Schule die wichtigste Rolle spielen. Die Ambitionierten sind dazu gezwungen, dem selbstständigen Lernen mehr Zeit zu widmen als sonst, die Leistungsschwächeren oder diejenigen, die nicht so viel Motivation aufbringen können, ziehen sich aus dem Fernunterricht zurück.

Nicht überall schnelles Internet

Das, was das Lernen aus der Sicht der Jugendlichen wesentlich erschwert, ist die Tatsache, dass man nicht überall einen Breitband-Internetzugang hat. Dieses Schicksal teilen selbst Schüler von Allensteiner Bildungsstätten, die am Stadtrand oder in abgelegenen Dörfern wohnen, in denen es keine Internetzugänge mit hohen

Geschwindigkeiten gibt. In einigen Haushalten können sich die Schüler sogar nur über ihre Mobiltelefone ins Internet einwählen.

Der Fernunterricht hat wohl oder übel Auswirkungen auf das Leben aller, die mit Schülern unter einem Dach wohnen. Bei den schulischen Aufgaben müssen die Eltern vor allem jüngere Kinder im Grundschulalter unterstützen, denn sie brauchen die meiste Hilfe beim Umgang mit dem Rechner. Eltern, vor allem von Grundschulern, fällt die Rolle des abwesenden Lehrers zu, was besonders auf die Hausaufgabenbetreuung zutrifft.

Kinderreiche Familien oder solche, in denen die Eltern im Homeoffice arbeiten, mussten sich notgedrungen mit zusätzlichen Computern versorgen, was das Haushaltsbudgets deutlich belastet hat. Auch in Allenstein haben einige Schüler nur schwer Zugang zu Computern, sodass sie am Fernunterricht nur eingeschränkt teilnehmen können. Nach vorläufigen Informationen der Stadtbehörden benötigen 1287 Schüler Unterstützung bei der technischen Ausstattung.

In den Schulen, in denen es möglich war, halfen die Direktoren aus, indem sie Computer an Eltern der betroffenen Kinder oder Jugendlichen verliehen. Die Stadt plant auch Laptops aus eigenen Mitteln anzuschaffen, um Bedürftigen zu helfen. Am härtesten trifft die Krisensituation die diesjährigen Abiturienten. Sie fühlen sich einem enormen Stress ausgesetzt, weil ihre Reifeprüfung auf unbekannte Zeit verschoben wurde. Der Wunsch nach der Rückkehr in den Schulalltag ist sowohl seitens der Lehrer als auch der Schüler groß. Noch nie bewies irgendein Ereignis so explizit, dass E-Learning nicht im Stande ist, den normalen Schulbetrieb zu ersetzen.

MELDUNGEN

Stadtmauer wird saniert

Pr. Holland – Die Stadtverwaltung von Pr. Holland lässt für umgerechnet rund 2,8 Millionen Euro die mittelalterliche Verteidigungsmauer restaurieren. Die Arbeiten umfassen die denkmalgeschützten Verteidigungsanlagen auf einer Länge von fast einem Kilometer. Die Arbeiten sollen 2022 beendet sein. Die Behörden haben diese Maßnahme schon lange geplant, weil sich der Zustand der denkmalgeschützten Mauern von Jahr zu Jahr verschlechtert. Die Stadt erhält einen Zuschuss in Höhe von zirka 1,8 Millionen Euro aus Mitteln der Europäischen Union. Die Verteidigungsmauern, die die Altstadt umrahmen, wurden etwa 1320 zusammen mit den Toren und Bastionen gebaut. Die städtische Burg wurde 1520 während des Reiterkriegs zerstört und bis auf die Fundamente abgetragen. Den Wiederaufbau beendete 1578 der Administrator des Herzogtums Preußen Georg Friedrich I. 1945 wurde die Burg von Soldaten der Roten Armee abgebrannt und in den Jahren 1968 bis 1975 wiederaufgebaut. Jetzt befinden sich dort die Stadtverwaltung, eine Bibliothek und das Kulturzentrum. PAZ

Leere in den Ostseebädern

Rauschen/Cranz – Die Behörden der Ostseebäder konnten ihre Kontrollen lockern, weil sich die Bewohner an die strikte Ausgangssperre gehalten haben. In Rauschen sind sowohl die Promenade als auch der Stadtkern weitgehend menschenleer. Nur vereinzelt wurden Menschen am Stillen See angetroffen, zu dem Spaziergänger freien Zugang hatten. Sperrbänder verwehrten lediglich den Zugang zu Spiel- und Sportplätzen. Ein ähnliches Bild zeigte sich in Cranz. Lediglich im Süden der Promenade gab es noch Polizeikontrollen. Statt Menschen genießen nun die im Ort so beliebten Katzen die Ruhe im zu gewöhnlichen Zeiten belebten Seebad gemütlich. MRK

TIERGARTEN

Der Haupteingang des Königsberger Zoos wird neu gestaltet

Brüchig gewordene Betonskulpturen aus sowjetischer Manufaktur wurden durch neue Tierplastiken aus Bronze ersetzt

Der Eingang zum Königsberger Tiergarten befindet sich an einer der zentralen Hauptstraßen der Stadt, der Hufenallee, und ist nicht nur den Bürgern, sondern auch vielen Gästen der Pregelmetropole gut bekannt. Vor Kurzem gab es dort wichtige Veränderungen, die schon lange Zeit vorbereitet worden waren.

Über 70 Jahre im Freien

Bereits 2017 wurden die über dem Eingang des Zoos installierten Skulpturen untersucht, und wie sich herausstellte, befanden sich die Betonskulpturen in einem gefährlichen Zustand, da sie seit über 70 Jahren im Freien standen und brüchig geworden waren. Die ersten beiden Löwenfiguren waren 1948 angebracht worden. Entstanden sind sie seinerzeit in der Moskauer Skulpturen- und Kunstfabrik. Es handelte sich um typische Skulpturen von Lebewesen, wie sie



Ließen sich erst beim zweiten Versuch perfekt positionieren: Die neuen Tierplastiken über dem Zoo-Eingang
Foto: J.T.

damals zur Verschönerung von Plätzen und Parks in vielen sowjetischen Städten aufgestellt wurden. Weitere sechs Figuren auf dem Dach des Zoo-Eingangs, ein

Pinguin, ein Bär, ein Walross, ein Leopard, eine Bergziege sowie ein Greifvogel, kamen zehn Jahre später hinzu. Die Skulpturen „Löwe mit Beute“ und „Löwin mit Jungen“ wurden im November

letzten Jahres abgebaut und nach St. Petersburg gebracht. Dort gossen die beauftragten Restauratoren Formen, mit deren Hilfe neue Bronzeskulpturen anstelle von Zementskulpturen hergestellt werden konnten. Die übrigen sechs Figuren wurden in diesem Jahr von der Fassade des Haupteingangs entfernt. Zurück werden die demontierten Figuren noch im Zoo aufbewahrt. Es wird die Möglichkeit erwogen, sie in eines der städtischen Museen zu bringen.

Alte Figuren sollen ins Museum

Die Mittel für den Austausch der alten Skulpturen durch neue Tierfiguren in Höhe von umgerechnet rund 186.000 Euro wurden aus dem Reservefonds der Regionalregierung bereitgestellt. Ende März fanden Vorbereitungsarbeiten für die anschließende Aufstellung der erneu-

erten Skulpturen statt. Zuvor wurde auf den Dächern der Gebäude die Brüstung, die als Fundament für die Skulpturen gedient hatte, eingeebnet und betoniert. Auf den Dächern der Registrierkassen wurden anschließend Betonfundamente für die Bronzeplastiken gegossen.

Die neuen Tierfiguren waren bereits Anfang April fertig. Der erste Versuch, sie aufzustellen, misslang allerdings. Deshalb mussten die Arbeiten am nächsten Tag fortgesetzt werden, sodass am 14. April die Aufstellung der neuen Skulpturen auf dem Dach des Tiergarten-Eingangs erfolgreich abgeschlossen wurde.

Jetzt blicken die Besucher des Zoos auf die neuen Bronzeplastiken, die noch auffälliger, farbenfroher aussehen und vor allem langlebiger sein sollen als die bisherigen. Jurij Tschernyschew

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Bialobrzkeski, Friederike, geb. **Niewiarra**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 2. Mai
Seestadt, Franz, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 7. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Theiß, Hedwig, geb. **Wisotzki**, aus Lyck, Morgenstraße 22, am 7. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hoffmann, Günter, aus Töteninken, Kreis Wehlau, am 3. Mai
Sonntag, Günter, aus Lyck, am 1. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Quassowsky, Ilse, geb. **Conrad**, aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 7. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bartels, Anneliese, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 4. Mai

Böhm, Wilfried, aus Adlershorst, Kreis Neidenburg, am 3. Mai
Lendzian, Ingeborg, aus Lyck, am 1. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Birkholz, Lilli, geb. **Krieger**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 1. Mai
Müller, Elfriede, geb. **Born**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Mai
Orlowski, Kurt-Friedrich, aus Langsee, Kreis Lyck, am 5. Mai
Ruttens, Ilse, geb. **Winkler**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 6. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Guddat, Erika, geb. **Czarnetta**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Jordan, Gisela, geb. **Menck**, aus Wehlau, am 3. Mai
Ollech, Werner, aus Ortelsburg, am 3. Mai
Pankler, Ernst, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 4. Mai
Rosehalm, Helga, geb. **Nowak**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Türke, Erna, geb. **Kruschewski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 5. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bierfreund, Heinz, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 5. Mai

Elies, Elli, geb. **Worsel**, aus Rogehnen, Kreis Fischhausen, am 1. Mai
Kluth, Eleonore, geb. **Gasche**, aus Monken, Kreis Lyck, am 4. Mai
Krüger, Ilse, geb. **Knaack**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 2. Mai
Schmidt, Gerda, geb. **Rohmann**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. Mai
Schmitz, Erna, geb. **Duchnitzki**, aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, am 7. Mai
Schrull, Martha, geb. **Roseneck**, aus Zinschen, Kreis Lyck, am 4. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brangewitz, Günter, aus Ortelsburg, am 4. Mai
Dornbusch, Hildegard, geb. **Meyhöfer**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Klönner, Ingeborg, geb. **Nitsch**, aus Wehlau, am 4. Mai
Klöß, Otto, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
Kock, Gerda, geb. **Weber**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 6. Mai
Lau, Waltraut, geb. **Pilchowski**, aus Lyck, Bismarckstraße 65, am 7. Mai
Lorenz, Elfriede, geb. **Nothelm**, aus Lyck, Leo-Schlageter-Straße 9, am 2. Mai
Openkowski, Ruth, geb. **Jedamski**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 2. Mai
Waschulewski, Friedrich, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai
Wenzel, Gerhard, aus Lyck, Yorkstraße 5, am 5. Mai
Wojke, Elisabeth, geb. **Warniak**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 7. Mai
Wrobbel, Werner, aus Treuburg, am 1. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blessing, Helga, geb. **Kendziorra**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 7. Mai
Ehrhardt, Gerda, geb. **Karohs**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Förster, Erika, geb. **Aschmonat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai
Kempka, Gerda, geb. **Nernheim**, aus Wehlau, am 7. Mai
Kittig, Walda, geb. **Pudellek**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Kunz, Martha, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 2. Mai
Pflugbeil, Ruth, geb. **Aschmonat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 5. Mai
Schmidt, Margarete, geb. **Mex**, aus Treuburg, am 7. Mai
Stinka, Gerhard, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 2. Mai
Von Känel, Elfriede, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 3. Mai
Ziener, Dr. Gerhard, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 5. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Balschun, Horst, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. Mai
Comteße, Hanna, geb. **Schröder**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 4. Mai
Godzieba, Helmut, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 1. Mai
Kompa, Luise, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 5. Mai
Krebs, Anna, geb. **Dombrowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 1. Mai
Müller, Elfriede, geb. **Lattko**, aus



Erinnerung Als vor 70 Jahren die ersten Ausgaben des *Ostpreußenblatts* erschienen, gehörte Erminia von Olfers-Batocki zu den allerersten Autoren. Geboren 1876 in Königsberg-Rathshof, hatte sie schon als Mädchen auf dem mütterlichen Gut Tharau mit dem Schreiben angefangen. Sie schrieb Gedichte in natangischem Platt und verfasste Märchen, kleine Theaterstücke sowie Geschichten über das Leben in Ostpreußen. Das Bild zeigt sie um 1935 mit Pferd vor dem Gutshaus Tharau.

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Grabnick, Kreis Lyck, am 1. Mai
Pointinger, Xaver, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 1. Mai
Rattay, Heinz, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 6. Mai
Tollkühn, Gerda, geb. **Brodowski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 7. Mai
Valentin, Prof. Hans-Joachim, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 3. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Berger, Max, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 1. Mai
Ebert, Elly, geb. **Streuer**, aus Hortlauken, Kreis Fischhausen, am 1. Mai
Gebauer, Wolfgang, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 6. Mai
Godlinski, Gerhard, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 5. Mai
Grubner, Dorothea, geb. **Pliquet**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
Kallauch, Ruth, geb. **Vogler**, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 2. Mai

Köck, Gerhard, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 2. Mai
Müller, Hannelore, geb. **Trompell**, aus Garbseiden, Kreis Fischhausen, am 5. Mai
Petersen, Irma, geb. **Beilke**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 1. Mai
Pogodda, Horst, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 6. Mai
Rutkowski, Käthe, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 3. Mai
Rybak, Anita, geb. **Schirmacher**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 5. Mai
Slopianka, Kurt, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 5. Mai
Tobien, Heinz, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 6. Mai
Winder, Brigitte, aus Stolp, Pomern, am 7. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bastians, Monika, geb. **Wohlgemuth**, aus Treuburg, am 3. Mai
Bernhardt, Ingrid, geb. **Lemcke**, aus Köthen, Kreis Wehlau, am

5. Mai
Hinz, Helmut, aus Polennen, Kreis Fischhausen, am 1. Mai
Jasinski, Siegfried, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 1. Mai
Staudinger, Karl-Heinz, aus Lyck und aus Wehlau, am 1. Mai
Willmann, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Drachenberg, Manfred, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 7. Mai
Fichtner, Gertrud, geb. **May**, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 1. Mai
Otto, Lothar, aus Wehlau, am 2. Mai
Schemionek, Reinhard, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 4. Mai
Szawala, Dagmar, geb. **Demzenko**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 5. Mai

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Die 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg im Juni muss wegen der Corona-Pandemie leider ebenso ausfallen wie der **Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“** in Allenstein und das **Ostpreußische Sommerfest** in Wuttrienen im Juli.

Weiterhin geplant sind...

18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ostpreußen, 05.06.2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 20/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 20/2020 (Erstverkaufstag 15. Mai) bis spätestens Dienstag, den 5. Mai 2020, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de,
 Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.

Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 €. Den Aufnahmean-

trag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bremen
Das Spargelessen der Frauengruppe, das am 13. Mai 2020 im „Hotel Robben – Grollander Krug“ geplant war, kann aufgrund der weiterhin bestehenden Vorsichtsmaßnahmen leider nicht stattfinden.

Auch die Zusammenkünfte der Frauengruppe, die eigentlich an jedem dritten Donnerstag im Monat im „Hotel zur Post“ stattfinden, müssen bis einschließlich Juli entfallen.

Unsere Geschäftsstelle ist bis zur Sommerpause nur telefonisch erreichbar. Wenn sie ein Anliegen an uns haben, nutzen sie dort bitte unter (0421) 3469718 unseren Anrufbeantworter.

Wir bedauern sehr, dass wir bis auf Weiteres keine persönlichen Begegnungen haben können, und wünschen allen Mitgliedern und Freunden unserer Landsmannschaft gesundheitlich alles Gute!



Nordrhein-Westfalen
Vorsitzender: Wilhelm Kreuer,
Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Ennepetal - Aufgrund der bekannten Corona-Krise möchte ich hiermit unsere „Feier 65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Gruppe Ennepetal“ am 14. Mai 2020 sowie alle weiteren monatlichen Termine in unserer Heimatstube bis auf Weiteres absagen.

Düren - Die Heimatabende der Landsmannschaft Ost-Westpreußen Kreisgruppe Düren e.V. fallen wegen der Corona-Epidemie bis auf Weiteres aus.

Gerda Wornowski



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Elmshorn - „Das Pflingstochsen-Fest rund um die Dittchenbühne wird in diesem Jahr aufgrund des Corona-Risikos auf keinen Fall stattfinden!“ Das teilte Raimar Neufeldt vom Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ jetzt mit. Für dieses Elmshorner Volksfest mit dem Pflingstochsen vom Spieß, dem Riesenflohmarkt und vielfältigen kulturellen und kulinarischen Attraktionen kann man sich jetzt einen neuen Termin in einem Jahr vormerken: Pflingstsonntag 2021 nämlich.

Etwas anders sieht es bei der „Baltischen Tafelrunde“ des „Forum Baltikums – Dittchenbühne“ aus – ein Höhepunkt des gesell-

schaftlichen Lebens in der Krückaustadt. Hier gibt es erste Überlegungen, diese Veranstaltung vielleicht doch noch im Laufe dieses Jahres nachzuholen.



Bund Junges Ostpreußen
Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Der Instagram-Kanal #heimatliebeostpreussen

Seit etwas mehr als einem Jahr gibt es ihn nun – und über 1.000 Menschen haben sich inzwischen dem Instagram-Kanal „heimatliebeostpreussen“ angeschlossen. Hier wird Ostpreußen täglich mit positiv besetzten Assoziationen verknüpft. Dies geschieht durch Bilder, die sich unterschiedlichen Bereichen des Lebens widmen und zum Mitmachen einladen. Es geht nicht um Politik, sondern um die persönliche, emotionale Entdeckung bzw. Neuentdeckung eines vergangenen Landes und der eigenen Familiengeschichte.

Beliebte Themenbereiche sind Erinnerungen an die eigenen Großeltern, historische Aufnahmen und deren Überreste. Bei dem Versuch, traditionelle Rezepte aus-



Vor 100 Jahren Gemäß Versailler Vertrag wurde 1920 das Gebiet der Provinz Westpreußen aufgeteilt. Aus dem mittleren Teil entstand der „Polnische Korridor“. Der östliche Teil wurde 1922 als Regierungsbezirk Westpreußen mit Sitz Marienwerder (Foto) der Provinz Ostpreußen angegliedert. Foto: Bildarchiv Ostpreußen

zuprobieren, erhält man genau so Unterstützung wie bei der Suche nach Reise- und Geheimtipps für Restaurants und Unterkünfte.

Es ist immer wieder erstaunlich, wie viel Wissen und Freude Menschen dem Thema entgegenbringen und es auch in der Gegenwart lebendig werden lassen.

Andreas Kurt Borm



Kulturzentrum Ostpreußen

Wegen der aktuellen Corona-Ausbreitung bleibt die Residenz Ellingen bis auf Weiteres für den Besuchsverkehr geschlossen.

Aus diesem Grunde kann auch die Ausstellung „**Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick**“ derzeit

nicht besichtigt werden. Sobald der Besuch der Ausstellung wieder möglich sein wird, werden wir Sie informieren. Aktuelle Informationen finden Sie auch auf unserer Internetseite:

www.kulturzentrum-ostpreussen.de



Ostpreussisches Landesmuseum

Das Museum bleibt digital geöffnet

Seit einigen Wochen schon hat das Ostpreussische Landesmuseum in Lüneburg den Regierungsaufgaben gemäß alle Ausstellungen geschlossen und auch die sonstigen Veranstaltungsangebote vollständig abgesagt.

Damit entfällt nach wie vor auch die Eröffnung der großen diesjährigen Sonderausstellung „Sielmann!“ über den großartigen Tierfilmer Heinz Sielmann. Diese tolle Ausstellung ist bereits aufgebaut, die Verantwortlichen hoffen, sie den Besuchern so bald wie möglich präsentieren zu können.

Wie viele Kulturinstitutionen will das Museum wenigstens auf digitalem Weg die Ausstellungen und Sammlungen zeigen. Jede Woche soll deshalb ein Video erscheinen, in dem einige Exponate vorgestellt werden oder über ein Ausstellungsmodul berichtet wird.

Noch nicht fest steht, ob der für den 25. Mai um 18.30 Uhr geplante Vortrag „Faszinierende Artenvielfalt und landschaftliche Ästhetik – Heidelandschaften in Europa“ von Hannes Petrischak stattfinden kann. Bitte informieren Sie sich hierzu zeitnah auf der Webseite.

www.ostpreussisches-landesmuseum.de



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Landesgruppe - Der Vorstand der Landesgruppe Hessen sieht sich veranlasst, wegen der Corona-Pandemie die vom 9. bis 10. Mai 2020 geplante Kulturtagung leider abzusagen.

Wirken Sie mit an der Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!«
Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE71

ANZEIGE

Bestellen Sie ganz einfach per Email
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preussische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 oder Prämie Nr. 2.

Name/Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
BIC: _____
Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit die speziellen PAZ-Prämie!

Prämie 1

Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farb-abstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schifffahrts- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2

Renaissance-Leuchtglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter
040-41 40 08 42
oder per Fax
040-41 40 08 51
anfordern!

Preussische Allgemeine Zeitung.
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Heimatkreisgemeinschaften



Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel.: 04102 - 823 300, Fax: 04102 - 47 39 608, Handy: 0151-18 46 100, E-Mail@gmx.net

Terminabsage

Das für den 9. Mai 2020 vorgesehene Jahreshaupttreffen der Angerapper in Ahrensburg wird aufgrund der Corona-Krise abgesagt. Alle gebuchten Zimmer im „Hotel Am Schloß“ wurden storniert. Ob in diesem Jahr noch ein Jahreshaupttreffen stattfinden kann, ist ungewiss. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage www.angerapp.com. Bleiben Sie alle gesund!



Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Tel.: 09349 - 929 252, Fax: 09349 - 929 253, csgroeben@gmx.de

Rose-Marie Nauber verstorben

Unsere langjährige Betreuerin in Bartenstein/Hohenlohe ist am 15. April 2020 im Alter von 79 Jahren gestorben. Mit viel Engagement und Herzblut hat sie unsere Namenspatenschaft über 30 Jahre lang als Ortsvorsteherin begleitet. Ihr war es eine Herzensangelegenheit, die Begegnungen der beiden Bartensteins tatkräftig zu unterstützen. Mit anderen Bürgern aus ihrem Städtchen besuchte sie die

ostpreußische Stadt, um sich ein Bild zu machen davon, woher jene anderen Bartensteiner kamen, denen sie bei den Treffen stets einen so herzlichen Empfang bereitet. Sie und ihre Helferinnen sorgten dafür, dass die ostpreußischen Bartensteiner sich so willkommen fühlten, wie bei jenem ersten legendären Gründungstreffen im Jahr 1952. Wir sind ihr zu großem Dank verpflichtet.

Kreistreffen

Trotz der aktuellen Corona-Krise ist die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein optimistisch, am 5. September das geplante Kreistreffen in Nienburg mit einem neugewählten (verjüngten) Vorstand durchzuführen.



Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Tel.: 02405-73810, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Tel./Fax: 034203 - 33 567

Reiseverschiebung

Unter den aktuellen Umständen ist es leider nicht möglich, die Reise wie geplant vom 20. bis 28. Mai 2020 durchzuführen.

Damit Sie trotzdem noch in diesem Jahr nach Ostpreußen reisen können, würden wir gerne den Reisettermin etwas verschieben.

Neuer Reisettermin: 2. bis 10. September 2020

Alle Abflughäfen und Flugzeiten (vorbehaltlich zukünftiger Veränderungen durch die Fluggesellschaft) bleiben wie zum ursprüng-

lichen Reisettermin geplant bestehen. Wir würden uns freuen, wenn Ihnen dieser Alternativ-Termin zusagt und Sie dabei sein können.

Reiseleitung: Dieter Wenskat

1. Tag: Flug nach Königsberg Am Vormittag Linienflug mit LOT Polish Airlines wahlweise ab Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München oder Stuttgart mit Umstieg in Warschau und gemeinsamem Weiterflug nach Königsberg, Ankunft am Nachmittag. Am Flughafen werden Sie von Ihrer Reiseleitung empfangen, anschließend Transfer nach Gumbinnen zum Hotel „Kaiserhof“. Zimmerbezug und Abendessen im Hotel.

2. Tag: Gumbinnen, Trakehnen und Rominter Heide

Am Vormittag Stadtrundfahrt mit Besuch der wiedererrichteten Salzburger Kirche und der früheren Friedrichschule mit Besichtigung des historischen Freskos mit der Darstellung der Ankunft der Salzburger in Ostpreußen. Der anschließende Ausflug führt in eine einzigartige Landschaft im Südosten des nördlichen Ostpreußens. Zunächst besuchen Sie Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Leider gibt es dort heute keine Pferde mehr. Anschließend erreichen Sie die Rominter Heide. Unberührte Natur, eine Urwaldlandschaft mit romantischen Seen, kleinen Bächen und Biberbauten – Ihr Reiseleiter zeigt Ihnen die schönsten Plätze. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittagseinkehr erwartet. Übernachtung in Gumbinnen.

3. Tag: Ragnit und Tilsit

Weiterreise nach Norden in den Kreis Tilsit-Ragnit – das Land an

der Memel. In der Schule von Breitenstein/Kraupischken besuchen Sie das bekannte Heimatmuseum von Juri Userzov. Anschließend erreichen Sie Ragnit. Hier befand sich eine der größten Burgen des Deutschen Ordens, deren Ruine besichtigt wird. Ostpreußen war einst bekannt für Tilsiter Käse – heute versucht man, an diese Tradition anzuknüpfen. Sie erleben eine kleine Käseverkostung im „Deutschen Haus“ in Ragnit. Anschließend erreichen Sie das benachbarte Tilsit, einst die östlichste große deutsche Stadt mit dem Beinamen „Stadt ohne Gleichen“. Die ausführliche Stadtführung in Tilsit beginnt mit einem Besuch im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Elchniederung

Rundfahrt mit Besichtigungsstopps durch die Elchniederung. Sie besuchen Heinrichswalde mit seiner noch gut erhaltenen Kirche. Hier wurden 2019 umfangreiche Restaurierungsarbeiten begonnen, das Gebäude soll wegen seiner guten Akustik zu einem Konzertsaal umgestaltet werden. Ebenso besuchen Sie Gerhardsweide und Kreuzingen – hier befand sich in der Vorkriegszeit einer der größten Viehmärkte und der größte Viehverladebahnhof Deutschlands. Die alte evangelische Kirche in Kreuzingen wurde vor kurzem restauriert und erweitert und dient heute als russisch-orthodoxes Gotteshaus. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Großes Moosbruch und Labiau

Weiterreise nach Westen in den Kreis Labiau. Hier erleben Sie das Naturparadies Ostpreußen pur. Sie unternehmen einen Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes und besuchen bei Lauken das Moosbruchhaus, ein mit deutschen Mitteln unterstütztes Naturschutz- und Begegnungszentrum. Hier ist auch der Tisch zu einem gemeinsamen Mittagessen gedeckt. In Labiau passieren Sie die Adler-Brücke mit einem Fotostopp in der früheren Kreisstadt. Hier mündet die Deime in das Kurische Haff. Vom benachbarten Rinderort hat man einen besonders schönen Blick auf das Kurische Haff. Gegen Abend erreichen Sie Königsberg. Übernachtung in Königsberg.

6. Tag: Königsberg

Stadtrundfahrt durch Königsberg. Dabei besuchen Sie natürlich die erhaltenen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof sowie die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen wie das restaurierte Königstor und den Litauer Wall. Darüber hinaus erleben Sie eine aufstrebende russische Großstadt im Umbruch und voller Kontraste, sowohl sozial als auch städtebaulich. Ein weiterer Höhepunkt ist der

Besuch des Königsberger Doms mit einem Anspiel der Orgel zu einem kleinen Konzert. Das erst vor wenigen Jahren in Deutschland gefertigte Instrument gehört zu den größten Klangkörpern im gesamten Ostseeraum. Im Fischdorf am Pregelkai werden Sie zum Mittagessen erwartet. Bei einer anschließenden Bootsfahrt auf dem Pregel und um die Kneiphofinsel erleben Sie die frühere Börse, den Dom und den Königsberger Hafen vom Wasser aus. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

7. Tag: Samland mit Pillau und Palmnicken

Am Vormittag bleibt etwas Freizeit in Königsberg. Alle, die Lust haben, besuchen gemeinsam mit Ihrem Reiseleiter den Königsberger Markt – hier gibt es alles Mögliche und Unmögliche zu kaufen, und die Händler repräsentieren die multikulturelle Zusammensetzung der heutigen Bevölkerung des Kalinigrader Gebietes. Bei der anschließenden Rundfahrt durch das Samland geht es zunächst vorbei an Fischhausen nach Pillau an der Ostsee. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.

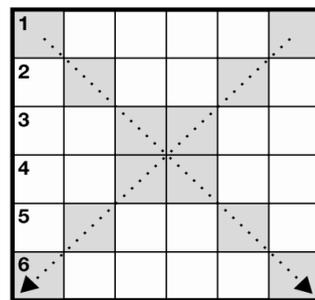
Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes sub-sections for 'Sudoku' and 'So ist's richtig'.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

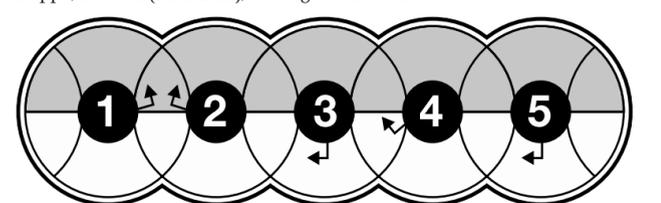
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gewebearten.

- 1 Behälter aus Pappe
2 Querholzfahne, Panier
3 empfehlenswert
4 Sieger, Bester
5 Hauptstadt des Libanon
6 tropische Echse

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Südamerikaner.

- 1 borstige Spitze an Gräsern, 2 Entstehung, Entwicklung, 3 Luft-, Dampfklappe, 4 Strich (Mehrzahl), 5 lustig beisammen sein



Heimatkreisgemeinschaften

Leuchtturm eine große Kriegsgräberdenkstätte; ein Ort der Besinnung und des Gedenkens an alle Opfer der vergangenen Kriege.

Auf der Weiterfahrt durch das Samland besuchen Sie den Bernsteintagebau Palmnicken. Beim Besuch der Aussichtsterrasse haben Sie einen guten Überblick. Auf dem Rückweg zum Hotel führt Sie noch ein kleiner Abstecher in das Dorf „Salem“ – eine ökologisch und sozial orientierte Gemeinschaft, die insbesondere Waisenkindern ein sicheres Zuhause und darüber hinaus durch gezielte Förderung eine Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben bietet. Die Jugendlichen erproben sich in verschiedenen Projekten z.B. in der Landwirtschaft, Bäckerei oder in der Käseherstellung. Hier ist auch das heutige Abendessen vorgesehen.

Anschließend erreichen Sie Rauschen. Das einst bekannte deutsche Seebad ist auch heute wieder ein schöner Urlaubsort mit restaurierten alten Holzvillen, Hotels und Gästehäusern sowie einer belebten Kurpromenade mit Straßencafés und urigen Kneipen. Übernachtung in Rauschen.

8. Tag: Kurische Nehrung
Nach einem geführten Rundgang durch Rauschen geht es auf die Kurische Nehrung. Die ca. 100 Kilometer lange Landzunge trennt die Ostsee vom Kurischen Haff, und ihre Landschaft ist durch die höchsten Dünen Europas gekennzeichnet. Bei einem Spaziergang auf die Epha-Düne, die größte noch frei wandernde Sandfläche, haben Sie einen grandiosen Ausblick über die Düne, das Haff und die Ostsee. Bei Rossitten besuchen Sie die Feldstation Frigilla der 1901 gegründeten ersten Vogelwarte der Welt und erleben das Beringen der Vögel. Abendessen und Übernachtung nochmals in Rauschen.

9. Tag: Heimflug
Am Vormittag Transfer zum Flughafen Königsberg, um 12.40 Uhr Abflug nach Warschau, Rückankunft je nach Flughafen gegen 19.00 Uhr. Programmänderungen vorbehalten, dies gilt insbesondere auch für Veränderungen der Flugzeiten durch die Airline.

Sommerreise nach Gumbinnen und Königsberg 31. Juli bis 9. August 2020

1. Tag: Anreise nach Thorn
Anreise von Hannover mit Zwischenstopp in Berlin (Bahnhof Schönefeld, Busbahnhof) bis nach Thorn, Übernachtung in Thorn im Hotel „Bulwar“ direkt an der Altstadt. Nach dem Abendessen Stadtführung in die Altstadt.

2. Tag: Masuren
Nach dem Frühstück Weiterfahrt über Allenstein und durch die Borcker Heide. Zwischenstopp in Goldap zu einer Stadtführung. Goldap durfte als einzige Stadt in Ostpreußen ihren Namen behalten. Sie besuchen den neu gestalteten Marktplatz und den Gedenkstein auf dem alten Friedhof, den die Kreisgemeinschaft bereits 1992 mit folgender Inschrift errichten konnte: „Zum Gedenken an 16 Generationen deutscher Bürger, die in Goldap lebten und wirkten“. Anschließend geht es weiter zum polnisch-russischen Grenzübergang und nach Gumbinnen. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Kaiserhof“.

3. Tag: Freizeit
Heute steht Ihnen der Tag zur freien Verfügung. Sie können sich von der langen Anreise erholen. Wir



Sehenswürdigkeit in der Rominter Heide Die während der Sowjetzeit verfallene und in den letzten Jahren restaurierte Kirche in Groß Rominten (Krasnolesje)
Foto: Partner Reisen

empfehlen einen Besuch im Gumbinner Heimatmuseum, in dem im „Saal der deutschen Geschichte“ die Exponate der Gumbinner Kreisgemeinschaft dauerhaft ausgestellt sind, darunter ein Stadtmodell aus der Vorkriegszeit. Und heute besteht natürlich auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen. Für Ihre individuellen Ausflüge steht unser bewährter Taxiservice bereit. Abendessen und Übernachtung in Gumbinnen.

4. Tag: Gumbinnen und Georgenburg
Am Vormittag unternehmen Sie eine Stadtrundfahrt durch Gumbinnen. Vorbei am Gumbinner Elch geht es zur restaurierten Salzburger Kirche. Im früheren Friedrichsgymnasium besichtigen Sie in der Aula das wiederentdeckte Fresko mit der Darstellung der Ankunft der Salzburger in Ostpreußen. Am Nachmittag zunächst Besichtigung in Insterburg. Kürzlich wurden Renovierungen und Verschönerungen in der früheren Hindenburgstraße durchgeführt, insgesamt hat sich das Stadtbild in den letzten Jahren stark verbessert. Besichtigungsstopp an der früheren reformierten Kirche, die heute als russisch-orthodoxe Kirche genutzt wird. Anschließend erreichen Sie das Gestüt Georgenburg zu einer Besichtigung. Nach originalgetreuer Rekonstruktion wurde das frühere Landgestüt unter erheblichen Investitionen zur führenden Anlage im Turniersport der ganzen russischen Föderation entwickelt. Abendessen und Übernachtung in Gumbinnen.

5. Tag: Trakehnen und Rominter Heide
Ihr heutiger Ausflug führt in eine einzigartige Landschaft im Südosten des nördlichen Ostpreußens. Erster Besichtigungsstopp ist in Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Leider gibt es dort heute keine Pferde mehr. Anschließend erreichen Sie die Rominter Heide. Unberührte Natur, eine Urwaldlandschaft mit kleinen Bächen und Biberbauten – Ihr Reiseleiter zeigt Ihnen die schönsten Plätze. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittags-einkehr erwartet. Übernachtung in Gumbinnen.

6. Tag: Königsberg
Nach dem Frühstück Weiterreise nach Königsberg. Bei der Stadtführung besichtigen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten wie

den wiedererrichteten Dom mit dem Kantgrab, das Königstor und andere. Vom neuen Fischdorf starten Sie zu einer kleinen Bootsfahrt auf dem Pregel, an der Kneiphofinsel mit dem Dom vorbei bis zum Königsberger Hafen. Anschließend werden Sie in einem Restaurant zum gemeinsamen Mittagessen erwartet. Ein Höhepunkt Ihres Ausfluges nach Königsberg ist ein Orgelkonzert im Dom. Das in Deutschland hergestellte Instrument gehört heute zu den größten im ganzen Ostseeraum. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

7. Tag: Kurische Nehrung
Heute unternehmen Sie einen Ausflug auf die Kurische Nehrung. Die einzigartige Landschaft der ca. 100 km langen Landzunge zwischen der Ostsee und dem Kurischen Haff wird durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Bei einem Spaziergang auf die Epha-Düne haben Sie eine grandiose Aussicht über die großen Sanddünen, die Ostsee und das Kurische Haff. Bei Rossitten besuchen Sie die Feldstation „Fringilla“ der 1901 gegründeten Vogelwarte Rossitten, damals die erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Hier erleben Sie hautnah das Beringen der Zugvögel. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

8. Tag: Königsberg
Der Vormittag steht zur freien Verfügung in Königsberg. Tipp: Besuchen Sie den großen Zentralmarkt hier gibt es alles Mögliche. Beim Bummel erleben Sie das bunte Markttreiben und die zahlreichen Händler und Standbesitzer repräsentieren die ethnische multikulturelle Zusammensetzung der heutigen Bevölkerung des Kaliningrader Gebietes. Hier können Sie die heute russische Seele der Stadt hautnah erleben. Am Nachmittag Weiterreise über den russisch-polnischen Grenzübergang und bis nach Marienburg. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Centrum“.

9. Tag: Marienburg
Mit einer geführten Besichtigung der Marienburg des Deutschen Ordens, eine der mächtigsten Backsteinburgen der Welt (UNESCO-Weltkulturerbe), verabschieden Sie sich aus Ostpreußen. Sie fahren nach Westen vorbei an der Kaschubischen Schweiz und durch Hinterpommern Richtung Warthe. Im Hotel „Wodnik“ bei Landsberg an der Warthe/Gorzow Wielkopolski, malerisch an einem See gelegen,

verbringen Sie den letzten Abend in gemütlicher Runde.

10. Tag: Heimreise
Nach dem Frühstück setzen Sie die Rückfahrt über Küstrin fort. Dort können Sie einen polnischen Markt besuchen, bevor Sie dann über die Oder wieder Deutschland erreichen. Programmänderungen sind vorbehalten.



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.
Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.
Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Busreise nach Mohrungen (Morag)

Kant-Feierlichkeiten in Groß Arnsdorf (Jarnołtowo) und Sommerfest der deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen
Mohrungen liegt reizvoll im Westen Masurens im Oberland, bezaubernd, unendliche Alleen, die sprichwörtlichen dunklen Wälder und kristallinen Seen.

Reiseziele sind u.a. Danzig, Elbing, Marienburg, Osterode, der Oberlandkanal und Posen.

1.Tag. 11.6. Ab Wuppertal oder Ihrem gebuchten Zustieg entlang der Autobahn A 2 führt Ihre Reise nach Polen im Raum Schwiebus. ÜN. Beginn der HP.

2.Tag. 12.6. Mit kleinen Pausen an interessanten Orten führt die Reise über Osterode nach Mohrungen (Morag) zum Hotel 6 x ÜN/HP, je nach Ankunft Stadtrundgang.

3.Tag. 13.6. Feierlichkeiten in Groß Arnsdorf zur Einweihung des Platzes „Immanuel Kant-Eck“ zu Ehren des großen Philosophen.

4.Tag. 14.6. Sommerfest der deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen. Orientierungsfahrt durch die Dörfer in der Umgebung von Mohrungen, zur Gedenkstätte/Lapidarium in Liebstadt/Milakowo, Besuch des Herder-Museums im Dohna-Schloss und die „Mohrunger Stuben“ im historischen Rathaus.

5. Tag. 15.6. Schifffahrt auf dem Oberlandkanal, Stadtbesichtigung

Elbing, Pr. Holland und Liebmühl. (Alternativ Marienburg).

6. Tag. 16.6. Zur freien Verfügung. Besuchen Sie Ihre eigenen Ziele individuell z.B. die Heimatorte mit Taxen. Bei der Organisation werden wir behilflich sein.

7. Tag. 17.6. Busfahrt zum Freilichtmuseum Hohenstein (Olsztyn). Anschließend nach Allenstein (Olsztyn), Stadtrundfahrt, Altstadtbesichtigung mit Burg, Rathaus, Jakobikirche, u.v.m.

8. Tag. 18.6. Über Thorn (mit einer ca. einstündigen Fotopause) fahren Sie nach Posen (Poznan) – eine alte, quirlige Stadt mit bewegter Geschichte. Stadtrundgang und letzte Übernachtung.

9. Tag. 19.6. Nach dem Frühstück Heimreise.

Weitere Informationen zum Reiseprogramm und zu den Kosten erhalten Sie bei der Kreisvertreterin.

Studentin bittet um Mithilfe

Josephina Strößner bittet um Unterstützung für ihre Examensarbeit. Sie studiert Musik und Französisch für das gymnasiale Lehramt in Rostock. Mit ihrer Arbeit möchte sie sich Musik und Brauchtum Ostpreußens zuwenden. Ihr Interesse an der Thematik rührt aus der Flucht der Großmutter und deren Familie im Jahr 1945 aus dem Kreis Mohrungen nach Oberfranken.

Die Forschung für die Arbeit basiert besonders auf Dokumen-

ten von Vereinen, welche sich ostpreußischer Musik und dem Brauchtum widmen, aber auch privat organisierte Treffen oder ähnliches zum Erhalt dieses Kulturgutes sind von Interesse. Gesucht werden (alte) Konzert-/Festprogramme oder Unterlagen wie Zeitungsausschnitte, die musikalische Aktivitäten, Tänze oder ähnliches im Ablauf stehen haben. Vielen Dank vorab für Ihre Hilfe!

Kontakt: Josephina Strößner, E-Mail: josephina.stroessner@hmt-rostock.de



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de.

Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Aufgrund der aktuellen Situation infolge der Corona-Pandemie bleibt die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Neidenburg in Bochum-Werne, Kreyenfeldstr. 31, bis auf Weiteres geschlossen. Wir bitten um Verständnis für diese Maßnahme und wünschen Ihnen beste Gesundheit in diesen schweren Zeiten.



Oberschlesisches Landesmuseum OSLM

Wegen der Coronavirus-Pandemie werden die für Mai geplanten Veranstaltungen und Ausstellungen des OSLM vorerst ausgesetzt. Das Museum bleibt für Besucher weiterhin geschlossen. Doch nutzt das OSLM-Team die Zeit zur Vorbereitung der nächsten großen Sonderausstellung, die sich mit schlesischen Persönlichkeiten befassen wird. Darüber hinaus hat das OSLM bereits mit digitalen Angeboten auf die Krise reagiert und einen virtuellen Rundgang durch die Osterei-Ausstellung entwickelt, der auf den Facebook-Seiten des Oberschlesischen Landesmuseums veröffentlicht wurde. Es gab viel positive Resonanz,

so dass nun auch zur aktuellen Sonderausstellung „Schaukelpferd und Zinnsoldaten. Kindheit und Jugend in Schlesien“ eine ähnliche Präsentation erarbeitet werden soll. Bereits fertiggestellt und bei YouTube online ist der Video-Beitrag zum Vortrag von Dr. Gregor Ploch über „Die geopolitische Neuordnung Europas nach 1918 und ihre Folgen für Oberschlesien“.

Kontakt und Information: Oberschlesisches Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen (Hösel), Tel.: +49(0) 21 02 - 96 50, info@oslm.de, www.oslm.de sowie die OSLM-Kanäle in den sozialen Medien

Brandenburg-Preußen-Museum Wustrau

Wieder geöffnet!

Seit Mittwoch, dem 22. April, dürfen Museen in Brandenburg unter Einhaltung bestimmter Maßnahmen wieder öffnen. Wir können bis zu 20 Besucher gleichzeitig ins Museum lassen, das sollte selbst an Wochenenden nicht zu längeren Wartezeiten führen. Besuche von Gruppen, öffentliche Führungen und Vorträge sind leider weiterhin nicht möglich, daher müssen wir leider alle bis Ende Mai angekündigten Veranstaltungen erst einmal absagen. Bitte halten Sie die Abstandsregel von 1,5 Metern auch im Museum unbedingt ein und machen Sie von den Mög-

lichkeiten einer gründlichen Händereinigung Gebrauch. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass unsere Mitarbeiter Sie auf das Einhalten von Abständen hinweisen werden. Wir empfehlen sowohl den Besuch der Hauptausstellung als auch die diesjährige Sonderausstellung „Wilde Heimat Brandenburg“ mit den atemberaubend schönen Naturfotos der Neuruppiner Steinmetzmeisterin und Naturfotografin Anke Kneifel. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kontakt
Eichenallee 7a, 16818 Wustrau
Telefon: (03 39 25) 7 07 98
museum@bpm-wustrau.de

ROMINTER HEIDE

Zeugen von Kaiser Wilhelms II. Jagderfolgen

Sogenannte Kaisersteine findet man in der brandenburgischen Schorfheide sowie im südlichen und nördlichen Ostpreußen

VON WOLFGANG REITH

Ebenso wie in der brandenburgischen Schorfheide findet man in der ostpreußischen Rominter Heide zahlreiche Gedenksteine, die an die lange jagdliche Tradition dieser Gegend erinnern und die, einem allgemeinen Brauch folgend, von preußischen Forstbeamten errichtet wurden.

Neben einzelnen Steinen, die besonders verdienstvollen Förstern oder Jägern gewidmet sind, handelt es sich bei den meisten um Zeugnisse, welche die Jagderfolge des letzten deutschen Kaisers dokumentieren, weshalb hier auch von Kaisersteinen gesprochen wird. Schließlich bildeten beide Wald- und Heidelandschaften die bevorzugten Jagdgründe Kaiser Wilhelms II., die er regelmäßig im Herbst aufsuchte. Zur Rotwildbrunft jagte der Monarch ab Mitte September zunächst in der Schorfheide, Ende des Monats fuhr er in seinem Sonderzug dann weiter in die Rominter Heide. Sein erster Jagdaufenthalt dort datiert vom 23. September 1890, am 2. Oktober 1913 ging er zum letzten Mal auf die Pirsch, denn während des Ersten Weltkrieges jagte er nicht.

Während die Gedenksteine in der Schorfheide vollständig kartographiert und deshalb leicht aufzufinden sind, muss man sie in der Rominter Heide mühsam suchen. Erschwerend wirkt hierbei die Tatsache, dass die Region seit 1945 von der Grenze durchzogen wird, die den südlichen, polnisch verwalteten Teil Ostpreußens vom nördlichen, russisch verwalteten Königsberger Gebiet trennt. Abgesehen von den offiziell eingerichteten Übergängen ist diese Demarkationslinie hermetisch abgeriegelt, bildet sie doch die Außengrenze der Europäischen Union. Auf russischer Seite wurde nach Erweiterung des Grenzgebiets im Frühjahr 2007 ein 700 Meter breiter Sicherheitsstreifen angelegt, und so benötigt jeder, der die Gegend bereisen will, unbedingt eine



Ein alter Jägerbrauch war es, die Erfolge des Waidmanns in Stein zu meißeln: Ein restaurierter Kaiserstein auf der russischen Seite Ostpreußens

Foto: Reith

Sondergenehmigung (propusk), die man nur in Königsberg beantragen kann und dann erhält oder auch nicht, und ohne die selbst für Einheimische die Randbereiche der Rominter Heide nicht zugänglich sind. Genau in dieser Umgebung aber stehen einige Gedenksteine, und so blieb es bisher nur wenigen Personen vorbehalten, die dortigen Relikte aus der Zeit vor 1914 auszukundschaften.

Neben vielen anderen steinernen Zeugen gibt es in der Schorfheide nur fünf für die Jagderfolge Kaiser Wilhelms II. aufgestellte Steine, wohingegen in der Rominter Heide insgesamt 14 solcher Kaisersteine

bekannt sind, davon acht auf polnischem Hoheitsgebiet, das heute nur rund ein Drittel des einstigen Hofjagdreviers des deutschen Monarchen ausmacht, und sechs auf dem zweimal größeren russischen Areal.

Die Steine auf der polnischen Seite wurden schon vor Jahren liebevoll restauriert und können auf markierten Wanderwegen an der Strecke zwischen Goldap und Szittkehmen, seit 1938 Wehrkirchen [Zytkiejmy] erkundet werden. Einer war zwischenzeitlich ins Erdreich abgesunken und nicht mehr an der Erdoberfläche zu sehen, doch wurde er gehoben und seine Aufschrift ebenfalls erneuert. Von den

acht Gedenksteinen sind sechs beschriftet, zwei sind ohne Inschriften. Es ist denkbar, dass diese für Jagderfolge des Jahres 1913 gedacht waren – der letzte Aufenthalt des Kaisers in der Rominter Heide datiert aus dem Zeitraum zwischen dem 22. September und dem 2. Oktober 1913 –, es aber wegen des ein Dreivierteljahr später beginnenden Krieges nicht mehr zu einer Beschriftung kam, zumal die Russen schon sehr bald nach Ausbruch der Kampfhandlungen in die Gegend eindringen.

Obwohl die sechs Kaisersteine auf der russischen Seite inzwischen lokalisiert werden konnten, sind sie kaum oder nur

schwer auffindig zu machen, da es keine ausgewiesenen Wanderwege und keine Beschilderung gibt. Die russischen Behörden des Königsberger Gebietes hatten zwar schon 2002 bekundet, die Steine ebenso restaurieren zu wollen, wie das auf polnischer Seite geschah, doch es dauerte noch Jahre, bis man damit begann.

Zuerst wurde ein Stein restauriert, der in der Nähe der früheren Oberförsterei Warnen [Ozerki] steht und die Jagderfolge des Kaisers über mehrere Jahre hinweg (1903–1908) dokumentiert. Das ehemalige Forsthaus beherbergt eine Pension und ist daher ein touristischer Anlaufpunkt. Ganz in der Nähe befand sich einst auch das Dorf Jagdbude, die älteste urkundlich erwähnte Ortschaft in der Rominter Heide, die aber heute nicht mehr existiert.

Ebenso restauriert wurde ein Stein vom 30. September 1912, zudem notdürftig repariert ein Stein vom 27. September 1898 nahe der einstigen Oberförsterei Nassawen [Lessistoje], der zahlreiche Einschusslöcher aufweist. Eine gleiche Verunstaltung ist auch an dem letztgenannten auf polnischer Seite stehenden Stein (vom 28. September 1912) zu erkennen, wo man die Einschusslöcher so gut es eben möglich war, verputzt hat. Die übrigen Kaisersteine wurden teilweise gereinigt; aber weil man die Schriftzüge noch nicht erneuert hat, ist der Text an einigen Stellen kaum zu entziffern.

Auf der russischen Seite befindet sich auch der älteste Stein von der ersten Jagd des Kaisers am 23. September 1890, der lange Zeit als verschollen galt und erst vor wenigen Jahren wiederentdeckt wurde, dessen Inschrift aber auch nur teilweise lesbar ist.

Bleibt zu hoffen, dass auch die russische Seite die Bedeutung des Tourismus für die Rominter Heide auf ihrem Hoheitsgebiet erkennt und die entsprechenden Maßnahmen vor Ort ergreift, damit mehr Menschen diese reizvolle urtümliche Landschaft besuchen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Es sind deutsche Kommunen, die uns helfen“

Polen an der Ostgrenze der Bundesrepublik fordern einen Kleinen Grenzverkehr – Demonstrationen in mehreren Grenzorten

Katarzyna W. erhält eine Nachricht auf Facebook, sie solle sich am 24. April auf der Görlitzer Altstadtbrücke einfinden, um für die Grenzöffnung zu demonstrieren. Die Anfang 40-Jährige lebt mit ihrem 13 Jahre alten Sohn im polnischen Teil der niederschlesischen Neißestadt. Ihr Arbeitsplatz liegt aber im deutschen Teil. „Seit Wochen arbeite ich von zuhause. Es wäre nicht das Schlimmste, aber mein Arzt ist auf der anderen Seite“, so die Alleinerziehende. Sie darf zwar in die Bundesrepublik, eine Rückkehr wäre aber problematisch, denn nach jedem Besuch in der Bundesrepublik müsste sie sich in eine zweiwöchige Quarantäne in der Republik Polen begeben. Ihr Arbeitgeber hätte ihr eine Bleibe in der Bundesrepublik bezahlt, berichtet sie, doch Katarzyna hat ein Häuschen mit Garten zu betreten und ihr Sohn wollte nicht nach Deutschland. Deshalb will Katarzyna, die als schwer Erkrankte auf Medikamente und ärztliche Versorgung angewiesen ist, für die Öffnung des Kleinen Grenzverkehrs demonstrieren.

Etwa 400 Menschen finden sich auf der Altstadt-Grenzbrücke in Görlitz ein. Sie stehen von beiden Seiten des provisorischen Zauns, der die Brücke zerteilt. Viele halten polnische Fahnen in den Händen.

Die Menschen auf der polnischen Seite tragen diszipliniert ihren Mundschutz und auf beiden Seiten singen sie laut die polnische Nationalhymne. Besonders innig wird die Zeile angestimmt: „Unter deiner Führung vereinen wir uns mit der Nation.“ Herzerreißende Szenen spielen sich auf der Brücke ab, als ein etwa dreijähriger Junge auf der polnischen Zaunseite seinen Vater sieht. Joanna Kowalczyk, die Mutter des Jungen, sagt in die Kamera von TVN24: „Mein Kind hat seinen Vater einen Monat lang nicht gesehen.“ Während ihr Ehemann in der Bundesrepublik arbeitet, muss sie mit dem Jungen zu Hause bleiben, denn sie pflegt ihre kranke Schwiegermutter.

Auch an anderen Grenzübergängen wurde demonstriert. In Frankfurt an der Oder [Slubice], in Guben [Gubin], in der geteilten polnisch-tschechischen Stadt Teschen [Cieszyn] oder im Dreiländereck Zittau wollen die Menschen die Grenzschließung nicht länger erdulden.

In Zittau hält ein junger Pole mit Mundschutz eine Rede. Er beklagt, dass die polnische Regierung die Probleme der Grenzbewohner nicht sehen will. „Es sind deutsche Kommunen, die uns helfen, die uns einen vorübergehenden Wohnsitz in Deutschland geben. Deutsche Schulen or-



Herzerreißende Szene: Ein Dreijähriger sieht seinen Vater auf der anderen Seite der Grenze

Foto: Matthias Wenert

ganisieren Internatsaufenthalte, damit unsere Kinder ihren Unterricht fortführen können. Und was macht die polnische Regierung? Die machen den Polen Angst, dass das Virus aus dem Westen kommt. Im Zuge der wirtschaftlichen Lockerungen hat die Regierung bislang keinen Bezug auf die Grenzöffnung genommen“, bedauert der Redner. Er fordert die Abschaffung der zweiwöchigen Quarantäne für Arbeitnehmer im Ausland, die Öffnung des Kleinen Grenzverkehrs, das Ermöglichen einer privaten Warenübergabe an allen Grenzübergängen. Das ist zum Beispiel bei Medi-

kamenten notwendig, die nicht per Post versendet werden dürfen.

In Neu Rosow [Rosowek] bei Pölitz [Police] unweit von Stettin forderten etwa 200 Protestler auch die Einrichtung zusätzlicher Grenzübergänge für den privaten Autoverkehr, unter anderem im polnischen Marienhof [Lubiesz] und dem deutschen Neu Linke, berichtete Radio Eska aus Stettin.

„Lasst uns zur Arbeit, lasst uns nach Hause!“, war das Motto der Demonstration am Grenzübergang Guben. Die Zeitung „Gazeta Lubuska“ berichtete von einigen

Hundert Versammelten am dortigen Grenzübergang Theaterinsel. Unter den Protestlern war auch Czeslaw Fiedorowicz, der Vorsitzende der Föderation der Euroregionen Polens und des Konvents der Euroregion „Spree-Neiße-Bober“. Für ihn war es nur selbstverständlich, an der Demonstration teilzunehmen: „Wenn es uns erlaubt ist von Grünberg [Zielona Gora] oder Crossen an der Oder [Krosno Odrzanskie] in den polnischen Teil von Guben zu reisen, muss es auch erlaubt sein, die Grenzen der Euroregionen zu passieren“, so Fiedorowicz. Er hat einen Brief an den Vorsitzenden des polnischen Ministerrates gesandt, in dem er auf die Situation der Grenzbevölkerung hinweist und die Grenzöffnung für Arbeitnehmer, Schüler und Studenten, Menschen in medizinischer Behandlung und im Rahmen einer Familienzusammenführung fordert. Auch die deutschen und polnischen Vertreter der Europastadt Guben haben ein Schreiben an den Innenminister Mariusz Kaminski gesandt mit der Forderung, die Quarantäne für in der Bundesrepublik arbeitende oder sich in Behandlung befindliche Menschen abzuschaffen. Unterzeichnet haben dies Bartlomiej Bartczak und Fred Mahro, die beiden Bürgermeister der geteilten Stadt. Chris W. Wagner

PERSÖNLICHKEITEN

Wenn die 5 Tango „träumen von der Ostsee...“

Der Botho-Lucas-Chor – Eine Hälfte ihrer Seelen blieb in Pommern



Der Botho-Lucas-Chor (Botho Lucas ganz rechts, * 2. Juni 1923 in Köslin, Pommern; † 15. Mai 2012 in Köln)

(Foto: Archiv Schwenkler/Electrola)

Das Jahr 1938 ist noch jung und frisch, als in Köslin fünf ähnlich junge Burschen bei privaten Feiern aus Spaß und aus Freude an der Musik gemeinsam zu musizieren beginnen. Die Fünfzehn- bis Achtzehnjährigen kennen sich von klein auf: Gerhard „Bartschen“ Bartsch aus der Füsillierstraße 10, Botho Lucas aus der Bergstraße 31, Erwin Menger aus der Grünstraße 8, Rudolf „Hermann“ Sieg aus der Mühlenortstraße 47 und Kurt „Wasco“ Tratzki aus der Badstüberstraße 11.

Man übt gemeinsam, und bald gibt es die ersten „öffentlichen“ Auftritte, anfangs noch mit geliehenem Schlagzeug. Ein Name für die Gruppe muss her. Sie haben sich besonders den sanften, melodischen Klängen verschrieben – im Tangoschritt, langsamen Walzer, Slowfox. So ist schnell klar: „5 Tango“ würde man sich nennen. Für den ausscheidenden Erwin Menger stößt Harry Byesse, Am runden Teich 6, zu der Band; sein Vater ist sogar Berufsmusiker.

Schnell häufen sich die Engagements in guten Häusern: im „Konzerthaus Zels“ jeden Sonnabend im großen Saal, aber auch beim Tanz nach „Kraft durch Freude“-Großveranstaltungen im Wechsel mit einer anderen Gruppe, vielleicht den „Vier Herolds“, in der „Kammerdiele“, in der Rogzower „Deutschen Eiche“ oder im „Café Pohlenz“. Oftmals treten sie auf bei den Abschlussbällen der Tanzschulen in Köslin und Umgebung, den Abiturientenbällen und natürlich weiterhin bei privaten Feiern. Im kleinen Saal bei „Zels“ üben sie den Steptanz ein. Kaum klappt dieser, geben sie während des nächsten Tanzabends eine Einlage. Nach der Melodie „You are my lucky Star“ / „Du sollst mein Glücksstern sein“ – mit Botho Lucas gleichzeitig steppend und auf dem Akkordeon spielend – beginnt der Saal zu toben. In den Jahren 1938 und 1939 in Köslin in Pommern!

Auf Grund Bothos besonderer musikalischer Begabung ist die Gruppe in der Lage, soeben im Kino gehörte neue Schla-

ger am folgenden Abend auf einer Bühne spielen zu können. Die „5 Tango“ musizieren grundsätzlich „echt“, also ohne Verstärker, sogar ohne Lautsprecher. Die Instrumente schleppen sie mit Muskelkraft zu den Auftritten und zurück. Der Rückweg wird dann vom gemeinsamen leisen Gesang und der Gitarre Kurt Tratzkis verschönt. Liegen die Orte des Geschehens etwas weiter entfernt, werden die Herren nobel mit dem Leiterwagen abgeholt und später in die Stadt zurückgefahren. Sind sie privat unterwegs, gerne im heute noch beliebten Großmöllener „Café Hohenzollern“ oder in „Böttchers Strandhalle“, werden sie schnell erkannt und gezwungen, mit fremden Instrumenten die aktuellen Hits zu spielen.

Da schießt ein bis in die Gegenwart unvergessener Schlagler in die „Top Ten“: „Träumen von der Südsee“. Ähnlich wie man heute die ursprünglich pommerischen Ostseewellen auch als „Nordseewellen“ an den Strand trecken lässt, wird in Köslin mit Hilfe der „5 Tango“ aus der Südsee die geliebte Ostsee: „Träumen von der Ostsee, von den Nächten in Großmöll'n, träumen von der Ostsee und von ihrem Spiel der Well'n...“

Doch die Zeit holt auch die „5 Tango“ ein: Als die ersten Verwundeten in dem Kösliner Elisabeth-Krankenhaus eintreffen, versammelt man sich dort spontan und spielt zu einem Wunschkonzert auf. Nach dem Weihnachtsfest 1939 scheidet Rudi Sieg aus; übrig bleiben die „4 Tanzsolisten“. Nach deren Einberufung beziehungsweise Botho Lucas' Abreise nach Berlin ist auch diese Gruppierung Anfang 1940 aufgelöst.

Der knapp 17jährige Botho schlägt sich auf eigene Faust erst nach und dann in der Hauptstadt durch. Für ihn soll die Musik immer Berufung und Beruf bleiben. Seinen Lebensunterhalt und sein Piano-Studium verdient er sich in langen Nächten mit Barmusik. „Nachts strippen, tags üben“, wie er sagt. Als Soldat nimmt er

später an zwei Tourneen für die Wehrmacht teil und gerät, nachdem er als Fronturlauber im Sommer 1943 ein letztes Mal in seinem Leben Köslin erleben durfte, im Mai 1944 in Sewastopol in sowjetrussische Gefangenschaft. Unter den harten Bedingungen erleichtert seine Musikalität ihm und seinen Kameraden das Überleben. Bereits 1943 hat er auf der Krim als begnadeter Akkordeonspieler und Sänger entscheidend zur Hebung der Stimmung innerhalb seiner Batterie gewirkt. Sarkastisch hat man ein populäres Lied von Paul Abraham mit eigenem Text gesungen: „Eine Insel aus Träumen geboren ist die Krim, ist die Krim. Dort sind wir alle verloren, auf der Krim, auf der Krim...“

Im Winter 1949/50, kaum ein Jahr nach seiner glücklichen Heimkehr, gründet Botho Lucas in West-Berlin das „Lucas-Trio“ und danach ein Quartett. Aus der Zeit stammt sein „Kleiner Bär von Berlin“. Er gelangt zum RIAS, dem Radio im amerikanischen Sektor, und wirkt hier auch in zahlreichen Sendungen zusammen mit Hans Rosenthal. Er macht etliche Schallplattenaufnahmen und tritt in allen Sendern der Bundesrepublik sowie damals schon im Fernsehen auf. Ende der fünfziger Jahre verbietet ihm eine Handverletzung das Spielen von Instrumenten, also gründet er den „Botho-Lucas-Chor“, sein erfolgreichstes künstlerisches Projekt über Jahrzehnte – ausgezeichnet in den USA als „America's Favorite German Singing Group“.

Er arbeitet als Komponist und Arrangeur; Anfang der sechziger Jahre erscheint mit dem Lied „Danke“ sein größter Erfolg, der aber in Kirchenkreisen nicht nur Zustimmung erregt. Ab den späten Siebziger entwickelt und betreut er die singenden „Sonntagskinder“ – eine von ihnen ist Anke Engelke – und fördert später die Karriere der aus diesem Chor als „Euro Cats“ hervorgegangenen vier jungen Sängern.

Gerhard Bartsch verschlägt es nach Kriegsende in das holsteinische Eutin, und nach Auskunft der in Lübeck ansässigen Heimatortskartei für Nordosteuropa landet Erwin Menger in Hamburg, Harry Byesse fällt am 17. Dezember 1943. Rudi Sieg übersteht Krieg und Gefangenschaft bis August 1947 in Frankreich, wobei auch ihm seine Begabung für Musik und Malerei verbunden mit seinem Humor über vieles Schwere hinweghilft. Von Anfang an engagiert er sich innerhalb der Pommerischen Landsmannschaft in Lübeck für die Kösliner und bleibt als Hobby-Musiker aktiv. Wenn im Kreis fröhlicher Pommern die Stimmung hohe Wellen schlägt, verstärkt er diese zu Brechern, indem er mit seiner Handharmonika aufspielt. Und dann erklingt es unweigerlich – dieses wunderschöne herzliche „Träumen von der Ostsee, von den Nächten in Großmöll'n...“

Überhaupt: Herzlichkeit ist ein treffender Begriff für die Beschreibung der beiden musikalischen Kösliner Freunde Rudi Sieg und Botho Lucas. Zur Weihnachtszeit des Jahres 2007 produziert Botho außer der erwähnten 2006 erschienenen Liebeserklärung an Köslin privat noch eine Compact Disc, auf der diesmal außer ihm seine Weggefährten mit zwölf stimmungsvollen Liedern zu hören sind: der „Botho-Lucas-Chor“, seine Lebenspartnerin Gretel, die „Euro Cats“, die „Sonntagskinder“ und ein Bläserchor. „Ein herzlicher klingender Gruß“, den er persönlich an die ihm Nahestehenden versendet hat – auch an seinen Landsmann

Detlef Schwenkler, Köslin e. V.

● INFO

In der Ausgabe 15 vom 11. April 2020 veröffentlichten wir einen Hinweis auf die akustische „Liebeserklärung an Köslin“ von Botho Lucas auf der Website des Köslin e.V., <https://www.koeslin.net>

MARITIM

Schiffe und eine Kanalfähre mit Namen Stettin

Vor zwei Jahren beging die frühere deutsche pommerische Landeshauptstadt Stettin die 775. Wiederkehr der Stadtrechtsverleihung nach Magdeburger Recht. Daran erinnerte der Heimatkreis Stettin in Lübeck zum traditionellen Tag der Stettiner 2018 im August mit einem Vortrag.

Stettin, an der Oder gelegen, war eine durch Schifffahrt und Schiffbau im Osten weithin bekannte Stadt des damaligen Reiches. Seit der starken Entwicklung dieser Handels- und Industriezweige bis in das letzte Jahrhundert erinnern viele Namensgebungen von Schiffen auch an die pommerische Hafenstadt.

Nach einer Dokumentation des bekannten Heimatforschers Kurt Pittelkow gab es 27 Schiffe, die den Namen „Stettin“ getragen haben: Seitenraddampfer und Schonerbriggs im 19. Jahrhundert, Frachtschiffe und Kreuzer, Logger und Eisbrecher sowie verschiedene Passagierschiffe. Zwei von denen trugen jedoch die abweichende Bezeichnung „Stettiner Greif“ (1939) und „Molly von Stettin“.

Die 27 schwimmenden Objekte wurden aber nicht alle in dieser Stadt gebaut; auch waren einige hier nicht als Heimathafen ausgewiesen; wie der 1885 beim Stettiner Vulcan für den Norddeutschen Lloyd in Bremen gebaute Reichspostdampfer mit diesem Städtenamen.

Als erstes Schiff mit dem Namen „Stettin“ wird eine im Jahre 1837 auf der Nüske-Werft im Ort im Auftrag von Kapitän Wiedner & Sohn gebaute Schoner-

Segelschiffakelage versehen, das bis nach 1900 die Linie Leith – Hull – Stettin befuhr.

Einige Passagier- und Spezialschiffe



Die Fähre Stettin in Brunsbüttel, sie bringt die Fahrzeuge und Personen über den Nord-Ostsee-Kanal. Ihr eigentlicher Einsatzort ist Kudensee, eine Fährstation weiter Richtung Kiel. (Foto: Brigitte Stramm)

brigg von 113 Lasten Tragfähigkeit nachgewiesen. Auf der Glasgower Werft von Barclay & Co. entstand 1864 ein Dreimastenschiff mit 876 BRT, anfangs mit einer

wechselten durch neue Eigner ihre Namen; andere wurden in den zwei Weltkriegen für militärische Zwecke eingesetzt und sind wie viele andere während

der Kampfhandlungen zu Wasser und aus der Luft verloren gegangen.

Als eine der letzten Neubauten in deutschem Auftrag gilt der 1933 auf den Stettiner Oderwerken erbaute Dampfeisbrecher „Stettin“ mit einer Maschinenleistung von 2200 PS, der neben dem noch existierenden „Wal“ als letzter deutscher mit Kohle betriebener Dampfeisbrecher seit 1981 von einem Förderverein in Hamburg mit dortigem Liegeplatz als schwimmendes technisches Denkmal erhalten wird. Ein Unfall in Höhe der Rostocker Warnowwerft vor etwa zwei Jahren konnte nur kurz seinen Tourenplan unterbrechen. Seither war er dort ein ständig gesehener Gast zwischen den Seglern aus vielen Nationen. Er war seit 1991 ständiger Teilnehmer zur Rostocker Hanse-Sail im August, wird aber wegen der kürzlichen Absage des diesjährigen Events vorläufig nicht in der Hansestadt festmachen. Voraussichtlich wird die „Stettin“ als Veteran im nächsten Jahr bei dem Dampfspektakel „Flensburg rundum“ auf der Förde wieder mit dabei sein.

Wolfgang Dahle, Rostock

● INFO

Museumseisbrecher Stettin: <http://www.dampf-eisbrecher-stettin.de/>

Nord-Ostsee-Kanal-Fähren haben ostdeutsche Namen

Der Nord-Ostsee-Kanal, früher Kaiser-Wilhelm-Kanal, international Kiel-Canal genannt, begeht in diesem Jahr sein 125-jähriges Bestehen. Wie bereits zum 100-jährigen Jubiläum waren auch 2020 zahlreiche Veranstaltungen geplant, die nun allesamt wegen der Corona-Krise auf 2021 verschoben worden sind. Der Kanal ist die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt und wird von 10 Brücken, einem Tunnel und insgesamt 15 Fährverbindungen überquert. Es gibt 16 Fährverbindungen, von denen 6 die Namen pommerischer Städte tragen. Die sind Kolberg, Stolpmünde (das ist eine Reservefähre), Küstrin, Stralsund, Swinemünde und Stettin.

Ostpreußen ist bedacht mit Pillau, Memel und Tilsit. Danzig und Breslau sind weitere Namen aus dem Osten. Die 4 restlichen Fährverbindungen heißen Audorf, Hochdonn und Nobiskrug, schleswig-holsteinische Fährorte, und Berlin.

Auch hier ist die Krise zu spüren, derzeit ist kaum Schiffsverkehr auf dem Kanal und der Elbe zu verzeichnen.

BS

„Ein faktisches Außerkraftsetzen der Demokratie“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Vielen Dank für Ihre Berichterstattung im immer noch schlafenden Deutschland! Es braucht deshalb weiterhin Ihre starke Stimme, bleiben Sie dran!“

Maik Bialek,
Lutherstadt Wittenberg



Ausgabe Nr. 16

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

RICHTIGER EINSPRUCH DER PAZ
ZU: ZAHLEN UND KONSEQUENZEN
(NR. 16) UND: DIE POLITIK
REAGIERTE VIEL ZU SPÄT (NR. 16)

Es ist sehr erfreulich, dass PAZ-Chefredakteur René Nehring sich auf die Untersuchungen der Virenforscher Streeck und Püschel bezieht und die richtige Konsequenz daraus zieht, dass man die Einschränkungen nun fallen lassen müsse.

Ich will dazu noch ein paar Anmerkungen machen: Solche Einschätzungen der Gefährlichkeit des Corona-Virus gab es schon am 16. März, eventuell auch schon früher. Es wäre, wenn man sich an diese Einschätzungen gehalten hätte, nicht nötig gewesen, bürgerliche Rechte außer Kraft zu setzen und die Wirtschaft der Gefahr einer Katastrophe auszusetzen, wie es dann geschehen ist.

Es geht auch aus dem Artikel nicht hervor, warum Streeck und Püschel dennoch die Kontaktsperren rückblickend für richtig halten. Denn man muss nicht die ganze Gesellschaft vor einem Virus schützen, der für die meisten nicht gefährlich ist; es ist nur nötig, die tatsächlich gefährdeten Menschen zu schützen.

Was den Vergleich mit den Grippe-Epidemien betrifft, müsste man sich fragen, ob in den Krankenhäusern nicht nach wie vor viel mehr Menschen mit einer schweren Grippe liegen als mit einer Erkrankung, bei welcher unter anderem das Corona-Virus eine entscheidende Rolle spielt (und solche werden pauschal „Corona-Fälle“ genannt).

Alternative Medien (die PAZ ist doch eigentlich auch ein solches) haben gut daran getan, die Einschätzungen von Experten zur Sprache zu bringen, welche denjenigen widersprechen, nach denen die Regierungen dann gehandelt haben. Da ist nicht nur Wodarg zu nennen, auch Streeck und Püschel gehören dazu, Bhakdi, Vernazza und einige mehr. Diese Experten sind aber dann in den Mainstream-Medien heruntergebügelt worden in einer Weise, wie man sie schon bei anderen Themen kennt, und die PAZ hat in der Vergangenheit ganz zu Recht – deswegen

liest man sie auch! – gegen ein solches Herunterbügeln Einspruch erhoben.

Das Gesamtergebnis dieser Einschränkungsmaßnahmen – verbunden mit dem Diffamieren anderer Meinungen – ist weit noch über das hinausgehend, was wir in den vergangenen Jahren hatten: ein faktisches Außerkraftsetzen der Demokratie in fast allen pro forma demokratischen Staaten Europas und der Welt. Darüber sollte die PAZ schreiben!

Die deutschen Bürger haben sich dabei nicht einfach „vorbildlich“ verhalten, sondern vor allem sehr angepasst, unterwürfig, besonders die Regierungen lobend, die besonders scharf vorgingen, und oft genug panisch. Ich sehe hier ab von den Bürgern, die sich an Vorschriften halten, von denen sie aber nicht überzeugt sind.

Prof. Dr. Sven Grosse,
Basel/Schweiz

BRITISCHE ZEITZEUGEN
ZU: DIE ERSEHNTEN RETTER TRUGEN VIELFACHEN TOD IN DIE NEUSTÄDTER BUCHT (NR. 16)

Der WDR brachte über das furchtbare Geschehen (Untergang der „Cap Arcona“, d. Red.) 2004 eine ausführliche Sendung. Insofern ist das Geschehen am 3. Mai 1945, kurz vor Einnahme von Neustadt durch britische Panzer recht gut aufgeklärt und dokumentiert. Als Angreifer wurde die 197. Staffel identifiziert. Eine britische Untersuchungskommission stellte allerdings fest, dass die Royal Air Force keine Informationen weitergibt.

Laut der Fernsehdokumentation haben britische Piloten, von denen einige bereitwillig in der Dokumentation auftraten, nicht nur die drei bekannten vor Anker oder an der Pier liegenden Schiffe bombardiert, sondern auch noch in wiederholten Tieffliegerangriffen die wehrlos im Wasser Treibenden beschossen. Angeblich hätte es sich um „Nazis“ gehandelt, die nach Schweden zu entkommen versuchten.

Hervorzuheben sind Filmaufnahmen über die freimütig gemachten Aussagen

ehemaliger britischer Geheimdienstleute, sie hätten gewusst, dass die Schiffe mit KZ-Häftlingen besetzt waren. Das lässt nur den Schluss zu, dass die Briten diese nicht haben wollten und sie benutzten, um den Deutschen ein weiteres Verbrechen in die Schuhe zu schieben.

Reinhard Uhle-Wettler,
Timmendorfer Strand

FRIEDLICHES PREUSSEN
ZU: VON PREUSSEN LERNEN?
(NR. 15)

Für den klugen Vortrag des Prinzen von Preußen ist sehr zu danken, hat er doch auch mir als Württemberger erneut geholfen, das für uns wichtige Preußen-Bild richtig zu sehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf die ganz erstaunliche Statistik aus „A Study of War“ von Quincy Wright hinweisen, die für die Zeit von 1480 bis 1940 insgesamt 278 Kriege zwischen europäischen Mächten zählt: England mit 28 Prozent, Frankreich 16 Prozent, Spanien 23 Prozent, Polen elf Prozent, die deutschen Länder acht Prozent, und bei ihnen wiederum – man staune – Preußen mit den wenigsten, also am friedlichsten.

Arthur Schanz, Overijse/Belgien

KRIMINELLES EXPERIMENT
ZU: UND SIE UNTERSCHIEDEN SICH DOCH (NR. 14)

„Es scheint vergebliche Liebesmüh“, die vielen Rückschläge der Gender-Ideologie aufzulisten. Für die verlogene, menschenverachtende Grundhaltung genügt ein Doktor Money und sein Experiment mit eineiigen männlichen Zwillingen. Brian wächst normal auf, Bruce wird kastriert und als „Brenda“ aufgezogen, als sei die normale Entwicklung fehlgegangen.

Den Fall John/Joan, wie er Bruce/Brenda im Buch nennt, feiert die Gender-Fachwelt als Riesenerfolg. Money erlügt in „Man and Boy, Woman and Girl“ Brenda als normales, glückliches Mädchen.

„Brenda“ und ihre Familie erinnern sich ausdrücklich nur an ein zutiefst in sich zerrüttetes, unglückliches Kind mit jeder Menge sozialer Probleme.

Unter echten Namen klagen sie daraufhin Money öffentlich der Lüge an: „Brenda“ hat nie die übergestülpte Geschlechterrolle angenommen, ließ Puppen und Schmuck liegen und krallte dafür des Bruders Spielzeug. Sie tobte, raufte und interessierte sich für Autos, Mädchen und Waffen. Als er mit 14 Jahren erfuhr, dass er ein Junge war, ließ er die „Geschlechtsumwandlung“ beseitigen, soweit das möglich war und nannte sich David – für seine Menschenwürde.

Real sind selbst die geringsten positiven Aspekte dieses Experiments vorsätzlich erlogen und sogar die gemeinsamen Fehlschläge „uminterpretiert“. Das „glückliche Mädchen Brenda“ (kastrierter Junge mit operativ mädchenähnlichem Genital und gegen den Willen hormonell erzeugten Brüsten) droht in Wirklichkeit mit Selbstmord, falls sie diesen „Therapeuten“ nur ein einziges weiteres Mal sehen müsse. Warum glückliche Zwillinge „einen Therapeuten brauchen“, entzieht sich dem Denkprinzip.

Die Einzelheiten dieses unvorstellbaren, jede Humanität mit Füßen trampelnden Menschenversuchs entsetzen jeden normal veranlagten Menschen. Beide menschlichen Versuchskaninchen werden depressiv. Die Deutsche Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Sexualforschung ehrte Money 2002 mit der Magnus-Hirschfeld-Medaille. Im Juli 2002 beging Brian Suizid, Bruce erschoss sich 2004, Money ging „über Leichen“. Alice Schwarzer hingegen erkennt bei dem Experiment an, dass es „dem aufklärenden Auftrag der Forschung gerecht werde“.

Die Gender-Ideologie beruft sich in Medien-gehätschelter selbstgefälliger Irrtumslosigkeit und unbelehrbar auf den „Erfolg“ dieses Gender-Experiments. Ein „Erkenntnisinteresse“, das bewusst die Gegebenheiten, dem Wesen nach Leben und Unversehrtheit verachtet, erscheint mir persönlich kriminell.

Dr. Sven von Erichsen, Lebusa

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Warum eine ideologisch manipulierte Sprache unser Denken blockiert – und was wir dagegen tun können

■ Schluss mit der Sprachmanipulation durch die »Qualitätsmedien«! Der Bestsellerautor Thor Kunkel erklärt anhand von circa 300 teils illustrierten Beispielen, wie Begriffsumdeutungen den gesunden Menschenverstand ausschalten sollen.

Durch Sprachregelungen errichtet eine gleichgesinnte Obrigkeit aus Politikern und Journalisten immer neue moralische Denkblockaden, die eine kritische Auseinandersetzung mit den Realitäten verhindern sollen. Denn was nicht gedacht werden kann, kann auch nicht artikuliert werden.

Sprache als Werkzeug der Repression und Gedankenkontrolle

Die von den staatstragenden Medien vorangetriebene Infantilisierung der deutschen Sprache, einst eine der präzisesten Sprachen der Welt, hat inzwischen groteske Ausmaße erreicht. Ein Blick in die deutschen Gazetten zeigt: Sie quellen über von Worthülsen, Begriffs-umdeutungen, halb- wahren Floskeln, wohlfeilen Mustersätzen, linguistischen Simplifizierungen, Kampfbegriffen und ewig gleichen links- pädagogischen Argumentationsmustern, die das Denken der Menschen normieren, ja ausschalten sollen.

Man muss kein Linguist sein, um in diesem Gesinnungs- diktat, das erwachsenen Menschen verbieten will, so zu sprechen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, eine volkspädagogische Erziehungsmaßnahme zu erkennen.

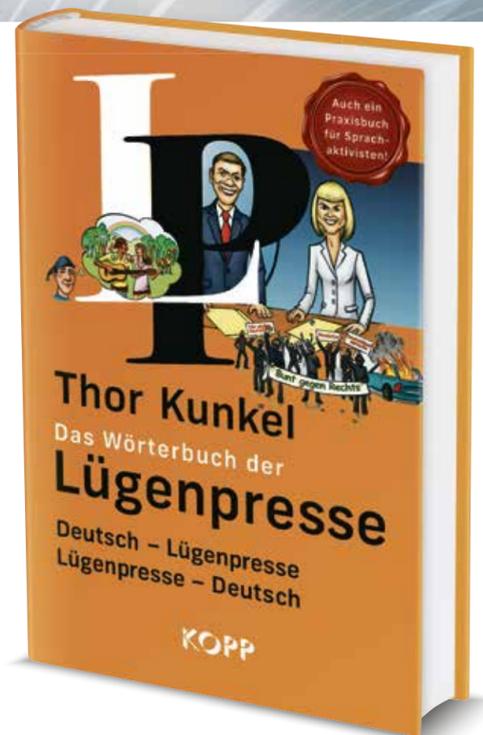
Auch gut gemeinte Bevormundung ist Manipulation

Es ist Zeit, sich die sprachliche und somit intellektuelle Entwaffnung zu verbitten und das »Wahrhügen« der Medien an konkreten Beispielen zu hinterfragen. Wer der Zerstörung seiner Sprache nur untätig beiwohnt und ihre Verarmung auch noch begrüßt, dessen geistiger Horizont sinkt irgendwann auf die Breite des von der Regierung erwünschten Meinungs- korridors ab.

Für dieses Werk betrieb der Bestsellerautor und Kommunikationsberater Thor Kunkel zusammen mit seinen Mitarbeitern 2 Jahre lang ein breit gefächertes Media-Monitoring.

Dieses Buch ist auch eine Einladung an alle, sich aktiv der Infantilisierung ihrer Sprache – und ihres Denkens – zu widersetzen und selbst zu Aktivisten zu werden. Es ist auch ein »Trainingslagerbuch« mit vielen Tipps aus der Praxis.

Holen wir uns unsere Sprache zurück!



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Thor Kunkel: Das Wörterbuch der Lügenpresse • gebunden • 383 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 979 100 • 22,99 €

RAUMFAHRT

Willkommen in der Zukunft

40.000 künstliche Sterne – US-Unternehmer Elon Musk überzieht die Erde mit einem Netz aus Satelliten

VON HARALD TEWS

Für Himmelsbeobachter war der April perfekt: kaum Flugzeuge am Himmel, keine Kondensstreifen und nahezu bundesweit immer ein klarer, wolkenloser Nachthimmel. Fast schon konkurrenzlos leuchtete die Venus wie ein „Star“ am Westhimmel.

Ungefähr aus der Richtung, aus der Venus so hell schien, haben Nachtschwärmer an manchen Abenden UFO-ähnliche Objekte beobachten können. Es waren Lichter, die wie an einer Perlenkette aneinandergereiht zu sein schienen. So mancher vermutete dahinter einen Kometenschauer. Tatsächlich war es irdischen Ursprungs. Es handelte um eine Reihe von Satelliten, die nach einem Raketenstart in den USA in die nahe Erdumlaufbahn gebracht wurden.

Im Schatten der Corona-Berichterstattung ging beinahe unter, dass Elon Musk, der Chef des kalifornischen E-Auto-Herstellers Tesla, mit seinem kommerziellen Starlink-Projekt die ersten von tausenden Satelliten ins All befördert hat. Und hätte es den klaren Nachthimmel nicht gegeben, so hätte hierzulande kaum jemand von diesem nicht unumstrittenen Unternehmen Notiz genommen.

In den nächsten sieben Jahren will Musk knapp 12.000 Satelliten im All aussetzen. In der nahen Erdumlaufbahn zwischen 340 und 570 Kilometern Höhe sollen sie verteilt ein erdumspannendes Kommunikationsnetz zur schnellen Datenübertragung ergeben. Damit soll Internet von jedem Punkt der Erde aus möglich sein, und zwar kabellos und schneller als alles Bisherige. Mittels Laserübertragung kommunizieren die Satelliten in Lichtgeschwindigkeit. Eine in der Antarktis abgeschickte E-Mail kommt dann ohne Zeitverzögerung in der Sahara an.

Ein Wahnsinn, der für das von vielen als „digitales Entwicklungsland“ bezeichnete Deutschland zunächst positiv klingt. Viele vom Internet abgeschnittene länd-



Von der Livekamera erfasst: Eine SpaceX-Rakete löst über der Erde ein Bündel von 60 Starlink-Satelliten aus

liche Gebiete hätten dann auf einmal superschnelles Internet. Aber zu welchem Preis? Musk ist kein Heiliger, sondern ein knallharter Kapitalist, der sich seine zehn Milliarden US-Dollar teure Weltrauminvestition gut bezahlen lässt und auf einen Jahresumsatz von 30 Milliarden Dollar spekuliert, wenn genug Kunden sein Internet nutzen. Und von Datensicherheit soll hier gar nicht erst die Rede sein.

Wenn die ersten 500 Satelliten im All sind, könnte das neue Internet schon in diesem Sommer an den Start gehen. Musk liegt mit seiner SpaceX-Firma gut im Zeitplan. Bis zum 22. April haben seine Falcon-Raketen zumeist von Florida aus 420 Starlink-Satelliten in den Orbit gebracht. Sie werden von den wiederverwendbaren Trägerraketen, die nach ihrem Wiedereintritt in die Erdatmosphäre in

aufrechter Position auf Lande-Plattformen aufsetzen können, in Bündeln von 60 Stück in die Umlaufbahn geschickt. Es braucht also nur zweier weiterer Raketenstarts bis die 500er-Marke geknackt ist.

Langfristig will Musk über die bereits genehmigten 12.000 Kühlschrank-großen und 220 Kilogramm schweren Satelliten hinaus weitere 30.000 ins All schicken. Sie schweben dann immer noch in Abständen von 500 Kilometern durch den Orbit, dennoch sind es dann fünf Mal so viele Raumfahrzeuge, wie die Menschheit seit den 50er Jahren in die Erdumlaufbahn geschossen hat. Musk wird dabei auf wenig Widerstand treffen, denn der Weltraum gilt als rechtsfreier Raum, den sich auch andere private Anbieter wie OneWeb oder Amazon mit eigenen Weltraumprojekten zunutze machen wollen. Musk

selbst plant, im Mai sogar eine bemannte Mission zur Raumstation ISS zu schicken.

SpaceX verspricht, defekte Satelliten auszutauschen oder kontrolliert in der Erdatmosphäre verglühen zu lassen. Sicher ist trotzdem, dass der Weltraumschrott zunehmen wird. Schon ein kleinstes mit 25.000 Stundenkilometern fliegendes Schrapnell könnte einen Satelliten in seine Einzelteile zerlegen, die dann wie Schrottkugeln weiteres Unheil anrichten können. Der Kinofilm „Gravity“ von 2013 zeigt das sehr anschaulich. Astronomen befürchten außerdem, dass die vielen Satelliten ihre Himmelsbeobachtungen stören werden. Auf jeden Fall aber kann jeder jetzt schon viele neue „fliegende Sterne“ wahrnehmen. Auf www.findstarlink.com kann man einsehen, wann welcher Satellit über welchen Ort hinwegfliegt.

SCHREBERGÄRTEN

Ort der Stille und der Isolation

Sehnsucht nach frischer Luft lässt die Nachfrage nach einem Schnuppergarten sprunghaft ansteigen

Die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen im Zuge der Corona-Krise haben bundesweit die Nachfrage nach Gärten steigen lassen. Bereits seit einigen Jahren war zu beobachten, dass quer durch alle Bevölkerungsschichten die Nachfrage nach Kleingärten wieder ansteigt. Doch derzeit werden Kleingartenvereine von der Nachfrage nach Gartenparzellen bundesweit regelrecht überrannt. Die Vorsitzende eines Vereins aus dem Stadtgebiet Frankfurt am Main berichtet beispielsweise von bis zu 15 Anfragen pro Tag.

Auch aus Sachsen-Anhalt wird eine deutlich gestiegene Nachfrage gemeldet. Laut Olaf Weber, dem Geschäftsstellenleiter des Landesverbandes der Gartenfreunde Sachsen-Anhalt e.V., ist seit der Corona-Krise insbesondere in den großen Städten wie Magdeburg die Nachfrage nach Kleingärten stark gewachsen: „Einige unserer Mitgliedsverbände sprechen von einer Verdoppelung der Nachfrage gegenüber dem letzten Jahr“, so der Verbandschef aus Mitteldeutschland.

Zum Beginn der Gartensaison sprach Stefan Grundei, der Geschäftsführer des Bundesverbands deutscher Gartenfreunde, aus, was derzeit offenbar viele Men-

schen empfinden: „Ein Garten ist im Moment der beste und sicherste Ort, an dem man sich aufhalten kann. Man kann innerhalb des eigenen Hausstandes bleiben und ist trotzdem draußen. Ein größeres Glück gibt es im Moment nicht.“

Allerdings bedeutet die Gartenidylle nicht nur Muße und Entspannung, sondern auch viel Arbeit. Viele Kleingarten-

vereine haben bis heute teilweise recht rigide Satzungen, über deren Einhaltung die Vorstände wachen. Die gestiegene Nachfrage erlaubt es den Vereinen zudem, bei der Auswahl neuer Pächter sehr strenge Auswahlkriterien anzulegen.

Als Alternative zu den Kleingärten sind in den letzten Jahren in vielen Großstädten sogenannte Saisongärten oder

Mietbeete immer beliebter geworden. Interessierte pachten dabei in stadtnahen Gegenden parzellierte Ackerflächen oder auch nur einzelne Beete für lediglich einen Sommer. Die Anbieter der Saisongärten, oftmals Landwirte, bereiten die Flächen vor und bepflanzen sie. Ende April oder Anfang Mai übernehmen dann die Parzellenmieter die bereits bestellten Beete zur weiteren Pflege bis hin zur Ernte. Dieses Angebot nutzen nicht nur junge Familien oder Studenten, sondern auch ältere Menschen, die sich die Pflege eines kompletten Gartens ersparen wollen.

Bei vielen Angeboten stellt der Verpächter nicht nur die notwendigen Gartengeräte bereit, sondern hilft auch mit Ratschlägen für den Gemüseanbau. Gerade für Großstädter, die bislang kaum Erfahrungen in der Gartenarbeit haben, stellen die Saisongärten einen guten Einstieg dar. Recht treffend bezeichnet Thomas Wagner vom Bundesverband Deutscher Gartenfreunde das Angebot der Saisongärten und Mietbeete als „Schnuppergärtner“. Auch Anbieter von Saisongärten rechnen infolge der Covid-19-Pandemie mit einer steigenden Nachfrage von Gartenfreunden. Norman Hanert



Dicht an dicht: Kieler Kleingartenkolonie im Frühling

Foto: imago images/penofoto

LEUCHTENBURG

Ausflug in den Frühling

Ausflugsziele sind in diesen Tagen, wo alles seuchenbedingt dicht ist, rar gesät. Die durch ihre Porzellanwelten bekannte Leuchtenburg bei Seitenroda in Thüringen darf da aufgrund ihrer Weitläufigkeit eine Ausnahme machen. Bis Ende Mai kann man dort den „Leuchtenburger Frühlingszauber“ erleben. Dafür öffnet die Burg die gesamten Außenbereiche des Burggartens sowie -grabens, Bergfried, Burgbrunnen und sogar die einmalige Porzellankirche. Jeder Gast erhält im Besucherzentrum einen Porzellanteller, der ihm dann auf dem „Steg der Wünsche“, einer modernen Aussichtsplattform mit einem Blick nach Jena, Glück bringen kann.

„Mit besonderer Rücksicht auf die aktuelle Lage und auf die Herausforderungen, denen Familien ausgesetzt sind, haben wir den Eintrittspreis für die Erwachsenen auf 9,90 Euro reduziert und lassen Kinder bis 16 Jahre kostenfrei in die Burg“, begründet Stiftungsvorstand Sven-Erik Hitzer seinen Entschluss. Dabei sei garantiert, dass für die Gäste alle Sicherheits- und Hygienevorschriften eingehalten werden.

Burggärtnerin Kerstin Fischer hat die mittelalterliche Burganlage in eine Frühlingslandschaft voller Blumen, Blüten, bunter Überraschungen und Inszenierungen verwandelt. Überall sprießen farbenfrohe Frühlingsblüher und lockt frisches Grün. Aus alten Möbeln, Gießkannen und vielerlei anderen Gefäßen wachsen Stiefmütterchen, Tulpen, Osterglocken und viele andere bunte Gewächse empor.



Ganz in Weiß: Die Leuchtenburg aktuell in der Zeit der Kirschblüte

Narzissen und Hortensien ranken sich um alte Porzellane und tauchen das Burggemäuer in ein buntes Farbenmeer. Der „Leuchtenburger Frühlingszauber“ überrascht vor allem mit künstlerischen Installationen: Ein blühendes Bett in freier Natur lädt zum Entspannen ein, eine Brücke aus Kannen und eine Gondel verleihen dem Burghof italienisches Flair. Kleine Snacks und Kaffeespezialitäten werden zum Mitnehmen durch die Burggastonomie angeboten.

Im Hinblick auf die hohen Hygiene- und Sicherheitsvorschriften können die stark interaktiven Porzellanwelten noch nicht gezeigt werden. „Da wir allerdings alle in diesen Tagen viele Wünsche haben, bekommt bereits jeder Gast mit dem Ticket einen eigenen Wunschteller, der dann am Steg Glück bringt“, verspricht Burgchef Hitzer.

H. Tews

● Der „Leuchtenburger Frühlingszauber“ ist bis Ende Mai täglich von 9 bis 18 Uhr zu besichtigen. Infos im Internet: www.leuchtenburg.de

● FÜR SIE GELESEN

Antwort auf linke Standards

Das politisch korrekte Deutschland, also alles, was sich von der Merkel-„Mitte“ der Union bis hin zur Linkspartei tummelt, beschimpft den Popanz des „Populismus“. Rechtspopulismus, wohlge-merkt. Denn alles Linke gehört nach den Standards eines Juste Milieu mit exklusiver Deutungshoheit in den Olymp moralischer Grundüberzeugungen.

Was diesen Populismus ausmacht, bleibt oft unklar. Eine angesehene Tageszeitung stellte zwei Merkmale heraus: ein negatives und – erstaunlicherweise – ein tendenziell positives. Negativ sei, dass sich Populisten als Sprachrohr der Allgemeinheit aufspielen würden. Positiv sei, dass sie ein waches Auge für „gelegentliche“ Versuche von Funktionseliten hätten, die Demokratie durch raffinierte (postdemokratische) Prozesse der Machtverschiebung schleichend auszuhöhlen. Dass die vehementesten Beschwörer der Demokratie, der Volksherrschaft, oft deren schlimmste Feinde sind, erkennt man an ihrer Chuzpe, das lateinische Wort für Volk (populus) negativ zu besetzen.

Aus anderem Holz geschnitzt sind die „Populismus“-Reflexionen des Germanisten und Historikers Günter Scholdt, der im Hauptteil seines aktuellen Buchs einen „Politologischen Steckbrief für Populisten“ liefert. Scholdt sezziert schablonenhafte Vorwürfe, denen Konservative unentwegt ausgesetzt werden. Genannt seien Unterkomplexität des Denkens, der bereits skizzierte „Alleinvertretungsanspruch“ sowie das in wahren Empörungsroutinen beklagte „völkische Denken“ und eine angebliche Neigung zu „Fake News“ und Verschwörungstheorien.

Scholdt gelingt der Nachweis, dass diese Kritikpunkte der Substanz entbehren. Werden Konservative also zu Opfern einer gewaltigen Schattenprojektion linker Meinungsfürsten? Vieles spricht dafür. Mit souveräner Argumentation und einer Fülle an Beispielen belegt Scholdt seine Thesen. Scholdt zitiert das wortklappernde Arsenal rot-grüner Einfältigkeiten: „Homo-, islamo-, afrophob“, „Bunt statt braun“, „Deutsche Täter können keine Opfer sein“, „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“, „Hell- und Dunkeldeutsche“ und viele mehr.

Eine Hohepriesterin „elitärer Narrenschaue“ (Scholdt) ist die frühere Theologiestudentin (ohne Abschluss) und Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt: „Willkommenskultur ist der beste Schutz vor Terroristen“, „Wir wollen, dass in den nächsten vier Jahren jede Biene, jeder Schmetterling und jeder Vogel weiß: Wir werden uns für sie einsetzen“.

Trotz der nicht restlos auszuräumenden begrifflichen Unschärfe lässt sich „Populismus“ als taugliche Kategorie verwenden. Dies tun etwa der renommierte Politikwissenschaftler Peter Graf von Kielmannsegg und AfD-Urgestein Alexander Gauland: „Populismus entsteht, wenn ein Establishment den Vertrag mit einem Volk mehr oder weniger aufkündigt.“ Scholdt folgert daraus, dass „Populismus ... eine erwartbare, vielfach notwendige Antithese zu demokratischer Entartung“ umschließt. Sein Fazit verdient entschiedene Zustimmung.

Björn Schumacher

Günter Scholdt: „Populismus. Demagogisches Gespenst oder berechtigter Protest?“, Basiliken Presse, Marburg 2020, broschiert, 96 Seiten, 13,50 Euro

AQUARELLE



Goethes Gedichte verbildlicht

Stimmungsvolle Aquarelle des Berliner Künstlers Hans-Jürgen Gaudeck zu Lyrik-Klassikern

Leidenschaft für Malerei Über Goethe, den großen deutschen Dichter, wurde sehr viel geschrieben und Vieles kann als bekannt vorausgesetzt werden. Dass er jedoch auch ein leidenschaftlicher Maler war und das Aquarellieren gelernt hat, wissen die meisten nicht. Das

hat den Berliner Maler Hans-Jürgen Gaudeck dazu animiert, Aquarelle zu Gedichten wie „Das Heideröslein“, „Gefunden“ oder „Ein Gleichnis“ zu malen. Entstanden ist ein ansprechender Geschenkbuch mit 39 farbigen Abbildungen. MRK

Foto: Cover Steffen Verlag

Johann Wolfgang von Goethe/Hans-Jürgen Gaudeck: „Es dringen Blüten aus jedem Zweig“, Steffen Verlag, Berlin 2020, gebunden, 84 Seiten, 19,95 Euro

DEUTSCHLAND

Was Prominente denken und sagen

Der Journalist Christoph Amend befragte Sänger, Schauspieler und Politiker zu derzeit vieldiskutierten Problemen im Land

VON DIRK KLOSE

Ein probates Mittel, etwas über die Befindlichkeit eines Landes herauszufinden, sind Gespräche mit Zeitgenossen unterschiedlichster Couleur. So hat es auch Christoph Amend, verantwortlicher Redakteur des Hamburger „ZEITmagazins“, mit dem Buch „Wie geht's Dir Deutschland“ gemacht.

Amend kennt aus seiner Arbeit zahlreiche Stars aus dem Film- und Showgeschäft. Ohne allzu festes Konzept, mehr dem Augenblick vertrauend, führte er Gespräche mit den Sängern und Entertainern Herbert Grönemeyer und Lena Meyer-Landrut, mit Schauspielern wie Lea van Acken und Christian Berkel, mit dem Industriedesigner Dieter Rams sowie mit seinen noch immer in der hessischen Kleinstadt lebenden Eltern, aber auch mit unbekanntem Partnern und am Ende mit Gesundheitsminister Jens Spahn.

Alle in Erzählform wiedergegebenen Gespräche kreisen um allgemein diskutierte Fragen wie Gerechtigkeit in Ost und West, soziale Medien, Immigranten, deutsche Vergangenheit. Der lockere Erzählstil überdeckt mitunter die Ernsthaftigkeit der Unterhaltung. Eine 95-jährige Frau, geboren in Riga, berichtet von ihrem schweren, doch auch erfüllten Leben. Einen geradezu aberwitzigen Lebenslauf erfährt der Leser mit einer Muslimin gewordenen Frau in Chemnitz. In seiner un-nachahmlichen Art vergegenwärtigt Herbert Grönemeyer den „Ruhrpott“ und

Lena Meyer-Landrut berichtet von dem zur Hysterie ausgearteten Rummel nach dem ESC-Wettbewerb.

Spahn war gut vorbereitet

Gut vorbereitet war Gesundheitsminister Spahn. Manches, so sagt er, habe er in der Öffentlichkeit falsch oder missverständlich gesagt, aber zu seiner konservativen Grundhaltung stehe er. Das Bedürfnis nach Heimat sei gerade bei den Jungen „so groß wie selten“. Verblüfft erfährt der Leser: „Diese Generation ist so CDU wie noch nie, sie weiß es nur noch nicht.“

Wie es Deutschland gehe, fragt der Autor im Buchtitel. Das erfährt der neugierig gewordene Leser auch am Ende nicht so recht. Stattdessen ist dem Autor – vielleicht ungewollt – eher ein Hohelied auf Fleiß und Tatkraft der Eltern- und Großelterngeneration, besonders der Vertriebenen und Flüchtlinge aus Ostpreußen und Schlesien, gelungen. „Nicht aufgeben. Immer weiterkämpfen“, rät die 95-jährige Dame den Jüngeren. Selbstbewusst bleiben, sagt Grönemeyer: „Bleib immer in Bewegung. Man darf nie zumachen.“



Christoph Amend: „Wie geht's Dir, Deutschland? Was aus dem Land geworden ist, in dem ich aufgewachsen bin“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2019, gebunden, 222 Seiten, 22 Euro

1870/71

Deutsche Einigung während des Kriegs

Der Historiker Klaus-Jürgen Bremm beleuchtet den Deutsch-Französischen Krieg und die Reichsgründung nach dem Sieg der Deutschen

VON SILVIA FRIEDRICH

Den meisten Deutschen sagt der „Tag von Sedan“ als Gedenktag nichts mehr. 1919 abgeschafft, ist auch sein Anlass aus den Köpfen verschwunden. Vor 150 Jahren begann der Deutsch-Französische Krieg, und Klaus-Jürgen Bremm, Historiker mit dem Spezialgebiet Militärgeschichte, hat es sich in seinem Buch „70/71. Preußens Triumph über Frankreich und die Folgen“ zur Aufgabe gemacht, an diesen Krieg zu erinnern.

Mit der Kriegserklärung Frankreichs an Preußen am 19. Juli begann das Gemetzel im August 1870. Mehrere Millionen Soldaten kämpften in verschiedenen Schlachten gegeneinander, Franzosen auf der einen Seite und auf der anderen Soldaten aus dem Norddeutschen Bund unter der Führung Preußens und den verbündeten Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt. An deren Ende sollte die deutsche Reichsgründung stehen.

Schlacht bei Sedan war entscheidend

Entscheidend für den Ausgang des Krieges war die Schlacht bei Sedan am 1. und 2. September 1870. Die Franzosen gaben auf, stürzten in der Folgezeit Kaiser Napoleon III. und beendeten somit das zweite französische Kaiserreich. Frankreich wurde zur Republik. Otto von Bismarck einigte sich mit den süddeutschen Staaten auf die Gründung des deutschen Reiches. Der Krieg hielt noch an, als Baden, Bayern, Württemberg und Hessen-Darm-

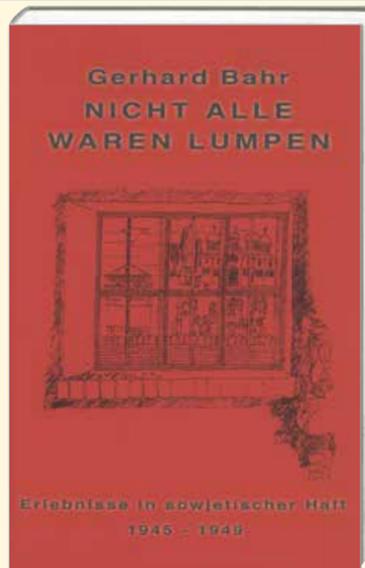
stadt dem Norddeutschen Bund beitraten, was zusammen mit der Verfassung vom 1. Januar 1871 zum Entstehen des Deutschen Reiches führte mit Kaiser Wilhelm I. an der Spitze.

Der Autor widmet sich detailliert und Neubewertend der europäischen Geschichte vom Wiener Kongress bis zum Deutsch-Französischen Krieg und der deutschen Reichsgründung, beleuchtet Waffentechnik und militärische Strategien. Es folgen Analysen der entscheidenden Schlachten, umfangreiche Informationen zum Siegeszug der allgemeinen Wehrpflicht und zum Aufbau des preußischen Heeres.

Die einstige Grande Nation Frankreich, so der Autor, spiele seit diesem Krieg eine untergeordnete Rolle bei den europäischen Mächten. Bremm versucht diese Entwicklung und deren Nachwirkungen hinreichend zu begründen. Das Buch vermittelt einen ausführlichen Überblick über die komplexe Vorgeschichte der Deutschen Einigungskriege, den Ausbruch und Verlauf des Deutsch-Französischen Krieges, seiner Folgen und der Belastung der deutsch-französischen Beziehungen, die weit ins 20. Jahrhundert hinein reichten.



Klaus-Jürgen Bremm: „70/71. Preußens Triumph über Frankreich und die Folgen“, Theiss Verlag, Darmstadt 2019, gebunden, 320 Seiten, 25 Euro



Gerhard Bahr
Nicht alle waren Lumpen
 Erlebnisse in sowjetischer Haft 1945-1949
 Was sich liest wie ein spannender Krimi und einem die Gänsehaut unter die Nackenhaare treibt, ist mitnichten eine erfundene Geschichte. Es ist die Erzählung eines damals Siebzehnjährigen, welcher kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges zu den „Werwölfen“ eingezogen und per Fallschirm hinter die sowjetische Front abgeworfen wird. Ohne auch nur an einer einzigen Kampfhandlung beteiligt gewesen zu sein, gerät er in Gefangenschaft und wird zu zehn Jahren Arbeitslager in Sibirien verurteilt. Gerhard Bahr, Autor mehrerer Bücher über Ostpreußen und Berlin, hat seine unfreiwillige vierjährige Reise nach Sibirien mit viel Glück überlebt und schildert hier seine Erlebnisse – authentisch und nicht ohne den ihm eigenen Humor. 214 Seiten
 Nr. P A1463 Kartoniert 14,80 €



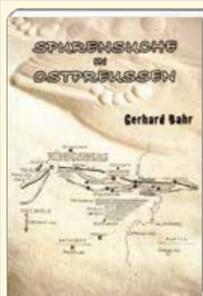
Gerhard Bahr (331 Seiten)
Über den Pregel
 Mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg – Die Geschichte mit dem blinden Gaul und andere kuriose Geschichten
 Kartoniert
 Nr. P A1119 16,80 €



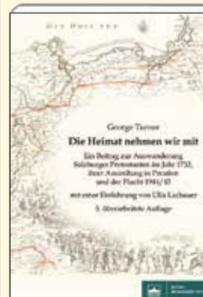
Gerhard Bahr
Berlin
 Zeitsprünge
 Kartoniert
 390 Seiten
 Nr. P A1120 19,80 €

Geistreiche und kurzweilige Geschichten entführen uns in das Leben der Landbevölkerung und die Geschichte Ostpreußens. Ob auf Reisen mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg oder mit der Hungerharke zur Aust, ob bei einer Begegnung mit Kant im Nebel oder Napoleon in seiner Kutsche – mit viel Hintergrundwissen humorvoll erzählt und gekonnt illustriert gibt Gerhard Bahr einen tiefgreifenden Einblick in eine fast schon vergessene „Provinz“ mit ihren landschaftlichen Eigenheiten, kulinarischen Köstlichkeiten und ihren unvergessenen Berühmtheiten. Eine Lesereise mit Tiefgang, die uns Geschichte aus dem Blickwinkel der einfachen Leute erleben lässt. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren.

Gewachsen aus der Vereinigung zweier Handelsniederlassungen an der Spree, Sitz der Könige und Kaiser Preußens, Hauptstadt des Deutschen Reiches, geteilte und wiedervereinigte Stadt – aus der Perspektive eines Architekten und Landesplaners mit dem Herzen eines Berliners mit ostpreußischer Abstammung, gewährt uns Gerhard Bahr einen tiefen Einblick in die wechselhafte Entwicklung der Stadt mit ihren geschichtlichen und kulturellen Beziehungen. Als unfreiwilligem Zeitzeugen des Zweiten Weltkrieges wird dem Autor Geschichte zu persönlicher Geschichte, an der er den Leser auf eine Weise teilhaben lässt, welche die Lebensrealität der Menschen zu dieser Zeit eindrucksvoll begreifbar macht. Ein Beitrag zur Geschichte Berlins mit Blick hinter die Kulissen und jenseits der üblichen Geschichtsschreibung.



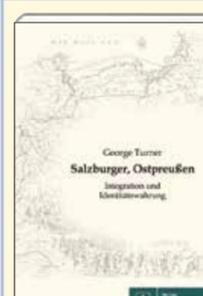
Gerhard Bahr
Spurensuche in Ostpreußen
 Kartoniert
 396 Seiten
 Nr. P A1121 19,80 €



George Turner
Die Heimat nehmen wir mit
 Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihre Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45
 304 Seiten
 Nr. P A0253 Geb. 29,00 €

Auf den Spuren der Bewohner Ostpreußens führt uns der Autor durch die vielgestaltige Geschichte dieser fast vergessenen Landschaft. In frühen Zeiten durch Kriege und Pest und seinen Ureinwohnern stark entvölkert, haben Einwanderer aus ganz Europa im Laufe der Jahrhunderte Orte und Kultur geprägt. Wo Regierungen mannigfaltig wechselten, blieben für alle Zeiten die Errungenschaften der Menschen dieser Provinz, ihrer Literaten, Künstler, Wissenschaftler, geistlichen und adeligen Persönlichkeiten. Anekdotenhaft erzählt ein profunder Kenner des Landes Heiteres und Nachdenkliches, lässt uns alten Sagen gestalten begegnen, auf Pferdemarkten schlendern, Könige besuchen, mit Fischersfrauen plaudern und den Wegen der Nachkommen Ostpreußens folgen. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren.

Der Autor schlägt einen großen Bogen und schildert, wie seine Familie gezwungen wurde, ihre Heimat im Salzburger Land im Jahr 1732 aus Glaubensgründen zu verlassen, wie sie von keinem der Kriegereignisse der folgenden mehr als 200 Jahre in Ostpreußen verschont geblieben ist, wie sie schließlich auch aus dieser inzwischen zur Heimat gewordenen Region vertrieben und in alle Winde verstreut wurde und versucht hat, wieder Wurzeln zu schlagen. Dabei lässt er gleichaltrige Verwandte zu Wort kommen, die wie er die Flucht der Jahre 1944/45 als Kinder oder Jugendliche über sich haben ergehen lassen müssen und macht persönliche Berichte aus Nachlässen der älteren Generation zugänglich, die Vertreibung und Neuanfang als Erwachsene erlebt haben.

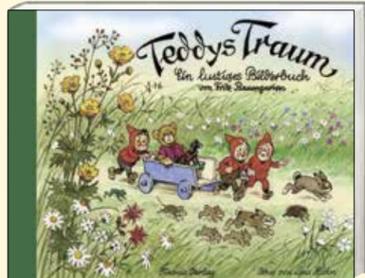


George Turner
Salzburger, Ostpreußen
 Integration und Identitätswahrung
 128 Seiten/Kartoniert
 Nr. P A1187 19,95 €

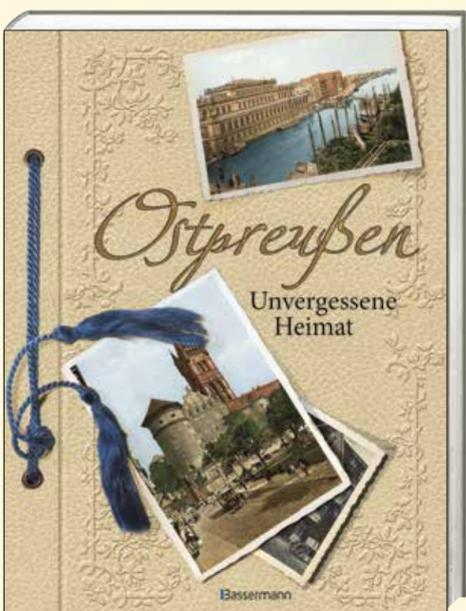
Professor Turner widmet sich den Lebensverhältnissen der „Salzburger“ in der Zeit 1732-1944/45 in Ostpreußen und deren Versuch, den Zusammenhalt trotz des Auseinanderdriftens in unterschiedliche Länder nach 1945 zu fördern. Wie ein roter Faden ziehen sich dabei die Themen „Integration“ und „Bewahrung der Herkunft“ durch die einzelnen Kapitel. Es zeigt sich, dass in der bisherigen Darstellung des Schicksals der „Salzburger“ manches sehr summarisch, gelegentlich auch zu euphorisch behandelt wurde. Das gilt vor allem für ihr Verhältnis zu der bereits im Siedlungsgebiet ansässigen Bevölkerung. Auch wenn die vorliegende Darstellung viele Aspekte berücksichtigt, das Thema „Salzburger und Ostpreußen“ ist noch längst nicht abgeschlossen.



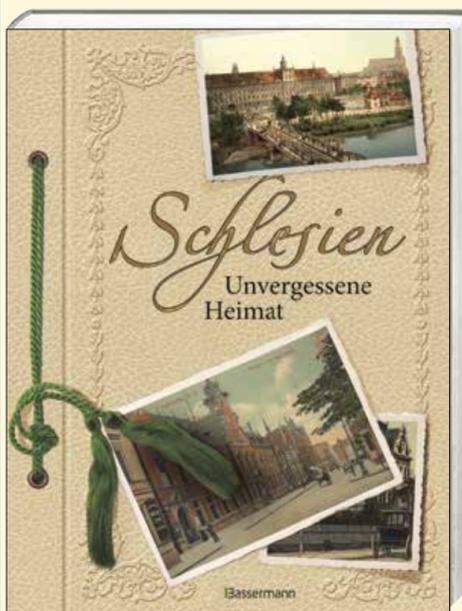
George Turner
„Was wollen die hier?“
 Flüchtlinge und Einheimische 1945-49 – Das Beispiel Ebstorf in der Lüneburger Heide
 Die heutigen Migrantenströme lassen Erinnerungen an Flucht und Vertreibung ab Ende des Zweiten Weltkrieges wach werden. Über Schicksale und Schwierigkeiten des Neuanfangs gibt es einzelne Darstellungen, aber dennoch ist dieser Zeitraum weitgehend ein weißer Fleck: Die Geschichtsschreibung endet mit dem Untergang des Dritten Reichs 1945 und beginnt mit Gründung der Bundesrepublik 1949. George Turner stellt das Verhältnis von Einheimischen und Flüchtlingen am Beispiel des Orts Ebstorf dar und zeichnet ein realitätsgetreues Bild jener Jahre. Indem er die generelle Situation schildert, zugleich aber einen Bezug zu den unmittelbar Betroffenen erkennen lässt, macht er die damals herrschenden Umstände deutlich und die Probleme verständlich. Zeitzeugen können so ihre Vergangenheit wieder erkennen, Nachgeborene sich ein Bild von der Geschichte machen und damit die Grundlagen der politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der Gegenwart begreifen. George Turners Verdienst ist es, den Blick mit dem Vergrößerungsglas auf Vergessenes und Verdrängtes zu lenken. 52 Seiten
 Nr. P A1462 Kartoniert 12,00 €



Fritz Baumgarten
Teddys Traum (Format 26,5 x 21 cm)
 Teddy träumt von einem wunderschönen Fest bei den Wichteln mit Musik und gutem Essen. Der kleine Wichtelmann begeistert Teddy, die Wichtel und die Tiere des Waldes mit seinen lustigen Schattenspielen. Ein wunderschönes Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 S.
 Nr. P A0795 Gebunden 8,95 €



Ewald Lindner
Ostpreußen
 Unvergessene Heimat in 1.000 Bildern
 Es liegt in der Natur des Menschen, dass er nach seinen Wurzeln sucht und wissen möchte, wo er herkommt. Dieser großformatige, opulente Bildband versucht in über 1.000 alten Fotos und Postkarten die Sehnsucht nach der alten Heimat zu stillen. Die Reise in die Vergangenheit führt in die einstigen Regierungsbezirke und Landkreise und zeigt das beschauliche Leben in den Städten und Dörfern Ostpreußens. Zu jedem Gebiet gibt es eine kulturhistorische Einführung und Karten erleichtern es dem Leser, sich zurechtzufinden. 336 Seiten im Großformat.
 Nr. P A1515 Gebunden 14,99 €



Ewald Lindner
Schlesien
 Unvergessene Heimat in 1.000 Bildern
 Es liegt in der Natur des Menschen, dass er nach seinen Wurzeln sucht und wissen möchte, wo er herkommt. Dieser opulente Bildband versucht in über 1000 alten Fotos und Postkarten die Sehnsucht nach der alten Heimat zu stillen. Die Reise in die Vergangenheit führt in die einstigen Regierungsbezirke und Landkreise und zeigt das beschauliche Leben in den Städten und Dörfern Schlesiens. Zu jedem Gebiet gibt es eine kulturhistorische Einführung und Karten erleichtern sich zurechtzufinden. 336 Seiten im Großformat.
 Nr. P A1516 Gebunden 14,99 €

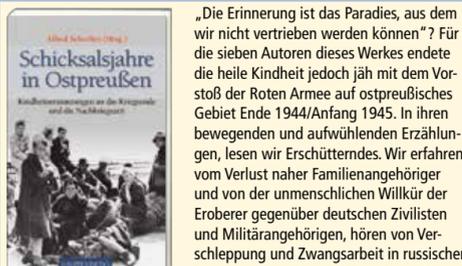


Nun freue dich der schönen Zeit
 Heitere Gedanken mit Illustrationen von Sibylle von Olfers
 „Und als der Frühling kommt ins Land, da ziehn gleich einem bunten Band, die Käfer, Blumen, Gräser klein, frohlockend in die Welt hinein.“ Die Farbenfreude und verspielte Schönheit der Natur finden sich in den beliebten Jugendstil-Illustrationen der Ordensfrau und Künstlerin Sibylle von Olfers wieder. Für dieses zauberhafte Geschenkbuch wurden ihre schönsten Naturzeichnungen, u. a. aus den Bilderbuchklassikern „Etwas von den Wurzelkindern“, „Mummelchen und Pummelchen“ und „Im Schmetterlingsreich“ ausgewählt und mit treffenden Zitaten für Gartenliebhaber zusammengestellt. Über die Autorin: Sibylle von Olfers, geb. 1881, künstlerische Ausbildung, 1906 Ordenseintritt als Sr. Maria Aloysia, Schulschwester, erfolgreiche Kinderbuchautorin und -illustratorin, Malerin von Altarbildern, schweres Lungenleiden, 1916 Tod im Alter von 35 Jahren. 32 Seiten
 Nr. P A1511 Gebunden 8,95 €



Hans Freiherr von Rosen
Grocholin
 Die Geschichte eines deutschen Gutes in Posen
 320 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533183 16,95 €

Die Geschichte des Gutes Grocholin führt uns nach Posen in das Gebiet zwischen Weichsel, Warthe und Netze. Hans Freiherr von Rosen, der letzte Eigentümer von Grocholin, beschreibt in diesem Werk die wechselvolle Geschichte seines Gutes, das 1836 durch Carl von Treskow-Friedrichsfelde erworben wurde und damit in den Besitz der Familie gelangte. Neben der Schilderung des Landlebens auf den östlichen Gütern, den alten Bräuchen und der Familiengeschichte ist dabei noch einiges mehr herausgekommen: Eine Dokumentation des Zusammenlebens zwischen Polen und Deutschen in den Jahrzehnten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Die letzten Kapitel des Buches, die die Flucht vor der Roten Armee nach Westen beschreiben, wurden von Eva Freifrau von Rosen, der Ehefrau von Hans Freiherr von Rosen, geschrieben, die die Erlebnisse im Winter 1945 festgehalten hat.



Alfred Scherlies (Hrsg.)
Schicksalsjahre in Ostpreußen
 Kindheitserinnerungen an das Kriegsende und die Nachkriegszeit
 400 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533181 16,95 €

„Die Erinnerung ist das Paradies, aus dem wir nicht vertrieben werden können.“ Für die sieben Autoren dieses Werkes endete die heile Kindheit jedoch jäh mit dem Vorstoß der Roten Armee auf ostpreußisches Gebiet Ende 1944/Anfang 1945. In ihren bewegenden und aufwühlenden Erzählungen, lesen wir Erschütterndes. Wir erfahren vom Verlust naher Familienangehöriger und von der unmenschlichen Willkür der Eroberer gegenüber deutschen Zivilisten und Militärangehörigen, hören von Verschleppung und Zwangsarbeit in russischen Lagern, erleben den täglichen Kampf ums Überleben der Bewohner Ostpreußens, denen es nicht vergönnt war, das rettende Ufer des Deutschen Reiches zu erreichen. Jede Familie hatte dabei ihr eigenes Schicksal zu tragen. Die Zeitzeugenberichte sind ein erschütterndes Dokument einer Zeit, für die sich heute nur noch wenige interessieren.



Charlotte Roth
Wenn wir wieder leben
 Roman
 Eine tragische Familiengeschichte und die Geschichte einer großen Liebe, die ins Nazideutschland zurückführt. Der neue große historische Roman von der Bestseller-Autorin Charlotte Roth. Das vornehme Ostseebad Zoppot bei Danzig in den 1920er-Jahren. Hier herrschen überschäumende Lebenslust und unbeschwerter Sommerfrische. Die vier Freunde Lore, Gundi, Julius und Erik erfreuen die Kurgäste mit flotten Rhythmen und eingängigen Melodien und träumen vom Durchbruch als Musiker. Bald ist ihnen tatsächlich Erfolg beschieden, auf dem Luxusdampfer Wilhelm Gustloff befahren sie die Meere – und ignorieren, dass sich die Zeiten schon lange geändert haben. Gundi verliebt sich in den Sänger Tadek, aber dann beginnt der Zweite Weltkrieg, und Tadek schließt sich dem Widerstand gegen die Nazi-Besatzer an: Das Ende einer großen Liebe? 608 Seiten
 Nr. P A1328 Taschenbuch 10,99 €



Edeltraut Wagner
Omi, erzähl' von früher
 Jugenderinnerungen einer Ostpreußerin
 60 S/W-Abbildungen.
 320 Seiten/Gebunden mit SU
 Nr. P 533153 14,95 €

Edeltraut Wagner wurde 1923 in dem kleinen ostpreußischen Dörfchen Kubillen (ab 1938 Nordenfeld), Kreis Goldap, geboren. Dort wuchs sie zusammen mit zwei Schwestern auf dem elterlichen Bauernhof auf. Am 19. Oktober 1944 setzte der Beginn einer abenteuerlichen Flucht vor den Russen der Idylle ein Ende. Hier hat Edeltraut Wagner ihre Kindheits- und Jugenderinnerungen aufgeschrieben. Sie handeln von ihrer Familie, ihrer Schulzeit in der kleinen Dorfschule und dem Leben mit den Tieren. Auf spannende und lebendige Weise berichtet die Autorin unter anderem von Ausflügen in die Rominter Heide, nach Trakehnen und an den Marinowo-See.



Gertrud Papendick
Das Haus des Konsul Kanther
 Roman einer Königsberger Familie
 416 Seiten. Gebunden mit SU
 Nr. P 533132 14,95 €

Dieser Roman führt den Leser in die Welt der Anfangsjahre des vergangenen Jahrhunderts nach Königsberg, in denen morsche Formen zerbröckeln und eine neue Zeit anbricht. Konsul Kanther regiert die Seinen streng konservativ, aber die Söhne und Töchter, alle von stark ausgeprägter Wesensart, suchen aus dem ehrwürdigen Kantherhaus auszubrechen und eigene Wege zu gehen. „Das Haus des Konsul Kanther“ ist das Portrait einer brüchigen Gesellschaft voll menschlicher Probleme und Spannungen – ein fesselndes, farbiges und dicht gewobenes Bild einer uns fern, nahen Vergangenheit. Die erzählerische Kraft der Autorin, ihre bildhafte und klare Sprache erweckt eine versunkene Welt.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg
 GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg

Telefon 09 31/46 58 89-12
 Telefax 09 31/46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Die Corona-Krise macht auch vor der Verwaltung nicht Halt. Welch kuriose Blüten die Sorge vor Ansteckung treiben kann, zeigt der Versuch, beim Straßenverkehrsamt vorgelassen zu werden, um ein Auto anzumelden. Im schleswig-holsteinischen Kreis Stormarn werden Termine nur online vergeben, wobei lediglich drei Anliegen pro Sitzung erlaubt sind. Pech, wenn es dann auch beim 30. Versuch heißt: „Derzeit ist leider kein Termin verfügbar. Versuchen Sie es bitte zu einem späteren Zeitpunkt wieder.“ Bei der Zulassungsbehörde vor Ort stehen die Glücklichen mit Termin Schlange und werden mit Namen aufgerufen: „Frau Meyer“ – niemand meldet sich. „Herr Müller“ – das Gleiche. „Und wer sind Sie?“, fragt die Angestellte den Nächsten in der Schlange. „Ja, Sie habe ich auf der Liste, aber Sie haben erst in einer Stunde Ihren Termin. Warten Sie bitte in Ihrem Auto.“ Aufrücken bei nicht wahrgenommenen Terminen? Fehlanzeige. Ein freier Termin könne nur von jemandem „gebucht“ werden, wenn der eigentliche Termininhaber sich online abgemeldet habe, heißt es lapidar. **MRK**



DER WOCHENRÜCKBLICK

Gesicht zeigen!

Warum wir springen wie die Zirkuspferde, und wie man die Krise politisch passend macht

VON HANS HECKEL

Eine elegante blonde Frau um die 30 beschämt mich morgens im U-Bahnhof. Ganz gelassen steht sie da mit blankem Gesicht zwischen uns verdreckten Maskenmännchen. Sie wird spontan zu meiner Heldin. Die abgedroschene Parole „Gesicht zeigen!“ gewinnt plötzlich Erhabenheit. Ich dagegen wage es kaum, auch nur verstohlen an der muffigen Zellstoffkandare zu zupfen, um Luft zu kriegen. Für teuer Geld hatte ich das Zeug ganz am Anfang der Covid-Welle gekauft für den Fall, selbst krank zu werden. Damit mich dann wenigstens noch jemand besuchen kann, ohne sich in der letzten Ecke der Wohnung verkriechen zu müssen, von der aus er mich anstarrt wie den Sensenmann persönlich.

Fast hatte ich die blassgrünen Teile in der Schublade vergessen, da sauste die Maskenpflicht auf uns nieder. Damit wir alle artig sind und das Muffeltuch in der U-Bahn auch aufsetzen, lässt die Obrigkeit in manchen Bundesländern milde Verkündungen, dass man „noch“ auf ein Bußgeld für Leute mit sichtbarem Gesicht verzichten will. „Noch“ – das ist natürlich eine Drohung. Und ich, der Journalist, der sich für „kritisch“ hält, springe übers Stöckchen, gehorsam wie ein Zirkuspferd. Denn wenn wir zu mutig werden und den Lappen weglassen, könnte ja das Bußgeld kommen, sobald wir das Anliegen auch nur mal vergessen sollten. Also gehorchen wir. Das nennt man perfekte Dressur.

Im Netz und in den Medien ist derweil ein Wettbewerb um die schönste oder witzigste Maske ausgebrochen. Es ist, als ob sich die Zirkuspferde die Federbüschel selbst zusammenbasteln. Wenn die Maßnahmen weiter verschärft werden, wetteifern wir demnächst bestimmt noch um die Gestaltung des originellsten Bußgeldbescheides. Wir sind halt kreativ, auch in der Krise, ja: gerade in der Krise! Wer sich die Mühe zum Selbermachen sparen will, braucht bei der Maske nicht auf die trübe Dutzendware zurückzugreifen wie der Verfasser dieser Zeilen. Auch die Profis sind schließlich kreativ geworden, denn, wie ein Online-Händler jubelt: „Atem- und Gesichtsmasken gehören im Frühjahr 2020 zu den gefragtsten Accessoires der Saison.“

Sollte es in diesem Land dereinst mal wieder zu Massenverhaftungen kommen, freuen wir uns schon auf die kecken neuen Handschellen-Designs, ob als „gefragteste Acces-

soires der Saison“ im Laden oder von ideenreichen Bürgern vor ihrer Verhaftung selbst entworfen. Fabelhaft: Kein Desaster ist mehr denkbar, aus dem wir nicht ein „Event“ machen.

Das allgemeine Virustheater birgt für die Politik zudem gute Chancen auf allerhand Beifang. Während alle nur noch auf die täglichen Infektionszahlen starren, kippt sie den Autofahrern unversehens einen neuen, knallhart verschärften Bußgeldkatalog vor die Haube. Dass die Zahl der Verkehrstoten seit Jahrzehnten sinkt und deshalb gar kein vernünftiger Grund zu sehen ist, die bisherigen (und, siehe Rückgang der Opferzahlen, sehr erfolgreichen) Maßnahmen zu verschärfen, spielt keine Rolle. Im Corona-Getöse war die Gelegenheit einfach zu günstig, und Gelegenheit macht bekanntlich ...

Auch an dem Ziel, mehr darüber zu erfahren, was die Bürger so treiben und wo sie sich herumtreiben, soll die Krise nicht fruchtlos vorübergehen. Die „Corona-Apps“ werden gerade angepriesen wie Sauerbier. Und wer auf Datenschutz hält, dem schmecken sie auch so. Aber was schlucken wir nicht alles, wenn es darum geht, den „Krieg“ gegen das Virus zu gewinnen?

Allerdings zeigen sich bedenkliche Risse in der Front. Das Hin und Her ums Maskentragen hatte schon genug Verwirrung erzeugt. Jetzt kommt das Robert-Koch-Institut (RKI) mit weiteren merkwürdigen Neuigkeiten. Die Berliner Einrichtung ist schon bislang dadurch aufgefallen, dass sie in ihrer Beurteilung der Lage Haken schlagen kann, die jeden Hasen vor Neid erblassen lassen. Dennoch versuchen die Deutschen mit unerschütterlichem Gefolgschaftsdrang, jede Wendung mitzulaufen.

Nun ließ RKI-Chef Lothar Wieler Anfang der Woche die schlimme Nachricht ins Land, dass die „Reproduktionsrate“ von Covid-19 wieder auf eins gestiegen sei. Nanu? Vor dem „Lockdown“ am 23. März war sie bekanntlich bereits auf unter eins gefallen. Waren die ganzen Sperrmaßnahmen dann etwa umsonst? Oder sogar kontraproduktiv?

Eine heikle Frage, die man nur mithilfe kooperativer Medien beiseiteschieben kann, was bestimmt gelingen wird. Zur Erleichterung der Verantwortlichen bei Regierung und RKI spielt die Journaille nämlich größtenteils bei jedem ihrer Hakenschläge mit. Den „Spiegel“ beispielsweise nervt gewaltig, dass immer wieder Vergleiche gezogen werden zu großen Grippewellen der jüngsten Jahre, bei

Höhere Bußen für Autofahrer und mehr Überwachung der Bürger: Die Politik nutzt das Corona-Getöse für allerhand Beifang

denen bis zu mehr als 25.000 Menschen ihr Leben ließen. Schließlich, so das Magazin, stammten die 25.000 aus einer „Zahl von vermutlich 15 bis 20 Millionen Infizierten, wohingegen die bislang 5000 Covid-19-Toten das traurige Resultat von 150.000 Infektionen innerhalb von zehn Wochen sind“. Das führe trotz Unsicherheiten „bei 15 Millionen Corona-Infizierten zwanglos zu einer Todeszahl von 500.000“, lautet die Rechnung des „Spiegel“.

Einen Mangel an „Zwanglosigkeit“ im Umgang mit Zahlen kann man dem „Spiegel“-Schreiber tatsächlich nicht vorwerfen. Da stellt er die nachgewiesenen Corona-Infektionen (ohne ein Wort zur Dunkelziffer) ganz locker einer Riesenzahl von Grippe-Infizierten gegenüber, die er lediglich „vermutet“. Das schafft natürlich Abstand, der in etwa so breit ausfällt wie jener zwischen Äpfeln und Birnen.

Aber dafür sind regierungsfreundliche Medien schließlich da: Alles wieder passend zu machen, auch wenn dabei so Einiges auf der Strecke bleibt. Zudem sollen sie die Dinge so einordnen, dass der erwünschte Geruch an den Akteuren hängen bleibt: nämlich ein Übler an den Bösen und ein feiner an den Guten.

Beispielsweise stellt sich die Lage in Frankreich, Italien, Großbritannien, Spanien und den USA hinsichtlich des Gesundheitssystems in Corona-Zeiten zwar ganz ähnlich lausig dar. Die deutschen Mainstreammedien jedoch machen zwischen den Ländern einen feinen, aber offenbar sehr bewusst gezogenen Unterschied.

Was bei Briten und Amis schiefeht, hat laut deutschen Staats- und Konzernmedien fast durchweg irgendwie mit miesem Regierungshandeln zu tun. Dort sind nämlich Leute an der Macht, die man gemeinhin rechts der Mitte einordnet, wo für einen aufrechten deutschen Journalisten die Vororte des Dritten Reichs beginnen.

Die Linkeregierungen von Rom und Madrid dagegen werden uns als unschuldige Opfer einer medizinischen Naturkatastrophe präsentiert, die ihr Bestes tun, auch wenn sie dabei nicht immer sehr weit kommen. Was man ihnen allerdings nicht vorwerfen darf, denn das wäre deutsche Arroganz. Gleiches gilt für Emmanuel Macron, den Allerweltsliebhaber in Frankreichs Elysée-Palast.

So lernen wir, was selbst zur Corona-Zeit gilt: Die ideologische Botschaft ist stets wichtiger als jedes Faktum.

● STIMMEN ZUR ZEIT

Wolfram Weimer beschreibt im Debattenmagazin „The European“ (21. April), warum Grünen-Chef Robert Habeck den Zweikampf mit Olaf Scholz um die Rolle der Führungsfigur im rot-rot-grünen Spektrum verliert:

„Habeck lässt sich ‚Die Pest‘ von Camus lesend fotografieren, während andere die Pest unserer Tage aktiv bekämpfen. Er postet auf Instagram ein Foto, wie er sich selbst die Haare schneidet, während Olaf Scholz einen Billionen-Rettungsschirm über der Republik aufspannt. Er wirkt inmitten der Krisengewitter wie ein Schönewetterkapitän, der zur Lösung der Probleme nichts beizutragen hat.“

Detlev Krüger, von 1989 bis 2016 Direktor des Institutes für Virologie an der Charité in Berlin und Vorgänger von Christian Drosten, warnt im Gespräch mit „Sputniknews“ (25. April) vor Panikmache wegen Corona:

„Vieles wird jetzt plötzlich so dargestellt, als ob das alles Neuland wäre. Natürlich wird das Virus wahrscheinlich nicht mehr aus unserer Umwelt verschwinden. Aber es gibt viele andere gefährliche und sogar noch gefährlichere Viren, mit denen wir auch zu leben gelernt haben oder die wir erfolgreich bekämpfen können.“

„Wir müssen hier raus“ fordert Andreas Rosenfelder in der „Welt“ (28. April) und wirft einen beklommenen Blick auf seine Landsleute im „Lockdown“:

„Am schlimmsten aber ist, dass wir uns an all das gewöhnt haben ... Wer diese beispiellose Einschränkung unserer Grundrechte auch nur infrage stellt, wird als Sektierer behandelt und als unsolidarisch kritisiert. Es gibt bei den Fans des Lockdown sogar die Erwartungshaltung, dass die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten ... die allzu ‚forschen‘ Deutschen mit einer nächsten, womöglich schärferen Lockdown-Runde abstrafen. Es ist absurd – und es ist, anders als behauptet wird, keineswegs ein Ausdruck wissenschaftlicher Rationalität.“

Ute Frevert äußert sich in der „Frankfurter Allgemeinen“ (28. April) erschrocken über gewisse Verhaltensweisen, welche die „Lockdown“-Krise nach oben gespült hat:

„In den Dörfern der Müritz und an der deutschen Ostseeküste spielen Bürger Polizei und verscheuchen jene, die ihren ersten Wohnsitz woanders haben ... Die sich zu selbst ernannten Richtern über das Verhalten anderer machen, kultivieren eine denunziatorische Blockwartmentalität, die einer demokratischen Gesellschaft unwürdig ist.“

● WORT DER WOCHE

„Umso entspannter sich die Infektionszahlen zeigen, umso verrückter dreht die Politik am Rad, um die bestehenden Grundrechtsbeschränkungen noch weiter zu verschärfen. Einzige Ausnahme: ‚Asylsuchende‘.“

Axel Retz, am 26. April in der „Epoch Times“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de